

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3.00 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.00 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat.
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 50 Pf. für halbjährliche und gewöhnliche Veranlassungen und Bestimmungsbüchlein 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Pf. (zweimalige festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelexemplare und Einschließungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 10. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Ende der Dreadnoughts

London, 5. Juni. (Fig. Ber.)

Ein heisser Kampf ist unter den Flottenschwärmern Englands ausgebrochen. Der Admiral Sir Percy Scott, einer der tüchtigsten und zweifelsohne der verdienstvollsten aller englischen Seeoffiziere, hat in einem in den „Times“ veröffentlichten Briefe klipp und klar die Behauptung aufgestellt, daß die gewaltigen Eisentolosse, für deren Herstellung man seit Jahren den Völkern das Blut abzapft, infolge des Fortschrittes im Bau von Unterseebooten und Luftfahrzeugen nichts mehr sind als altes Eisen und daß die Minister, die Dreadnoughts bauen lassen, das Geld der Steuerzahler zum Fenster hinauswerfen. Die englische Flottilla ist darüber sehr aufgebracht und sie hat alle Ursache dazu. Denn Sir Percy Scott ist nicht ein beliebiger Seeoffizier, von dem man sagen könnte, daß er nur eine Schurke hat, sondern der Mann, der im Burenkriege den Engländern Ladysmith und damit Südafrika rettete und dessen geniale Erfindungen das Geschützfeuerwesen in der englischen Kriegsflotte revolutioniert haben. Seine Gegner haben auch mit dem fatalen Umstand zu rechnen, daß seine Prophezeiungen über die Entwicklung des Seemilitarismus sich bis jetzt immer bewahrheitet haben. Es ist ein drastischer Beweis für die Verträglichkeit des modernen Militarismus, daß derselbe Mann, der die Angriffskraft der Dreadnoughts bis zum höchsten Punkte gesteigert hat, jetzt kleinlaut zugeben muß, daß die Dreadnoughts im Kriegsfalle auch nicht mehr den geringsten Wert haben.

Dreadnoughts sowie alle anderen auf dem Wasser schwimmenden Kriegsschiffe, so schreibt Sir Percy Scott, sind dem Untergange geweiht. Weder auf hoher See, noch im Hafen können sie sich vor den modernen Unterseebooten und deren todbringenden Torpedos schützen. Die Einführung der Fahrzeuge, die unter dem Wasser schwimmen können, versichert diese hohe Autorität, „hat nach meiner Ansicht die Nützlichkeit der Schiffe, die auf dem Wasser schwimmen, vollständig zerstört.“ Er zählt dann die Zwecke auf, die die schwimmenden Kriegsschiffe erfüllen müssen, und weist im einzelnen nach, weshalb sie diese Zwecke unter modernen Verhältnissen nicht mehr erfüllen können. Unterseeboote und Ziegler, fährt er dann fort, „haben das Seekriegswesen vollständig revolutioniert; keine Flotte kann sich vor dem Auge des Zieglers verbergen und das Unterseeboot kann selbst im hellen Tageslicht einen todbringenden Angriff unternehmen.“ Selbst in einem gesperrten Hafen sind nach seiner Ansicht die Kriegsschiffe nicht mehr sicher. Sir Percy Scott erachtet sich, an der Spitze einer Flottilla von Unterseebooten mit jungen, unternehmungslustigen Offizieren jede Hafensperre in die Luft zu sprengen und die im Hafen befindlichen Kriegsschiffe zu zerstören oder kriegsuntauglich zu machen. Die Unterseeboote selbst sind nur schwer angzugreifen; denn man kann sie nicht sehen. Es ist das Geschick der auf dem Wasser schwimmenden Schiffe, sich die Unterseeboote vom Leibe zu halten. Mit der Voraussetzung, daß sich die Unterseeboote einander nicht bekämpfen können, kommt er schließlich ganz logisch zu der Ansicht, daß die Entwicklung der Technik den Seekrieg überhaupt unmöglich gemacht hat.

Von Fachleuten wird ihm erwidert, daß der Torpedo eine Waffe von noch nicht erprobter Wirksamkeit sei und daß die Unterseeboote in ihrer geringen Fahrgeschwindigkeit einen großen Nachteil gegenüber den auf dem Wasser schwimmenden Kriegsfahrzeugen besitzen.

Derlei Einwände mögen stichhaltig sein oder nicht. Die Hauptsache ist, daß einer der tüchtigsten und erfahrensten Seeoffiziere Englands, der im Dienste der Schrecken aller Salonsofisten war und für das Paradieswesen nicht das geringste Verständnis besaß, zur Einsicht gekommen ist, daß die Regierung mit dem Bau von Dreadnoughts nur das Geld der Steuerzahler verschwendet und daß die technische Entwicklung den Seekrieg unmöglich gemacht hat. Diese Einsicht schreibt ihn jedoch nicht davon ab, die Forderung zu erheben: „Was wir brauchen, ist eine ungeheure Flotte Unterseeboote, Luftschiffe und Ziegler und ein paar schnelle Kreuzer, vorausgesetzt, daß wir einen Platz finden können, in dem wir sie während der Kriegszeit in Sicherheit bewahren können.“ Aus diesen Worten spricht der Mann, der um die Zukunft seines Landes besorgt ist. Der einfache Mensch wird sich fragen: Wozu brauchen wir diese Wodwaffen, wenn der Seekrieg in Zukunft überhaupt unmöglich ist? Und wozu erst die „ungeheure“ Flotte, wenn sie einer anderen keine Schlacht liefern kann, wenn einige Unterseeboote, die sich jeder Staat leisten kann, genügen, um das schwimmende Gut eines anderen Landes zu zerstören? Wenn Sir Percy Scott recht hat, dann kann das kleine Belgien dem mächtigen England den Krieg erklären und den englischen Handel vernichten. Der moderne Seemilitarismus sieht hier vor einem Problem, über das er sich in mehr als einem Sinne den Kopf zerbrechen wird. Daß der Gedankengang des englischen Admirals, wenn er logisch fortgesetzt wird, zur Regierung des Militarismus führen muß, ist den englischen Militaristen ganz klar. Denn schon erheben sie mitunter ihre Stimmen, um die Autorität des Sir Percy Scott herabzusetzen.

Die Krise in Frankreich.

Paris, 9. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Wenn nicht in letzter Stunde ein neues Hindernis entsteht, so ist Ribot die Bildung eines Ministeriums gelungen. Allerdings ein Ministerium, das gegen den Willen der Radikalen zustande kommt. Hat doch in letzter Stunde sogar Rouleux, der auch in dem neuen Ministerium das Kriegsministerium übernehmen sollte, seinen Eintritt abgelehnt, da ihm das neue Kabinett zu weit rechts orientiert ist. An seine Stelle soll Delcassé treten, der ursprünglich für die Marine in Aussicht genommen war. Im übrigen wird das Kabinett voraussichtlich folgende Zusammenstellung aufweisen:

Ministerpräsident und Justizminister Ribot, Auswärtiges Léon Bourgeois, Inneres Ventral, Finanzen Clémentel, Kolonien Emile Chaumery, Landwirtschaft Dariau, Öffentliche Arbeiten Jean Dupuy, Handel Réville, Unterricht Dessoire, Arbeiter- und Sozialfürsorge Rannour.

In seiner Programmklärung will Ribot aussprechen, daß das Dreijahresgesetz erst vor einem halben Jahre angenommen sei, daß seine Anwendung kaum begonnen habe und daß sich in den Umständen, die zu seiner Annahme geführt hätten, nichts geändert habe, daß daher das Gesetz nicht zur Diskussion gestellt werden könne. In finanzieller Hinsicht werde die erste Aufgabe des Kabinetts darin bestehen, das finanzielle Gleichgewicht wieder herzustellen und eine Ueberinstimmung der beiden Kammern über die Einkommensteuer, die in dem Finanzgesetz enthalten sei, herzustellen. Die Regierung werde nach dem Boden für eine Verständigung zwischen beiden Kammern über die Wahlreform suchen. Wenn diese Frage wieder aufgeworfen werde, gebente die Regierung die Vertrauensfrage nicht zu stellen.

Das Organ der Vereinigten Radikalen schreibt über das Ministerium: So paradox es klingen mag, so können wir sagen, daß die Versuche Ribots, ein Ministerium zu bilden, uns keineswegs mißfallen. Seine Politik ist klar und niemand ist besser imstande, unserer Partei die Disziplin und dadurch den Sieg zu sichern, denn wir haben die Mehrheit.

Jaurès schreibt in der „Humanité“: Vielleicht erwartet Ribot von seinem kühnen Unternehmen einen gewissenmaßen übernatürlichen Glücksfall für die Eventualität, daß irgendein Sturmweiber die höchsten Spitzen des Olymp heimsuchen sollte. Es hängt von Ribot allein ab, ein Ministerium zusammenzubringen. Wenn man will, findet man immer zwölf Männer von „gutem Willen“, aber Ribot könnte nur durch den Verrat der Radikalen leben. Ich hoffe im Interesse der radikalen Partei in Frankreich sowie Ribots selber, daß dieser Verrat nicht vorzukommen wird. Die Republik würde dies schwer zu büßen haben.

Dagegen begrüßen die Organe der Reaktion das Ministerium mit Jubel als „nationales Ministerium“.

Der „Temps“ tut, als ob Frankreich von einer kosmopolitischen Verschwörung befreit sei. „Journal des Débats“ erwartet, daß Ribot die unvermeidliche Steuerreform mit Weisheit durchführe. Aber alle Öhnen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das neue Ministerium nichts weniger als einen festen Halt hat. Wenn die Reaktionäre von dem „grand ministère“, dem „großen Ministerium“, sprechen, das alle Verhältnisse vereinigt, so widerspricht die Verurteilung und Zusammenziehung aller Prinzipien einer parlamentarischen Regierung. Die Wahlen haben eine Mehrheit der Linksparteien ergeben, aber die neuen Minister sind entweder Gemäßigte oder außerhalb der Vereinigten Partei stehende Radikale. Das Kabinett hat eine ausgesprochene Tendenz gegen die organisierten Linksparteien und gegen das Programm von Vou. Die Regierungserklärung steht aber dazu in schroffem Widerspruch.

Die Fraktion der Vereinigten Radikalen wiederholte die neue Tagesordnung, der zufolge die Partei nur ausschließlich ein auf die Linke geführtes Ministerium unterstütze. Die Tagesordnung fordert dann die Mitglieder zur Einhaltung der Disziplin auf. Der Deputierte Hesse nannte das Ministerium eine Herausforderung. Da die sozialistischen Republikaner ein gleiches beschloßen, so hat die Regierung die geschlossene Opposition der Linken gegen sich. Ob sie überhaupt leben kann, hängt ab von der Disziplin der Radikalen.

Cochin schreibt in der „Humanité“ über die russische Allianz. Er zitiert die katholische Revue „Correspondant“, wonach Unterhändler französischer Großbanken dem russischen Finanzminister drei Milliarden anboten für den Ausbau strategischer Linien zur deutschen Grenze. Cochin sagt, jetzt kommandieren die Großbanken die Republik. Ist es nicht notwendig, daß Frankreich an eine einer großen stielbedingenden Demokratie würdigere Auslandspolitik denke?

„Paris Ribot“ berichtet, Paléologue, der französische Botschafter in Petersburg, hätte erklärt, die russische Regierung wäre sehr erstaunt, wenn Frankreich seine militärische

Organisation änderte, da sie selbst ihre Mobilisation auf fast tägliche Forderungen Frankreichs modifiziert hätte. Der russische Hof wäre überrascht, wenn eine solche Maßregel ohne vorherige Benachrichtigung in Angriff genommen würde, da verschiedene französische Ministerien wegen der russischen Bedeckungstruppen rekrutierten und der Botschafter Louis deshalb Krieg mit den offiziellen russischen Kreisen geführt hätte.

Das Schreckensurteil.

Mit zynischem Behagen belobt die Scherzschreiberpresse die fünfte Strafkammer des Landgerichts III wegen des ungeheuerlichen gegen die Bemalung des Denkmals des Kaisers Friedrich ausgeworfenen Strafmaßes. Das Urteil, heißt es in den Zeitungen vom Sälage der „Post“, der „Täglichen Rundschau“, der „Berliner Neuesten Nachrichten“ und ähnlichen Organen, werde von allen „national gesinnten“ Kreisen mit Beifriedigung aufgenommen werden. In diesem Lob liegt die schärfste Verurteilung des Urteils selbst. Denn in der Vorbereitung, daß die Angeklagten wegen ihrer Gesinnung verurteilt sind, liegt das Bekenntnis, daß die Richter den obersten Rechtsgrundsatz verlegt haben, allein nach der Straftat als solcher, nicht aber nach der politischen Gesinnung der Angeklagten zu richten. Widerlich ist das Beklaffe der freikonserватiven Blätter über die Verurteilung. Die sie dem Kaiser Friedrich zollten und die durch die Tat der Verurteilten verletzt sei. Wer erinnert sich nicht der frechen bubenhaften Angriffe gegen den todfranken Kaiser Friedrich, dessen Gemahlin und dessen Mutter in der Zeit kurz vor der Thronbesteigung und nach der Thronbesteigung gerade von dieser Seite aus? Die Hege gegen die „Frauenzimmerpolitik“ ging damals so weit, daß selbst ein konservatives Preisblatt wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und verurteilt werden mußte. Ekelhafte Schandelei und schlotternde Angst vor der Sozialdemokratie hat zu der Hege gegen den am Denkmal verübten Unfug geführt. Leider mit Erfolge. Mit größerem Erfolge, als eine ähnliche Hege unter dem Sozialistengesetz.

Der jetzige Kaiser hielt bei der Eröffnung des Reichstages am 25. Juni 1888 eine Thronrede. In dieser war unter anderem davon die Rede, daß der Kaiser dahin wirken wolle, „daß die Reichsgesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung auch ferner den Schutz erstrebe, den sie im Anschluß an die Grundzüge der christlichen Sittenlehre den Schwachen und Bedrängten im Kampfe um das Dasein gewähren kann.“ Dann folgte ein Passus, der sich für Aufrechterhaltung des Sozialistengesetzes aussprach. Diese Thronrede wurde in Berlin öffentlich angeklagt. In der Nacht vom 8. auf den 10. Juli wurde darauf der Teil, der auf Aufrechterhaltung des Sozialistengesetzes abzielte, mit roten Streifen besetzt, welche die Aufschrift: „Anno: Hoch die Sozialdemokratie!“ enthielten. Die national gesinnte Scherzschreiber verlangte Einlieferungen wegen Majestätsbeleidigung. In der Tat wurden 24 Personen wegen Anklebens der Zettel in Haft genommen. Das heuchlerische Geschrei über „die freche Verhöhnung des Kaisers“ führte zu einer Anklage wegen Majestätsbeleidigung sowie gegen Leichädigung oder Veruntüchtung einer Bekanntmachung (§ 134 des Strafgesetzbuches) und wegen Verstoßes gegen § 28 des Sozialistengesetzes, nach welchem die Zettel ohne vorherige Erlaubnis der Polizei nicht verbreitet werden durften. Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr Gefängnis. Als Strafkammer fungierte die Ferienstrafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors, sogenannten Blutrichters Macius. R. hatte sich diesen Beinamen nicht durch Höhe in politischen Prozessen, sondern durch Höhe der Strofen gegen Gauner, Zuhälter und dergleichen von der national gesinnten Presse so liebevoll beschützes Gefinbel erworben. Das Gericht sprach am 10. September 1888 trotz aller „nationalen“ Hege die Angeklagten von der Majestätsbeleidigung frei, inwieweit die Tat, wie es in den Urteilsgründen hieß, „als eine Ehrfurchtsverletzung, als ein zynischer, wenigstens ganz unpassender Akt bezeichnet werden müsse“. Wegen Vergehens gegen § 134 und gegen das Sozialistengesetz wurden die Genossen Wähler, Dost, Fröhner, Engels, Kühner, Polle, Schönbrunn, Wagner, Kubach, Pösel, Pollak, Götting, Jachert und Bonebauer zu je zwei Monaten Gefängnis, Gdo zu sechs Wochen und Böse zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Ein Monat der Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet und die Angeklagten wurden aus der Untersuchungshaft entlassen.

Welch enormer Unterschied zwischen damals und heute! Kaiser Friedrich hatte schon recht, als er in sein Logebuch eine Bemerkung hineinschrieb, die zeigte, wie ihm davor graue, wie wenig Festigkeit gegenüber politischen Anschauungen anderer die Beamten haben würden, die nach 1870 ihre berufliche Erziehung genießen würden. Daß in einem Fall, wie dem vorliegenden, derart empörend hohe Strofen ausgeworfen würden, war selbst zur Zeit des Sozialistengesetzes undenkbar. Die durch die Furcht vor der Arbeiterklasse belebte Hege der national gesinnten Junker und Seuchler ist leider auf sehr fruchtbareren Boden gefallen.

Aus den vielen Fällen ähnlicher Denkmalsverurteilungen, die von der studierenden goldenen Jugend verübt werden, ohne daß es einem Staatsanwalt einfiel, derartige Strofen zu beantragen, wie in dem jetzigen Fall erkannt sind, sei an einen erinnert. In Oberwald, dessen bürgerliche Blätter bei Bekanntwerden

der Tat ebenfalls patriotischen Entschens münden, sind von Hörern der dortigen Hochschule an dem auf dem Marktplatz aufgestellten historischen Löwen oft Verunzierungen vorgenommen, die noch heute zu sehen sind. Ende der neunziger Jahre bemalten Studierende der Hochschule wiederholt einen Teil des Löwen mit roter Farbe. Als die Farbe entfiel, bemalten sie immer wieder andere Teile des Löwen mit roter Farbe. Schließlich verließen sie dem ganzen Löwen ein blendend rotes Gewand. Die Spuren der Tat sind noch heute am Löwen zu erkennen. Anklage wurde erhoben. Die Studenten kamen mit geringen Geldstrafen davon. Wacker der damals so talentvollen Jünglinge gehört vielleicht zu denen, die jetzt in der Heuchelei eines Entschens über die völlig beiseitigte Aufschrift am Kaiser-Friedrich-Denkmal lebhaft mittun.

Die ohne Vergleich dastehende ungeheuerlich hohe Strafe des Tendenzurteils ist ein Zeichen für die immer größer werdende Fälschung der Klassengegenstände. Sie hat das eine gute, daß sie die Empörung über die heutigen Zustände auch bei Hunderttausenden wachrufen wird, die noch heute der Sozialdemokratie leider fernstehen.

Der Proteststreik in Italien.

Rom, 9. Juni. (Privattelegramm des „Vort.“)

Am Mittwoch proklamierte der Parteivorstand den Generalstreik im ganzen Lande. Er erstreckt sich, soweit sich bis jetzt überlegen läßt, außer über Ancona und Rom auch über Bologna, Neapel, Mailand, Florenz, Turin und eine große Zahl anderer Städte. In Ancona ist die Lage ernst, sogar Mangel an Lebensmitteln macht sich fühlbar, da die Zufuhr aus der Umgebung abgebrochen ist. Mehrfach kam es auch zu Konflikten der Truppen mit den Streikenden. Ein am Sonntag verwundeter Arbeiter ist gestorben.

In Rom verbot die Regierung jede Demonstration; daraufhin leiteten die Parteileitung und die Arbeiterkammer jede Verantwortung ab, so daß die Protestbewegung sich selbst überlassen bleibt. Der Streik ist hier vollkommen. Es herrscht Brotmangel. Alle Läden sind geschlossen. Die ganze Stadt ist von Truppen überdeckt. In Bologna kommen Nachrichten über Unruhen, sonst verläuft die Streikbewegung überall ruhig und würdevoll.

Unruhen in Florenz.

Rom, 9. Juni. In Florenz ist es im Anschluß an Protestversammlungen der ausländischen Eisenbahnarbeiter zu Zusammenstößen gekommen. Als die Polizei einen Trupp Konfessionen zerstreuen wollte, wurde sie von der Menge mit Ziegeln und Pflastersteinen beworfen. Die Beamten gaben darauf mehrere Revolvererschüsse ab. Ein Polizeileutnant wurde schwer verletzt, mehrere Beamte erlitten Verletzungen. Von den Demonstranten wurde ein junger Mann namens Poggiolini getötet, zwei andere wurden leicht verletzt. Eine neu hinzukommende Abteilung Polizeibeamter zerstreute schließlich die Menge. In der Nähe des Bahnhofes von Fabriano wurde ein Eisenbahnzug durch Aufreißen der Schienen zum Halten gebracht.

In den Städten, in denen der Streik proklamiert worden ist, erscheinen keine Zeitungen, auch das Schicksal der Eisenbahnarbeiter von Ancona hat den Streik beschlossen und sich dem für die Dauer des Ausstandes gebildeten Allgemeinen Arbeiterausschusses angeschlossen. Dieser Ausschluß führt die allgemeine Unzufriedenheit unter den Bahnarbeitern, doch widelt sich der Zugverkehr auch heute ordnungsgemäß ab.

Verkehrsstörungen.

Fabriano, 9. Juni. Hier ist der Generalstreik erklärt worden. Der Expresszug von Ancona nach Rom fand kurz nach der Abfahrt von hier die Linie durch Steine und Balken gesperrt. Zahlreiche Personen fanden auf den Schienen. Der Zug wurde gezwungen, in den Bahnhof zurückzufahren. Auch von den folgenden Zügen ist hier keiner eingetroffen. Eine große Menge von Ausständigen befindet sich in der Nähe des Bahnhofes. Die Telegraphenleitung längs der Eisenbahn ist an verschiedenen Orten durchschnitten.

Kriegsschiffe gegen die Streikenden.

Ancona, 9. Juni. Heute nachmittags ist nur der Expresszug 2 Uhr 25 Minuten nach Bologna abgegangen. Die Züge auf der Linie nach Rom gehen bis Fabriano, die auf der Linie nach Bologna bis Falconara.

Die Kriegsschiffe *Visa*, *San Giorgia* und *Agordat* werden hier erwartet.

Demonstrationen in Turin.

Turin, 9. Juni. Hier fand heute eine Versammlung von mehreren Tausenden Personen statt, in der Protestreden gehalten wurden. Nach Schluß der Versammlung durchzogen die Teilnehmer die Hauptstraßen und begaben sich darauf zur Arbeiterkammer. Auf der Höhe der Genovastraße spannten die Ausständigen zwei ihnen begehrenden Lastwagen mit Tabak die Pferde ab und bemächtigten sich kleiner Zigarettenlisten, mit denen sie die Fenster der Häuser und eines benachbarten Cafés einwarfen; darauf verbrannten sie die kleinen Ästen. Schließlich wurde die Menge durch Kavallerie zerstreut.

Die Kammerdebatte.

Rom, 9. Juni. (Kammer.) Ministerpräsident Salandra erklärte in seiner Antwort auf die Interpellationen über die Zwischenfälle in Ancona, daß er erfahren habe, die Arbeiterkammern verschiedener Städte hätten beabsichtigt, auf Anregung der Arbeiterkammer in Ancona am 7. Juni, dem Nationalfeiertag, antimilitaristische Kundgebungen zu veranstalten. Daher habe er die Präfecten angewiesen, diese zu verbieten. Er übernehme die volle Verantwortung für diese Anweisungen. (Lebhafter Beifall, Lärm auf der äußersten Linken.) Das Verbot dieser Kundgebungen sei in der Tat im gesamten Königreich ohne Zwischenfälle durchgeführt worden, außer in Ancona. Der Ministerpräsident gab dann einen Bericht der Ereignisse, wie sie am 7. Juni sich nach den bekannten Nachrichten zugetragen haben. Er hob hervor, daß die Carabinieri und der Polizeibeamte, die dabei Schüsse abgegeben hatten, sich in Haft befänden und zur Verfügung der gerichtlichen Behörden ständen. Ein nach Ancona gesandter Generalinspektor habe festgestellt, daß die Carabinieri geradezu einem Steinhaag ausgesetzt gewesen seien und angefangen hätten, zu schießen, nachdem mehrere von ihnen durch Steinwürfe verwundet worden waren. Der Ministerpräsident wies auf die Ausschreitungen hin, die sich gestern und heute in Ancona zugetragen hätten, sowie auf die geistigen Kundgebungen in Rom und wiederholte zum Schluß, daß er die volle Verantwortung übernehme.

Hierauf kritisierte zahlreiche sozialistische und radikale Abgeordnete, daß der Ministerpräsident die Kundgebungen für die Opfer des 7. Juni verboten habe.

Das Nachspiel einer Streikmehelei.

Mühlhausen i. E., 9. Juni. (Sig. Ver.)

In wenigen Wochen ist ein Jahr vorüber, das Mühlhausen i. E. bzw. die Vortortgemeinde Dornach der Schaulplatz ernsthafter Zusammenstöße zwischen Bevölkerung und Polizei gewesen, infolge des am Bau des Nordbahnhofes bei der ausführenden Firma Julius Berger in Berlin ausgebrochenen Streikes der Erdarbeiter, denen der ortsübliche Lohn vorenthalten war. Die damaligen polizeilichen Anordnungen haben den Widerspruch der Arbeiterschaft wie der Bevölkerung hervorgerufen und die Folge waren allabendliche große Volksansammlungen, bei denen durch Schüsse der Polizei oder Gendarmen

zwei Menschenleben vernichtet

wurden. Die „Mühlhäuser Volkszeitung“, das Organ der organisierten Arbeiterschaft hatte an den behördlichen und polizeilichen Maßnahmen scharfe Kritik geübt.

Die Folge dieser Kritik war eine Anklage gegen den verantwortlichen Arbeiter Franz Gailer wegen Vergehens gegen die §§ 186, 200 und 74 St.-G.-B. Die Anklage wurde von dem damaligen Vorsteher des Polizeiwesens der Stadt Mühlhausen, Kreisdirektor v. Kzewuski erhoben.

Die Untersuchung in diesem Falle war eine recht langwierige und gestaltete den Prozeß zu einem Konstruktprozeß, der die Strafammer voraussichtlich vier bis fünf Tage in Anspruch nehmen wird. Es sind von der Staatsanwaltschaft 92 und vom Angeklagten 47 Zeugen geladen. Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtspräsident Pfartius, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dapper, während Dr. Pünneburger aus Straßburg die Verteidigung des Angeklagten übernimmt hat.

Nach der Anklageschrift, die 20 Foliosseiten Maschinenschrift umfaßt, ist der Angeklagte beschuldigt, durch mehrere selbständige Handlungen in Bezug auf den Polizeipräsidenten von Kzewuski in Mühlhausen und die ihm während des Streiks am Nordbahnhof zu genannter Zeit unterstellt gewesenen Polizeibeamten und Gendarmen „nicht erweislich wahre Tatsachen behauptet bzw. verbreitet zu haben“.

Die Anklage schildert den Tatbestand der Ereignisse wie folgt: Am Juni und Juli 1913 führte die Tiefbau-Aktiengesellschaft Firma J. Berger in Berlin für die Verwaltung der Reichseisenbahnen Erdarbeiten zur Erweiterung der Geleiseanlagen des hiesigen Nordbahnhofes aus. Sie beschäftigte bis zum 9. Juni 120 Arbeiter, davon 77 Mühlhäuser und 43 Polen. Am 9. Juni stellten die hiesigen Arbeiter die Arbeit ein, als sich bei der Lohnzahlung herausstellte, daß die Firma Berger nicht den hiesigen tarifmäßigen Stundenlohn von 56 Pf. zahlte, sondern nur 40 bis 38 Pf. Die Streikenden verlangten die Anerkennung des hiesigen lokalen Lohn-tarifs, während die Firma Berger sich zwar zu einer Lohn-erhöhung auf 45 Pf. bereit erklärte, aber weitere Konzessionen verweigerte, da sie nicht dem deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angehöre, der den zentralen Tarifvertrag abgeschlossen hatte. Den lokalen Tarif aber habe die Firma überhaupt nicht gekannt und daher ihr Angebot nicht entsprechend höher kalkuliert. Der Streikleitung war es gelungen, die Hälfte der Polen zum Anschluß an den Ausstand zu bewegen und sie nach dem Innern Deutschlands abzuschieben. Wegen die vertriebenen Arbeiter seien alsbald Bedrohungen und Gewalttate verübt worden, so daß die Arbeitshalle unter polizeilichem Schutz gestellt wurde. Das Kommando über die zur Bewachung der bestreikten Arbeitsstelle befohlenen Polizisten und Gendarmen wurde dem Polizeikommissar Stropengießer übertragen. Aber trotzdem seien Angriffe und Belästigungen gegenüber Arbeitswilligen vorgekommen und am 16./17. sowie am 22./23. Juni seien Kravalle gegen Arbeitswillige und Sabotage an den Maschinen der bestreikten Firma vorgekommen. Die Situation verschärfte sich, als die Firma Berger innerhalb der Arbeitshalle Baracken zur Aufnahme der Arbeitswilligen errichten ließ, weshalb sowohl vom Kreisdirektor, wie von den Bürgermeistern von Pfaffat und Dornach gleichlautende Polizeiverordnungen erlassen wurden, wonach Ansammlungen im Gebiete des Nordbahnhofes verboten wurden. Die Baufirma hat ebenfalls ein Verbot gegen das Betreten des Baugeländes erlassen. Am 29. Juni kam ein Trupp arbeitswilliger Italiener, die aber die Arbeit nicht aufnahmen, sondern auf Kosten des Bauarbeiterverbandes heimbeordert wurden.

Wegen der wiederholten Massenansammlungen sind die Polizeimannschaften abermals verhärtet worden. Die zum Schutz der Arbeitswilligen getroffenen polizeilichen Maßnahmen sind seit dem 23. Juni täglich von der „Volkszeitung“ angegriffen worden. In Nr. 151 vom 2. Juli brachte die „Volkszeitung“ einen Artikel, in welchem von furchtbaren polizeilichen Maßnahmen zugunsten der Firma Berger-Berlin gesprochen wird; am 4. Juli wird der gleiche Vorwurf erhoben, als das Verhalten der Polizei an der Streikstelle kritisiert wird. Am 3. Juli wurde mit Bezug auf die Untersuchungsbaracken der Arbeitswilligen der Kreisdirektion vorgeworfen, daß sie ungesunde und gesundheitswidrige Maßnahmen dulde. Am 4. Juli kam es zur ersten bedrohlichen Ansammlung nach Ansicht der Polizei, welche deren Einschreiten rechtfertigte; die Menge wurde mit der blanken Waffe gesprengt. Das Vorgehen der Polizei sei von der „Volkszeitung“ ganz besonders scharf kritisiert worden in dem Artikel mit der Ueberschrift „Der Triumph des Polizeifabels“ und der Behauptung, die Polizei sei gegen wehrlose Männer, Frauen und Kinder vorgegangen. Die Ereignisse dieses Abends werden in einem längeren Artikel geschildert und der Tatbestand etwas anders dargestellt, als man ihn im Polizeiberichte zu lesen belam.

Am 5. Juli sind die Polizei- und Gendarmenaufgebote abermals verhärtet wegen der Vorgänge des vorausgehenden Abends und auch an diesem Tage wiederholten sich die Ansammlungen. Ein Arbeiterzug sei zum Engländer gebracht, auf die Schutzmannschaft sei geschossen und die Beamten der Firma Berger seien ernstlich bedroht worden. Die Ereignisse wurden in der „Volkszeitung“ unter der Ueberschrift „Blind für Vernunft und soziales Recht“ wiederum kritisiert mit dem Hinweis, daß die verletzten Maßnahmen des Polizeipräsidenten die Erregung der gesamten Bevölkerung verurteilt hätten. Nachdem am Sonntag Ruhe geherrscht hat, kam es dann am Montag zu den gefährlichsten Ausritten während der ganzen Dauer des Streikes. Nach vielen Tausenden zählte die Menschenmenge, die sich hier sammelte, hatte und war in der Hauptsache aus Neugierde, ohne irgendwelche aggressive Absicht gegenüber der Polizei. Aber plötzlich erlönten Schüsse, Steine und Klätschen gegen die Polizei geworfen worden, und diese machte von der Schußwaffe Gebrauch. Die Arbeiter Bohler und Gutknecht, die sich auch in der Menge befanden, wurden durch Karabinerschüsse getötet, was die Empörung der Bevölkerung noch mehr steigerte und noch am gleichen Abend marschierte Militär ins Streikgebiet.

Die Vorgänge des Abends vom 7. Juli wurden von der „Volkszeitung“ in einem Artikel unter der Ueberschrift „Zwei Opfer wahnwüthiger Polizeigewalt“ in scharfer Weise besprochen. Beleidigenden Inhaltes für den Polizeipräsidenten und die ihm unterstellten Polizeibeamten sind nach der Anklageschrift ferner noch die Artikel mit den Ueberschriften: „Nichtwürdige Komödianten“, „Opfer der Notwehr oder gewissenloser Polizeibrutalität“.

Die Anklageschrift schließt mit den Worten: Die sämtlichen erwähnten Artikel enthalten schwere Beleidigungen des Polizeipräsidenten von Kzewuski in Mühlhausen, dem vorgeworfen wird, daß er seine Polizeiorgane einseitig in den Dienst der Interessen der Firma J. Berger gestellt habe, daß er hierbei so weit gegangen sei, die Peleigung gesundheitswidriger Baracken durch die genannte Firma wissentlich zu dulden und ein gefahrliches Einschreiten seiner Polizeiorgane gegen die ihre wirtschaftlichen Interessen in zulässiger Weise verfolgenden Arbeiter und deren Angehörige zuzulassen bzw. anzurufen. Wegen die Polizeibeamten und Gendarmen wird der Vorwurf geschwundigen Einschreitens,

der Mißhandlung und des unzulässigen Waffengebrauchs erhoben, unter Anführung einer Anzahl trasser Einzelfälle. Einzelnen von ihnen wird Betrunktheit vorgeworfen und in einem Falle die Veranlassung eines Streikes, wobei Schußleute in Zivil den agent provocateur gespielt hätten.

Ueber den Verlauf der auf mehrere Tage berechneten Verhandlung werden wir berichten.

Politische Uebersicht.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Nach einer Pfingstpause von zwei Wochen nahm das Dreiklassenparlament am Dienstag seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung stand zunächst die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die weitere Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Oberverwaltungsgericht. Die Regierungsvorlage will diese Beschäftigung noch bis zum 1. April 1917 andauern lassen, während ein Kommissionsantrag vorschlägt, mit diesem Hilfsrichtertwesen schon bis zum 1. April 1918 aufzuräumen. Die Konservativen beantragten Wiederherstellung der Regierungsvorlage in ihrer ursprünglichen Fassung. Von unserer Seite sprach Genosse Liebknecht, der darlegte, daß die Ueberlastung der festgestellten Richter, die die Regierung und die Konservativen für ihre Vorschläge ins Feld führten, gewiß ein sehr großer Uebelstand sei — die Heranziehung von Hilfsrichtern bedeute demgegenüber aber ohne Zweifel ein noch weit größeres Uebel.

Schließlich wurden nach längerer Debatte denn auch die konservativen Verschlechterungsanträge abgelehnt und die Kommissionsfassung wurde angenommen.

Den Rest der Verhandlungen füllte die erste Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zu dem Reichsgesetz über Aenderungen im Finanzwesen vom 8. Juli des vorigen Jahres: es handelt sich um das bekannte Gesetz, durch das das Reich im Interesse der Gemeinden auf die erst zwei Jahre vorher beschlossene Wertzuwachssteuer verzichtete. In der Debatte ritt der freikonservative Abgeordnete Dr. Bredt eine heftige Attacke gegen die Bodenreformer und ihren Führer Adolf Damaschke. Er erklärte, das Ergebnis der zweijährigen Erhebung der Reichwertzuwachssteuer bedeute nicht anders als einen „großen Trümmerhaufen“ der bodenreformerischen Hoffnungen. Im Interesse des Besitzes verlangte der freikonservative Redner, daß den Gemeinden ein für alle Male „eine feste Grenze nach oben“ bei Erhebung dieser Steuer gezogen werden solle. Den Standpunkt unserer Partei vertrat in wirkungsvoller Rede Genosse Liebknecht. Mit Recht zog er aus dem Gange der ganzen Debatte den Schluß, daß das wenige Gute, das in dem preussischen Steuersystem etwa zu finden sein möge, niemals geschaffen worden wäre, wenn die heutige Mehrheit darüber zu beschließen gehabt hätte. Besonders aus den Reden der konservativen Wortführer schlüßfolgerte Genosse Liebknecht, daß die antikapitalistische Grundstimmung, die noch Anfang der neunziger Jahre, die noch zu Zeiten des Herrn Stöcker, bei der Rechten lebendig war, heute völlig verfliegen sei. — Schließlich wurde die Vorlage der Kommission für das Kommunalabgabengesetz über-

Vierhunderttausend Mark für den Adelsstil.

Reichstagsabgeordneter Erzberger schreibt der „Märkischen Volkszeitung“:

„Vor mir die Abschrift eines Briefes, datiert vom 5. Juni 1914 und gerichtet an eine mir bekannte hochachtbare Persönlichkeit. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Ich gestatte mir mit Gegenwärtigem, Ihnen die ergebene Mitteilung zu machen, daß der erbliche Adel, verbunden mit höheren preussischen Orden, für Stiftung eines Denkmals Kaiser Wilhelms I. in Detmold zu haben ist für einen Preis von circa 400 Tausend Mark. Für den Fall, daß Sie sich hierfür interessieren würden, würde ich Ihnen weitere Details gern mitteilen lassen. Ich bemerke noch, daß dieses ein direkter ierischer Auftrag ist, welcher naturgemäß streng diskret behandelt werden muß, und auch auf streng diskrete Weise direkt durchgeführt wird. Ich setze daher Ihren angenehmen Nachrichten gern entgegen, ob die Angelegenheit Interesse für Sie hat und zeichne hochachtungsvoll.“

Das Original des Briefes ist bereits dem zuständigen Staatsanwalt unterbreitet worden. Es ist zu erwarten, daß nummehr gegen alle solche Titel- und Ordensschacher rücksichtslos vorgegangen wird, auch wenn der Auftrag ein „direkter“ ist. Die weitere Untersuchung wird feststellen, wer diesen direkten Auftrag erteilt hat. Nach meinen Informationen ist es ganz ausgeschlossen, daß der Auftrag aus Berlin kommt. In den Residenzen einiger kleiner Fürstentümer scheinen sich aber Zentralen für Ordensschacher gebildet zu haben.“

Die beleidigten Beamten.

Der Reichsverbandsgeneral v. Liebert hat das Recht gehabt, die deutschen Beamtenvereine gegen sich aufgebracht zu haben. Er schrieb bekanntlich am 25. Mai d. J. im „Tag“, das sozialdemokratische Gift verbreite sich immer weiter durch die Adern unseres Volkstempels, es habe schon das mittlere und untere Beamtentum erfaßt und hier hätten auch schon die Ideen des Syndikalismus Wurzeln gegriffen. Diese Charakterisierung der Beamten wurde vorigen Sonnabend auf der Tagung des Verbandes deutscher Beamtenvereine in Hamburg mit Entrüstung zur Sprache gebracht. Der Vorsitzende, Ministerialrat Just, versicherte, man werde dem Generalleutnant v. Liebert bedeuten, daß solche Äußerungen als Beleidigungen des Beamtenstandes aufzufassen seien.

Da ein Strafantrag gegen Herrn v. Liebert aber nicht beschloffen wurde, scheint mit dieser Erklärung die vor Entrüstung bebende deutsche Beamtenvereine ihr Gleichgewicht wiedergewonnen zu haben.

Es wird wohl bei den meisten mittleren und unteren Beamten mit der Entrüstung auch nicht so weit her gewesen sein. Wäre ihnen nicht das Recht der freien Meinungsäußerung genommen, würden viele von ihnen gegen diese Behauptung des Reichsverbandsgenerals gewiß nichts einzuwenden haben, so wenig sie sonst mit ihm zu tun haben wollen, eben weil sie in der Sozialdemokratie die zuverlässigste Vertreterin ihrer Interessen erblicken.

Der Geistliche Rat auf dem Index.

Nach langem Ueberlegen nimmt jetzt die „Germania“ das Wort zu der kirchlich-antikirchlichen Berrückterklärung gegen die Schrift des babilischen Zentrumsführers Wader. Zunächst klammert sich das Zentrumsblatt daran, daß nicht die ganze Broschüre, die den Titel trägt „Gegen die Quertreiber“ und die außer dem Aufsatz Waders auch die Erklärung des Reichsausschusses der Zentrumsparlei vom 8. Februar 1914 und eine Rede des Reichs- und Landtagsabgeordneten Warg über den politischen Charakter des Zentrums enthält, auf den Index gesetzt worden sei. Denn der Berrückter in der antikirchlichen Veröffentlichung der Index-Kongregation besagt ausdrücklich, daß nur der Waderische Aufsatz „Zentrum und kirchliche Autorität“ verboten werde. Für die allgemeine Beurteilung der Stellung der Römischen Kurie zu der Antiquertreiberbewegung ist

seiner Bedeutung, denn Bader hat seine Schrift eben gegen
Lauterbach gerichtet und seine Argumente gegen
die Autorität im Sinne der Röhler Richtung ausgespielt.
Diese Tatsache helfen alle jesuitischen Verdrehungen der
Sache nicht.
Die übrigen aus Rom gemeldet wird, soll auch die Unterwerfung
des nicht vermögenden, seine Schrift vom Index zu bringen. Es
ist aber zu bemerken, daß die Schrift so lange auf dem Index
bleibe, bis sie abgeändert sei.

Die Vertuschungskommission.

Die sogenannte Rüstungskommission nahm am Montag im
Kriegsministerium ihre Verhandlungen wieder auf und schloß sie
am Freitag ab. Sie kam nach mehrstündigen Debatten zu
einigen bestimmten Entscheidungen. Die Erörterungen trugen den
Charakter einer Generaldiskussion, in der Fragen der Fabrikation,
Auftragerteilung und der Ablieferung von den verschiedensten
Ansprüchen aus beleuchtet wurden. Die Verhandlungen, die als
"vertraulich" gelten, werden Anfang November wieder auf-
genommen werden.

Im Landtagswahlkreis Fürth, wo durch den Tod des Genossen
Kupfer eines der beiden Landtagsmandate frei geworden ist,
hat sich die sozialdemokratische Partei der Genosse Endreß,
Sekretär und 2. Vorsitzender des Gemeindefortschritts in Fürth,
kandidat aufgestellt. Seine Wahl ist sicher, da noch das Hoch-
wachen von 1912 in Kraft ist und Fürth zu den Wahlkreisen
gehört, die der Sozialdemokratie überlassen sind. Die Zentrum-
partei glaubte zwar zur Sammlung aller bürgerlichen Elemente
zu müssen und warf den Liberalen einen Köder hin, um den
Sozialdemokraten das Mandat zu entreißen, aber die liberalen Par-
teien werden keinen Kandidaten aufstellen, sondern ihre Wähler auf-
fordern, für den Sozialdemokraten zu stimmen.

Zum japanischen Marinekandal.

Von Sen Katayama-Tokio.

Der Wechsel des Ministeriums gab den Gerichten und dem
Marineminister freie Hand. Eine Anzahl Admirale wurde
entlassen. Admiral Nishira begann damit, drei der belasteten Marine-
offiziere ihres Postens zu entlassen, den Grafen Hamamoto, den
Marinepremier und Admiral, Saito, den früheren Marineminister,
den Marineattaché Tatarabe. Diese gelten als die Hauptfiguren
der Korruption. Fujii und Katsumoto und andere stehen
vor dem Kriegsgericht. Ihre Auslagen vor dem Richter werden
in der Tagespresse von Tokio frei besprochen. Danach hat der
Marineminister nicht weniger denn 800 000 M. von der Firma
Mitsui durch den Agenten Kusui erhalten. Uebrigens sind jetzt
die drei Direktoren der Firma Mitsui Kusui verhaftet und
soll ihnen wegen Bestechung und Urkundenfälschung der Prozeß
gemacht werden. Fujii empfing von Siemens u. Schudert,
Harrab u. Co. insgesamt die Summe von 1 200 000 M.
war der Chef der Marineverften, wo über 80 000 Mann be-
schäftigt sind.

Der Skandal, der mit Siemens u. Schudert begann, dehnte sich
weiter aus auf Vickers und deren Agenten Kusui usw. Im höchsten
Grade wichtig sind die Erklärungen, die Herr Herrmann,
Direktor von Siemens u. Schudert, vor dem Gerichts-
hof in Tokio abgegeben hat. Er sagte, er habe die geheimen
Dokumente auf dem deutschen Konsulat in Yokohama in Gegen-
wart des deutschen Konsuls angelesen und dafür 100 000 M. an
den Engländer Andreas Bullen gezahlt. Die Dokumente habe
er nicht vernichtet. Herrmann erklärte weiter, daß er direkt
den Ratsschlag der deutschen Regierung zu geschuldet habe. Eben-
falls will Herr Bullen im Einverständnis mit der englischen Konsulats-
behörde in Yokohama gehandelt haben. Er sandte die Dokumente,
die er von Herrn Richter für 1500 Mark angekauft hatte, an Reuters
Bureau in Shanghai. In diesem Moment habe sich Herr Herrmann
das Geschäft eingemischt, habe die Dokumente zurückgefordert und
wolle mit Bullen nach Shanghai reisen. Der britische Konsul, so
sagte Herr Bullen, habe ihm jedoch den Rat gegeben, nicht nach
Shanghai zu gehen, er könne auf der Reise ermordet werden. Des-
halb lehnte Bullen ab und erlegte das Geschäft in Yokohama. So
sahen also diese Herren nach ihrem eigenen Geständnis beide mit
Wissen und Willen der Konsulate ihrer Länder gehandelt.

In das glänzende Geschäft, das Herr Bullen machte, habe sich
auch eine Anzahl anderer "Hänen des Schlachtfeldes" geteilt.
Herr Richter hatte nur 1500 M. erhalten, Bullen nahm dafür
100 000 M. ein. Nach seinen Aussagen vor Gericht haben
die verschiedenen Angestellten von Reuters Bureau ebenfalls
mehrere tausend Mark erhalten. Die japanische Re-
gierung wünschte nun, die Dokumente oder wenigstens
Kopien davon von der deutschen Regierung zu erhalten.
Dieser ist bekanntlich von einem deutschen Gerichtshof wegen Er-
brechung verurteilt worden, hier müssen auch die Beweisstücke vor-
gebracht sein. Im japanischen Parlament wurde jedoch mitgeteilt,
daß die deutsche Regierung die Herausgabe dieser
Dokumente kritisch abgelehnt habe. Das kam jedenfalls
der japanischen Bureauführung sehr zufluten. Wahrscheinlich hätte die
Herausgabe der Geheimdokumente noch mehr Personen mit in die
Verhaftungsschlinge hineingezogen. Man möchte möglichst Ruhe haben.
Die Marine braucht Geld für drei neue Kriegsschiffe und so möchte
man die Affäre sobald als möglich beenden. Die Regierung möchte
vor der kommenden außerordentlichen Session des Parlaments
überhaupt dastehen. Gerüchweise verlautet, daß noch viele
andere hochstehende Persönlichkeiten an den schmutzigen Geschäften
beteiligt sind. So sollen u. a. auch der Präsident der Schiffbau-
verften, Kawasoki, und auch der Minister des Kaiserlichen Hauses,
Kamatake, der Bestechung sich schuldig gemacht haben. Diese werden
nicht gerichtlich verfolgt, sie haben nur ihre Ämter nieder-
legen müssen. Das alles zeigt, wie weite Kreise die Korruption er-
reicht hat.

Der mexikanische Konflikt.

Guertas Rücktrittsabsicht.

New York, 9. Juni. Nach einer Depesche aus Vera Cruz
ist infolge der Aufhebung der Blockade in Tampico von
neuem das Gerücht, daß Guertas in aller nächster Zeit, viel-
leicht schon am Mittwochabend ab danken werde. In der
Hauptstadt wird sogar erklärt, seine Abdankungs-
erklärung sei bereits vorbereitet und in der englischen
Gesandtschaft niedergelegt. Es wird ein Flugblatt verbreitet,
das die Bevölkerung auffordert, Guertas an der Flucht zu
hindern, und seine Verbrechen anzählt mit der Erklärung,
daß der Gerechtigkeit nur durch seine Hinrichtung Ge-
nüge geschehen könne.

Der japanische Gesandte vermisst.
London, 9. Juni. Der "Daily Telegraph" meldet aus
Mexiko vom 8. Juni, daß der japanische Gesandte und
sein Attaché vermisst werden. Sie hatten sich nach Manzanillo
zum Besuche des japanischen Kreuzers "Idzumo" begeben und
sollten auf dem Rückwege in der Nachbarschaft von Sonula die
Telegraphenleitung durchschnitten. Seit dem 1. Juni fehlt jede Nach-
richt von ihnen.

Die Bevölkerung von Sonula hat sich gegen die
Regierung erhoben und ist zu den Rebellen übergegangen. Die
Regierung hat von Guadalupe Truppen ausgesandt und sie durch
eine fliegende Kolonne aus der Hauptstadt verstärkt, da man be-
fürchtet, daß die beiden Diplomaten in die Hände der Auf-
ständigen gefallen sind.

Die amerikanischen Forderungen.

New York, 8. Juni. Die aus Niagara-Fall gemeldet wird,
soll Mexiko von den Vereinigten Staaten nicht aufgefordert
werden, eine Kriegsschädigung zu zahlen. Die Regie-
rung Guertas hat durch die amerikanischen Vertreter erfahren,
daß die Regierung Wilsons damit zufrieden sein würde, in
Mexiko eine ständige Regierung eingerichtet zu haben,
welche Guertas in der Herrschaft folgen soll.

Die Wirren in Albanien.

Das Vorgehen gegen die Aufständischen.

Durazzo, 9. Juni. In der Stadt herrscht Ruhe. Die
Lage ist unverändert. In den letzten Tagen haben die Auf-
ständischen wiederholt versucht, mit der Kontrollkom-
mission wieder Verhandlungen anzuknüpfen. Aus
Cepirus wurden die dort nicht mehr erforderlichen Trup-
pen, insgesamt 2500 Mann, nach Elbassan beordert, wo sie
übermorgen eintreffen werden. Wie verlautet, steht Ahmed
be Matia mit Truppen an der Grenze der Malissia zur Ver-
fügung des Fürsten, um auf dessen Befehl gegen Tirana vor-
zudringen. Um die Bewegung der Aufständischen so rasch
wie möglich zu unterdrücken, wird ein gleichzeitiges Vor-
gehen von drei Seiten, von Alessio, Durazzo und
Balona geplant. Der Vormarsch der Truppen dürfte noch in
dieser Woche erfolgen.

Dänemark.

Annahme der Verfassungsänderung durch die Zweite Kammer.

Kopenhagen, 9. Juni. Das Folkething beriet heute
über die die Verfassungsänderung betreffende Vor-
lage. Der Bericht der Mehrheit (Linke, Radikale, Sozialisten)
des vom Folkething und Landsting gemeinsam eingeleiteten
Ausschusses wurde in namentlicher Abstimmung mit 103 Stim-
men der Linken, der Radikalen und der Sozialisten gegen
7 Stimmen der Rechten angenommen. Darauf wurde
die Vorlage selbst mit 102 gegen 6 Stimmen angenommen.

Auflösung der Ersten Kammer.

Kopenhagen, 9. Juni. Auch das Landsting beriet heute
über die die Verfassungsänderung betreffende Vorlage. Die
Mitglieder der konservativen Gruppen blieben der Beratung fern.
Ministerpräsident Zahle erklärte, es sei Pflicht der Regierung,
nach der Abstimmung, wobei die Hälfte der Mitglieder trotz ihrer
Pflichten als Abgeordnete abwesend gewesen wären, den König
zu ersuchen, das Landsting aufzulösen, damit ein Land-
sting geschaffen werden könne, das als solches gemäß der Ver-
fassung fungieren werde. Bei der Abstimmung stimmten 33 Mit-
glieder der gesamten Linken für den Bericht des gemeinsamen
Ausschusses; 32 Mitglieder dieben der Abstimmung fern. Der
Präsident des Landstings erklärte, es sei keine genügende Anzahl
von Stimmen abgegeben worden, um einen endgültigen Entschluß
zu fassen; die nächste Sitzung werde später anberaumt werden.
Der Ministerpräsident wird heute nachmittag dem Könige Vortrag
halten. Sodann findet ein Ministerrat statt.

Griechenland.

Massenflucht von Griechen aus Kleinasien.

Athen, 9. Juni. Alle Zeitungen Athons geben dem Ge-
fühl lebhaften Unwillens im Lande Ausdruck wegen der Verschärfung
der Verfolgung der Griechen in Thrazien und Kleinasien
und fordern die Regierung auf, wirksame und endgültige Maß-
nahmen gegen die geplante Ausrottung des griechischen
Elements in jenen Gegenden zu treffen. Die neu ankommenden
Tausende von Flüchtlingen bildeten eine schwere wirt-
schaftliche Gefahr für Griechenland.

Die Maßnahmen der türkischen Regierung.

Konstantinopel, 9. Juni. Eine offizielle Bekanntmachung stellt
fest, daß die Regierung alle Maßnahmen ergriffen habe, um die
Auswanderung der Griechen zu verhindern, und daß sie
Detachements abgeandt hatte, um den Leuten das geraubte
Vieh wieder zuführen zu lassen. Einige Beamte, die sich Nach-
lässigkeiten hatten zuschulden kommen lassen, wurden abberufen.

Aus der Partei.

Aufruf.

Die Freie Vereinigung sozialistischer Studenten
in Wien ladet die sozialistischen Studenten aller Länder auf An-
regung der amerikanischen und englischen Studenten zu einer
internationalen Zusammenkunft informativen
Charakters für den 20. August nach Wien ein. Unsere
Vereinigung bittet diejenigen Studenten, die nach Wien kommen
wollen, um die Anmeldung ihrer Teilnahme unter der Adresse:

Edmund Schiefinger, Wien I, Magimilianstr. 6.

Zuweilen bitten wir die Studenten um Angabe, ob sie einer
sozialistischen Organisation angehören. Wenn dies der Fall ist,
eruchen wir um Namen und Adresse dieser Organisation. Die
Parteipresse der Städte, in denen sich Hochschulen befinden, wird um
Nachdruck dieses Aufrufs gebeten.

Freie Vereinigung sozialistischer Studenten
in Wien.

Aus den Organisationen.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins
für den Wahlkreis Frankfurt a. M. wurde am Freitagabend der
Geschäftsbericht für das Jahr 1913/14 entgegengenommen. Der seit
Jahren sehnlichst gehegte Wunsch, die Mitgliederzahl auf 10 000 zu
heben, ist in diesem Jahre nicht nur in Erfüllung gegangen,
sondern noch um einen weiteren Zuwachs von 1833 übertrifft
worden. Dies erfreuliche Resultat wurde besonders durch die Note
Woche erzielt, die 2150 neue Mitglieder brachte. Dieser Aufstieg
ergab eine Steigerung des Vereinsvermögens auf 29 000 M.,
trotzdem an den Parteivorstand 11 600 M. abgeführt wurden.
Die Entwicklung der Parteipresse vollzog sich gleichfalls
in aufsteigender Linie. Besondere Schwierigkeiten erwuchsen
dem Verein aus den Naturalisationsarbeiten, da Frankfurt
eine Stadt ist, in der aus den benachbarten Staaten ein fort-
währendes Ab- und Zufluten zu verzeichnen ist. Rund 8000 Ver-
pfehrungen wurden vollzogen.

Großen Wert legte der Parteivorstand auf die Bildungsarbeit.
Der große, vom Arbeiterbildungsausschuß veranstaltete wissenschaft-
liche Kurs, dazu eine Reihe Kurse in den Bezirken und über
600 Einzelvorträge zeigen, wie ernsthaft dieser Zweig der Arbeiter-
bewegung gepflegt wurde. Die Frauenbewegung war gleichfalls sehr
lebhafte. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg prozentual weit stärker,
wie die der Männer. Der Verein zählt jetzt 2150 weibliche Mitglieder.
Recht erfreulich hat auch die Arbeiterjugendbewegung abgefunden.
Die Zahl der Abonnenten der "Arbeiter-Jugend" stieg von 500 am
Anfang der Berichtzeit auf weit über 1000 am Schluß. In
einem eigenen Heim hat jetzt die Jugend alle Möglichkeiten, sich
weiter zu entwickeln. — In der Diskussion über den Bericht
drehte es sich in der Hauptsache um organisatorische Fragen. In
einem Antrag, der schließlich dem Vorstand überwiesen wurde, wird

mehr Selbständigkeit der Bezirke verlangt und der Vor-
stand ersucht, geeignete Vorschläge zur Durchführung dieses Wunsches
zu machen.

Die Kreisgeneralversammlung des fünften württem-
bergischen Wahlkreises (Ehlingen-Rüdingen-Kirchheim-
Urach) fand am 7. Juni in Rüdingen statt. Der Verein zählt
3450 männliche und 285 weibliche Mitglieder. Das letzte Jahr
brachte eine Zunahme von 112. Unsere Presse hatte etwa 6400
Abonnenten. Diesen Ziffern steht eine sozialdemokratische Stimmen-
zahl von 16 328 bei der letzten Reichstagswahl gegenüber. Das
Zeitungsunternehmen des Wahlkreises hat sich finanziell gut ent-
wickelt. Im Berichtsjahre wurde ein Defizit von 1600 M. gedeckt
und noch ein Ueberschuß von 3700 M. erzielt. Beschlossen wurde,
den Titel, der bisher "Ehlinger Volkszeitung" lautete, umzuwandeln
in "Volkszeitung". Die Kreisorganisation zählt 43 Ortsvereine,
von denen 334 Mitglieder- und 129 öffentliche Versammlungen ver-
anstaltet wurden. Bei den Gemeinderatswahlen wurden einige
Mandate neu erobert. Zurzeit hat die Partei im Wahlkreis 40 Ge-
meinderats- und 60 Bürgerausschußmandate im Besitz. — Eine he-
ftige Debatte rief die Frage der Reichslandtagswahl hervor. Genosse
Schlegel, der den Wahlkreis von 1889/1906 im Reichstag vertrat
und bis jetzt kandidierte, erklärte, daß persönliche Verhältnisse ihm
die erneute Uebernahme der Kandidatur unmöglich machten. In
der Aussprache kam der dringende Wunsch zum Ausdruck, an der
Kandidatur Schlegel festzuhalten. Die Versammlung beschloß in
diesem Sinne und ersuchte den Kreis- und Landesvorstand, auf
Beseitigung der Schwierigkeiten hinzuwirken, die dem Genossen
Schlegel die Agitationsarbeit erschweren.

Durch Urabstimmung beschloß der Sozialdemokratische Verein
Breslau-Ost und West das vor zwei Jahren eingeführte
Vertretersystem zu dem geschäftsführenden Versammlungen
wiederanzusetzen. Für die Aufhebung stimmten 1080, dagegen
618 Mitglieder.

Aus Industrie und Handel.

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins deutscher
Ingenieure in Bremen sprach Professor Dr. Schumacher (Köln)
über "Die Stellung der deutschen Schiffahrt im
Weltverkehr". Der Redner bezeichnete es als eine Meister-
leistung kaufmännischer Organisation, daß Bremen und Hamburg
es trotz des englischen Konkurrenzkampfes fertig gebracht hätten,
die größten Auswandererhäfen der Welt zu bleiben. Mit
der Personenschiffahrt steht in Deutschland auch die Linien-
schiffahrt im Vordergrund. Das Ausland hat diese Entwick-
lung nicht im gleichen Maße mitgemacht. Wenn das neuerdings
nachgeholt werden soll, so hat sich Deutschland in der engen Ver-
triebsgemeinschaft von fast 2 1/2 Millionen Reichstücken, die der
Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie vor wenigen
Wochen abgeschlossen haben, in der Weltwirtschaft als einen "Rocher
de bronze" stabilisiert. Die freie oder Transitschiffahrt
hat einen drei- bis viermal so großen Tonnengehalt wie die Linien-
schiffahrt. In der Transitschiffahrt hat sich England behauptet, und
zwar dank der großen Kohlenausfuhr, die fast 1/2 der gesamten
englischen Güterausfuhr ausmacht. Unter den deutschen Häfen kann
sich nur Emden zu einem Kohlenausfuhrhafen und als solcher auch
zu einem Einfuhrhafen entwickeln. Die Vorherrschaft Englands
in der Transitschiffahrt ist auch für seinen Schiffbau von einschnei-
dender Bedeutung. Die Transitschiffe sind Massenprodukte; ihr
Bau bedarf keines großen teuren Stabes von Ingenieuren und
Technikern; er kann auch auf Vorrat erfolgen. Diese rentabelste
Schiffherzeugung hat Deutschland bisher England fast ganz über-
lassen. Die deutsche Eisenindustrie ist anscheinend auf dem Wege,
auch diesen Zweig der Weiterverarbeitung im großen aufzunehmen.

Letzte Nachrichten.

Die französische Ministerkrise.

Paris, 9. Juni. Das Kabinett Ribot hat sich kon-
stituiert. Das Kriegsministerium hat Delcassé übernommen,
das Marineministerium Chautemps. Rouleux hat das Portefeuille
des Krieges endgültig abgelehnt, da ihm das neu-
geplante Kabinett ebensovienig wie das gestrige als ein Kabinett
der republikanischen Konzentration erscheint.

Der Proteststreik in Italien.

Bergamo, 9. Juni. Nachdem die Ausständigen durchgehelt
hatten, daß sämtliche Läden und Etablissements der Stadt geschlossen
wurden, begaben sie sich nach Borgo Santa Caterina an der Eisen-
bahn durch das Brenbannatal. Dort stellten sich die Frauen zwischen
den Schienen auf und brachten dadurch einen Zug zum
Halten, dessen Fenster von der Menge zertrümmert wurden. Per-
sonen wurden nicht verletzt.

Rom, 9. Juni. Der Generalstreik zum Zeichen des Protestes ist
ferner in folgenden Städten erklärt worden: Bari, Bologna, Brescia,
Florenz, Forli, Genua, Livorno, Mailand, Modena, Parma, Pesaro,
Riva, Reggio nell' Emilia, Civitavecchia, Rovigo, Turin und Venedig.
In mehreren der genannten Städte trat der Streik nur teilweise in
Befolgung. Die öffentliche Ordnung wurde im allgemeinen ohne
ernste Zwischenfälle gestört. — In Florenz wurden Polizei-
beamte heftig mit Steinen beworfen und mit Stöcken angegriffen,
so daß sie von der Waffe Gebrauch machen mußten. Auf Seiten
der Angreifer wurde eine Person getötet, auch von den Poli-
zeibeamten wurden mehrere verwundet, unter ihnen ein Offizier.
Auch in Venedig kam es zu mehreren Zwischenfällen. Ein Polizei-
beamter wurde ziemlich schwer verletzt. In den übrigen Städten
herrscht Ruhe.

Rom, 9. Juni. Auch heute ruht der gesamte Straßenverkehr.
Alle wichtigen Gebäude sind seit dem frühen Morgen mit Militär
besetzt, das im Laufe des Nachmittags eine umfangreiche Ab-
sperrung der Hauptplätze vornahm. Es ist zu keinen ernstlichen
Zwischenfällen gekommen. Viele Geschäfte sind geschlossen. Auch
die Straßenreinigung ist freigeblieben. Da hier keine
Blätter erscheinen, sind die Ereignisse in der Provinz der
hiesigen Bevölkerung nur durch die hier eintreffenden Reapeler
Blätter bekannt. Erst in den Nachmittagen wird als einziges die-
siges Blatt der syndikalistische "Popolo Romano" erscheinen. Der
Streik soll in Rom nach dem Beschluß der Arbeitskammer bis Mitt-
wochabend dauern.

Die Ministerkrise in Serbien.

Belgrad, 9. Juni. Halbamtlichen Meldungen zufolge scheiden
aus dem jetzigen Kabinett Finanzminister Patschu und Außen-
minister Jovanovitch aus. Dessen Stelle übernimmt nebst
dem Präsidium und dem Ministerium des Innern Patschitsch.
Der Abgeordnete Petrovitch soll Minister des Innern werden.
Die Lösung der Krise dürfte morgen erfolgen.

Hausdurchsuchung bei den Suffragetten.

London, 9. Juni. Eine starke Polizeibeamtung drang heute
nachmittag in die Räume der Anhängerinnen des Frauenstimm-
rechts in der Tottenhamstraße und beschlagnahmte zahlreiche
Schriftstücke. Mehrere Frauen, die sich in den Räumen be-
fanden, erhielten die Erlaubnis, sich zu entfernen, nachdem sie vor-
her untersucht worden waren. Die Polizei blieb auf dem
Grundstück.

Qualität, nicht Preis

soll bei der Wahl eines Reifens bestimmend sein. Ein guter Reifen kostet zwar gutes Geld, dafür hält er aber auch länger. Wenn Sie

Continental Pneumatik

fahren, haben Sie diesen „guten“ Reifen. Sein Weltruf wurde durch Qualität begründet.



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.



Personal 12 000.

Anzug Woche

Dauer vom 10. bis 16. Juni

Ausnahme-Preise

moderner Jackett-Anzüge für Herren und Jünglinge

Einige Beispiele:

Herren-Jackett-Anzüge

Neueste Ausmusterungen, ein- und zweireihig	Ausnahmepreis	12 ²⁵
Neueste Pepita-Muster, modernste Form	Ausnahmepreis	22 ⁰⁰
Oliv und flaschengrün Cheviot	Ausnahmepreis	27 ⁰⁰
Blaue Cheviot und lederfarbene Pepita-Muster	Ausnahmepreis	36 ⁰⁰
Kammgarn und Cheviots. Ersatz für Maß	Ausnahmepreis	45 ⁰⁰

Jünglings-Anzüge

Buckskins, neueste Muster, Größe 40	Ausnahmepreis	11 ²⁵
Jede weitere Größe 30 Pf. mehr		
Neueste Pepita-Muster, Größe 38	Ausnahmepreis	20 ⁷⁵
Jede weitere Größe 1 M. mehr		
Cheviots, oliv, braun, grau, Größe 38	Ausnahmepreis	29 ⁵⁰
Jede weitere Größe 1 M. mehr		

Jackett-Anzüge

für große, starke und kleine, untersetzte Baufiguren, sowie für extra große und schlanke Figuren zu Ausnahmepreisen!

BAER SOHN

Spezialhaus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
 Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Straße 20 Cgr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10
 Sonntag nur von 8-10 geöffnet

Vom Waisenhaus zur Fabrik

In schmuckem Einband
 Preis 1 Mark

Geschichte einer Proletarierjugend
 von Georg Heinrich Dikreiter

Der neueste Band der „Vorwärts-Bibliothek“
 zu beziehen durch die
 Buchhandlung des Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden)

Reste

Damentuche schwarz u. farb. Mtr. 3 M.
 Kostümfstoffe neueste englische Muster p. Meter von 2 M.
 Côtelé . . . von 3.25 M.
 Gabardine von 2.75 M.
 Futter-Seide in allen Preislagen
 Satin-Futter größte Auswahl
 Knöpfe u. Besatzartikel usw.

C. PELZ
 Kottbuser Str. 5

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. H. Sabatich, Adlerstr. 174.
 O. Petersburger, Blay 4, Gustav Vogel, Koppenstraße 82.
 R. Wengels, Kottbuser Str. 36.
 NO. 2. Juch, Immanuelstr. 12. A. Reul, Bernauerstr. 42.
 N. H. Wolgast, Ballhofstr. 9. S. Fischer, Ballhofstr. 6.
 Karl Wars, Greifenhagener Str. 22. A. Gonsch, Müllerstr. 31a.
 S. Bogel, Vorplatzstr. 37. H. Fies, Invalidenstr. 124.
 NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagenener Str. 48.
 SW. G. Schmidt, Dampfwaldstr. 42. Dachs, Vogelberger Str. 27.
 S. St. Frits, Brinzenstr. 31. S. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Lantiger Blay 14/15. B. Horich, Engelauer 15.
 Adlershof, Karl Schwarzsche, Bismarckstr. 28.
 Baumschulenweg, S. Hornig, Marienbader Str. 13, I.
 Borsigwalde, Paul Riemann, Nankstr. 10.
 Charlottenburg, Gustav Schornberg, Seifenbäcker Str. 1.
 Friedrichshagen, Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 18.
 Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.
 Johannisthal, Max Gonschur, Parkstr. 6.
 Karlshorst, Richard Küter, Köpenicker Str. 9, II.
 Köpenick, Emil Wöhler, Kiebitzstr. 6, Laden.
 Lichtenberg, Otto Zeitel, Gartenbergstr. 1.
 Nieder-Schöneweide, Wilh. Lursh, Bräuenstr. 10.
 Nowawes, Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.
 Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wilhelmminenhofstr. 17, Laden.
 Pankow, Otto Rikmann, Wäldchenstr. 30.
 Reinickendorf, P. Gurisch, Brodowitzer Str. 56, Laden.
 Neukölln, W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
 S. Mohr, Siegfriedstr. 28/29.
 Rummelsburg, H. Hoyer, Alt-Borghagen 56.
 Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
 Spandau, Köppen, Breitenstr. 64.
 Steglitz, S. Bernsee, Alsenstr. 5.
 Tempelhof, Joh. Krohn, Dorffeldstr. 62.
 Treptow, Robert Gramenz, Herbolzstr. 412, Laden.
 Weißensee, Hubmann, Sedanstr. 163. Zählherr, Berliner Allee 253.
 Wilmerdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.

Esel, große Kunstabl. Gebbers, Wiesenburg (Mark).

Wanderer! Ruderer! Radfahrer!

Reichhaltiges Lager in

Wanderkarten

Silva, Straube, Kiebling, Pharus.

Radfahrerkarten

Mittelbach, Straube.

Reiseführer

Grieben.

Ruderbücher

Silva, Straube.

Kursbücher

Kiebling, Storm, König.

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69.

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Maß, schnell, sauber, Zuzaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bism.)

Im Sommer ist auf die Ernährung Ihres Säuglings besonders viel zu verwenden. Darmstörungen treten in dieser Zeit häufiger auf, die Nahrung im Darm der Kinder schneller in Gärung übergeht. Sie Ihr Kind jedoch mit „Aulefe“ und Milch ernähren, so beugen in reichlicher Weise den gefährlichsten Darmkrankheiten vor.



Das beste, heizkräftigste und billigste Hausbrandbrikett Gross-Berlins

Gewerkschaftliches.

Warum wird die Ullstein-Bibliothek in England gedruckt und gebunden?

Der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes schreibt uns: Was, die Ullstein-Bibliothek wird in England hergestellt? wird mancher fragen. Die Ullstein-Bibliothek, an der hervorragende Schriftsteller Deutschlands mitwirken, die sozusagen eine nationale Tat, eine Art Emporlebens-Bibliothek bedeutet, sie wird im Auslande hergestellt? Warum denn? Traut Ullstein den deutschen Buchdruckern und Buchbindern nicht zu, seinen Verlagswerken ein würdiges Aussehen zu geben? Oder hat das „Made in Germany“ im Hause Ullstein einen so schlechten Klang, wird es von ihm so mit dem Begriff: Billig und schlecht identifiziert, daß er seine kostbaren Verlagswerke zum Drucken und Einbinden nach England schicken muß?

Tragt nicht zuviel auf einmal, ihr lieben Leute! Ihr seid mit euren Fragen auf dem verkehrten Weg. Seht euch nur einmal die vielgelobte Ullstein-Bibliothek an, und ihr werdet finden, daß sie auf einem Papier gedruckt wird, das nicht einmal Schundromane zur Ehre gereichen würde; daß der Einband das Niederlichste darstellt, was auf dem Gebiete des Bucheinbandes je geleistet worden ist. Die Bücher sind nur elend mit Zwirnsträngen zusammengeheftet und dann in eine spinnwebartige Gaze über den Rücken geklebt. Sie sind weder auf Gaze noch auf Fäden geheftet, wie es jeder Fachmann voraussetzt und wie es die Haltbarkeit der Bücher unbedingt erfordert. Ein solches Nachwerk ist kaum je auf dem deutschen Büchermarkt erschienen. Viele Profibücher in Papierumschlag werden dauerhafter geheftet als die „eleganten Bücher“ der Ullstein-Bibliothek.

Die deutschen Schriftsteller, welche in der Ullstein-Bibliothek sich ein Stelldichein geben, können wahrhaftig nicht stolz sein auf das schäbige und unsolide Kleid, in dem sie Ullstein auf dem Büchermarkt schickt!

Und warum muß das sein? Warum muß Ullstein seine Bibliothek in England binden lassen? Lassen die niedrigen Preise es nicht zu, daß die Bücher ordentlich und in Deutschland gebunden werden? Ist die deutsche Buchindustrie so wenig leistungsfähig, daß sie den Ansprüchen der modernen Zeit nicht zu entsprechen vermag?

Keins von dem? — Die einfache Antwort ist eben die, daß die Ullstein-Bücher in England deswegen um 2 Pf. pro Band billiger hergestellt werden, weil sie ganz miserabel gebunden sind, weil die meisten der an ihnen zu vollziehenden Buchbinderarbeiten von elend entlohnerten Arbeiterinnen — man spricht von 6 und 8 M. pro Woche — ausgeführt werden. 2 Pf. pro Band ist an sich eine Bagatelle gegenüber dem verhältnismäßig hohen Preis für Ullsteinsche Schuberwerke, die Band für Band mit 1 M. bezahlt werden muß; ein Preis, der sehr wohl eine Erhöhung der Einbandkosten zuließ, da jedenfalls der Profit ein ganz exorbitanter sein dürfte. Aber bei Hunderttausenden von Bänden machen 2 Pf. schon eine Summe aus, die als Ueberprofit für das Haus Ullstein etwas bedeuten. Das Haus Ullstein geht eben ins Ausland mit seiner Ware, um den deutschen Buchbinderarbeitern zu umgehen, weil in Deutschland zum Teil die Löhne der Arbeiterinnen höher sind als in England.

Wie ist das möglich? — Weil in Deutschland die Arbeiterinnen besser als in England organisiert sind, weil der Deutsche Buchbinderverband schon seit über zwei Jahrzehnten sich die Organisation der Kolleginnen angelegen sein läßt, während der eigentliche englische Buchbinderverband bisher Arbeiterinnen grundsätzlich nicht in seine Reihen aufnahm. Diesen Umstand benutzen nun die englischen Unternehmer, um die männliche Arbeitskraft durch die billigere weibliche zur Ehre höheren Profits zu verdrängen. Der englische Buchbinderverband hat deshalb im Vorjahre und bis tief in dieses Jahr hinein schwere Kämpfe führen müssen gegen die von den Unternehmern beabsichtigte Verlängerung der Arbeitszeit, gegen die Verdrängung der männlichen Arbeiter und gegen die elende Bezahlung der Arbeiterinnen.

Wir sind bereit, keine Chauvinisten und werden es nicht verurteilen, wenn ausländische Erzeugnisse so gut wie die deutschen

auf dem Auslandsmarkt mit Deutschland in Wettbewerb treten. Aber ein Wettbewerb, der lediglich auf Grund von Hungerlöhnen und Schundware austritt, den werden wir, wie sich gebührt, als das kennzeichnen, was er ist, als einen unlauteren Wettbewerb auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Industrie.

Selbst wenn das „patriotische“ Haus Ullstein als Förderer solcher unlauteren Auslandskonkurrenz in Frage kommt!

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung bei der „Dreiteilung“.

Neber die Aussperrung der Charlottenburger Müllverwertungsgesellschaft ist zu berichten, daß von den Arbeitswilligen trotz aller Versprechungen seitens der Direktion ein großer Teil den Betrieb wieder verlassen hat. Trotz allen Bemühens und der verschiedenen Anstrengungen will es nicht gelingen, den Betrieb in der früheren alten Form aufrechtzuerhalten.

In verschiedenen Stadtvierteln liegt das angeammelte Müllhaufenweese, so daß es kaum zu verstehen ist, daß die Einwohner als auch der Magistrat der Stadt Charlottenburg diesem Treiben so tatenlos zusehen. In der nächsten Stadtverordnetenversammlung wird das unerquickliche Verhältnis Gegenstand der Erörterung werden müssen.

Daß unter den Arbeitswilligen, wie in den weitaus meisten Fällen, sich sehr zweifelhafte Elemente befinden, sei nur nebenbei erwähnt. Ob die Gesellschaft mit solchen „nützlichen Ausharbeitern“ den Betrieb wieder aufrechtzuerhalten können, ist doch mehr als fraglich. Die Tätigkeit der Arbeitswilligen ist denn auch danach; ob der Direktor seine Freude an diesen Arbeitswilligen hat, kann mit Recht bezweifelt werden.

Wenn bei der Einstellung von Arbeitswilligen erklärt wird, es beständen keine Differenzen, so erklären wir demgegenüber, daß mit Absicht die Unwahrheit gesagt wird. In vielen Fällen ist festgestellt, daß von denen, die den Betrieb schon wieder verlassen haben, die Arbeit erst gar nicht aufgenommen worden wäre, wenn ihnen die Wahrheit und der Tatbestand erklärt worden wäre.

Die Nachricht, daß der Betrieb wieder ein geregelter sei, trifft in keiner Weise zu. Während sonst die alten eingearbeiteten Arbeiter und Mitarbeiter mit ihrer dritten Tour bereits um 8 Uhr fertig waren, haben jetzt die Arbeitswilligen am Montag sogar mit ihren zwei Touren teilweise bis 9 Uhr abends gearbeitet.

Die Aussperrten stehen noch wie vor einmütig zusammen und erziehen die organisierte Arbeiterschaft, den Zugang von Arbeitswilligen nach diesem Betrieb fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin.

Tariffbewegung der Friseurgehilfen.

Durch die Bewegung der Gehilfen sind auch andere, Ältere Bänke derselben wieder in Erinnerung gekommen. In einer ganzen Reihe von Bezirksversammlungen der Meister wurde das Verlangen der Gehilfen, die Geschäfte Sonntags um 12 Uhr zu schließen, als berechtigt anerkannt. Ebenso die Forderung, daß an den zweiten Feiertagen geschlossen sein soll. Ein Verbot, der 80 Stunden Geschäftzeit in der Woche hat, kann sehr gut eine Verletzung der Arbeitszeit einführen. Leider verlagern hierbei die Vorstände der Arbeitgeberorganisationen. Die zu einem Kartell vereinigten Gewerksvereine werden durch Verhandlungen erneut versuchen, eine Forderung dieser schon längst als notwendig anerkannten Reformen die Wege zu ebnen. Da täglich neue Tarifabschlüsse erfolgen, ersuchen wir, das Inserat in der heutigen Nummer zu beachten.

Verband der Friseurgehilfen.

Achtung! Töpfer! Der Töpfermeister Franz Riemann weigert sich, den neuen Tarifvertrag anzuerkennen. Er bezahlt bedeutend unter diesem. Wir verhängen deshalb im Einverständnis mit der gemeinsamen Lohnkommission die Sperre über dieses Geschäft. Zurzeit kommt der Bau des Eigentümers Otto Köteler, Friedenau, Rahmann-Edel Kreuznacher Straße in Betracht.

Die Kollegen August Hartmann, Richard Voog, Karl Reichert, August Chwalikowski, Obersti, Gustav Bleich und Hermann Vormann haben die Arbeit nicht mit eingestellt.

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Zum Streik im Linke-Hofmann-Werk in Breslau.

Nach fast 20wöchigem Kampfe nahmen die Streikenden und Aussperrten erneut Stellung zu dem Ergebnis der letzten Verhand-

lungen. Seit Anfang Mai dauern die Verhandlungen zwischen einer Kommission der Arbeiter und der Direktion, bei denen es jedoch zu einem annehmbaren Ergebnis für die Arbeiter nicht gekommen ist. Die Direktion stellte nun ganz unerwartet ein Ultimatum: sie würde alle gemachten Zugeständnisse zurückziehen, wenn die Arbeiter bis Sonnabend, den 6. Juni, den Vorschlägen nicht zugestimmt hätten. Nach vor Ablauf des Ultimatums machte Gewerberichter Bauer einige Vergleichsvorschläge, die eine Sicherung der früheren Löhne wie auch eine für beide Teile befriedigende Form bei der Neueinstellung von Affordpreisen bedeuteten. Da die Direktion bei einer früheren Verhandlung schon erklärt hatte, daß auch sie der Auffassung sei, daß die früheren Verbände, um deren Weiterbestehen in der Hauptsache die Bewegung geführt wird, auch nach Aenderung der Affordpreise erreicht werden sollen, so war umsomehr anzunehmen, daß diese Vergleichsvorschläge bei der Direktion Zustimmung finden würden. Auch hatte die Direktion schon früher erklärt, daß bei Affordarbeiten, bei denen trotz fleißiger und sachgemäßer Arbeit ein ausreichender Verdienst nicht erzielt wird, eine Nachprüfung vorgenommen werden soll. Danach bestand keine Garantie, daß die früheren Löhne der Arbeiter gesichert waren, und die Arbeiter konnten deshalb diese Vorschläge nicht annehmen. Auch erklärte die Direktion, daß die zurzeit festgesetzten Affordpreise nicht geändert werden, d. h. also, daß die schon vorgenommenen Reduzierungen nicht aufgehoben werden. Bei der Wiedereinstellung von Arbeitskräften sollten bis zum 15. August fremde Arbeiter nicht eingestellt werden, mit Ausnahme derjenigen, mit denen die Direktion wegen einer Arbeitseinstellung jetzt schon in Verbindung steht.

Dieses Angebot der Direktion wurde in sechs Versammlungen den Streikenden und Aussperrten unterbreitet. Bei der Berichterstattung wurde auch erwähnt, daß die Direktion das Ultimatum nur bis Montag, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, verlängert hat. Schon bei der Berichterstattung machte sich die Unzufriedenheit der Beteiligten bemerkbar, und als den Versammelten mitgeteilt wurde, daß sie über Annahme oder Ablehnung der Aufnahme der Arbeit unter diesen Bedingungen zu entscheiden hätten, wurde in fast sämtlichen Versammlungen ein vielseitiges und entschiedenes Nein hörbar. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner, und zwar in allen Versammlungen, gegen die Annahme dieser Bedingungen, die als vollständig ungenügend bezeichnet wurden.

Auf ausdrückliches Verlangen der Streikleitung fand eine geheime Abstimmung statt, die folgendes Resultat hatte: Für Aufnahme der Arbeit stimmten 3 imatien drei, gegen Aufnahme der Arbeit zu den von der Direktion angebotenen Bedingungen 3482. Unbeschrieben waren vier Stimmzettel.

Wenn die Firma etwa glaubte, daß die Arbeiter durch den monatelangen Kampf müde geworden sind, dann wird diese Willens- und Geduld der Arbeiter sie eines besseren belehren. Auch die Arbeiter wünschen den Frieden, jedoch einen ehrenvollen. Die Arbeiter haben keine Forderungen gestellt, weder auf Lohnserhöhungen noch auf Verkürzung der Arbeitszeit, sie wollen sich nur Lohnabgabe nicht gefallen lassen. Die Firma beharrt auf ihrem Standpunkt, sie will auch in Zukunft weitere Lohn- und Affordpreiserhöhungen vornehmen. Aus alledem ist ersichtlich, daß die Streikenden und Aussperrten der Linke-Hofmann-Werke zu der Fortführung des Kampfes durch die Maßnahmen der Firma direkt gezwungen sind.

Streik der Stukkateure in Breslau.

Die Breslauer Stukkateurgehilfen sind am Montag früh in den Ausstand getreten. Nachdem die mit den Unternehmern geführten Verhandlungen wegen Aufbesserung eines Minimallohntarifs nicht ganz aussichtslos waren, zog die Zwangsbannung der Unternehmer die bereits gemachten Zugeständnisse wieder zurück. Damit hat die Zwangsbannung den Gehilfen den Kampf angefangen, und diese beschlossen in geheimer Abstimmung einstimmig, den Kampf aufzunehmen. Seit Montag früh ruht auf allen Bauten die Arbeit der Stukkateure.

Einen Kampf um das Koalitionsrecht führen die Arbeiter der Firma B. Ewald Gass, Gummi- und Asbestfabrik in Eibersfeld. Seit 14 Tagen befinden sie sich im Streik. Die Arbeiter, die bereits 4 bis 11 Jahre bei der Firma beschäftigt sind, wurden ohne weiteres auf Strafenpflaster gesetzt, weil sie sich dem Verband der Fabrikarbeiter angeschlossen hatten. Die Firma wollte durch diese Gewaltmaßnahmen die junge Organisation im Keime erlöchen. Mit der Annahme von Arbeitswilligen hatte die Firma in Eibersfeld und Vornen kein Glück. Jetzt sucht sie unter Offerte in ganz Deutschland in bürgerlichen Zeitungen „unorganisierte“ Ar-

Kleines Feuilleton.

Denkmalschändung. Wie ist das Geschick der ehrenwerten Leute doch so groß über die Schändung der Kaiser-Friedrichdenkmals in Charlottenburg, und welche „tiefe Befriedigung“ löst das „strenge, aber gerechte Urteil“ von der Reichsgerichtskammer bei allen denen aus, denen die patriotische Geste so gut zum fetten Gesichte steht! Ja, will von einer anderen Denkmalschändung, die sich dühende Male wiederholte und deren Urheber patriotische Hefel waren, erzählt und von der Milde, die sie bei ihren Richtern fanden.

In einer süddeutschen Stadt sollte der Bahnhofsplatz verhönerzt werden. Gewisse patriotische Leute schlugen ein Kaiserdenkmal vor. Aber die demokratische und sozialdemokratische Majorität des Gemeinderates beschloß, einen Brunnen auf dem Bahnhofsplatz zu errichten. Der Brunnen wurde aufgestellt und stellte einige mythologische Angehörige dar. Ob er künstlerisch ein Meisterwerk war, will ich nicht entscheiden. So schön wie ein Fürstendenkmal war er ganz gewiß.

Gegen diesen Brunnen setzte nun zuerst die patriotische Kritik ein, die ihn eine Schande für das nationale Gefühl der ganzen Stadt nannte. Bei der Kritik blieb es nicht. Tag für Tag fand man des Morgens den Brunnen in der elstbarsten Weise besudelt. Die Studenten einer benachbarten Universitätsstadt kamen herüber, foffen sich in der Bahnhofsstrasse sternhagelvoll und machten das Brunnenbassin zu ihrem Speiseboden. Eines Morgens war der Brunnen wieder besudelt und besudelt von oben bis unten. Die Herren Denkmalschänder wuschen ihre Hände benutzt haben, um ihre Exkremte an die Brunnenfiguren zu schmirren. Die Enttäuschung bei den anständigen Bürgern der Stadt war groß. Und es gelang diesmal der Polizei, die Täter festzusetzen. Es waren zwei nationale Handelsgesellen, zwei Studenten und ein Einjähriger. Einige Wochen darauf standen sie, bis auf den Einjährigen, vor dem Schöffengericht und wurden verurteilt zu — fünf Mark Geldstrafe wegen großen Unfug!

Was sagen die ehrenwerten Patrioten dazu? Sie sollen nichts sagen und das Maul halten. Denn ihre Entrüstung über die Denkmalschändung in Charlottenburg ist Heuchelei und ihre „tiefe Befriedigung“ über das Schöffengericht gegen ein paar Arbeiter, die nichts Schlimmeres taten als jene besseren Hefel, ist eine Gemeinheit.

Heilwissenschaft und Salvarsanprokte. In Frankfurt a. M. ist Dienstag ein Redakteur Bahmann wegen Verleumdung des Magistrats der Goethestadt und der leitenden Aerzte des dortigen Allgemeinen Krankenhauses verurteilt worden. Bahmann, der allerdings ein allzu aufgeregter und wenig gewissenhafter Anwalt der Defensivität zu sein scheint, hatte behauptet, es seien in Frankfurt wie auch in anderen Orten Prostituierte mit Salvarsan behandelt worden und

an dieser Behandlung zum Teil gestorben. Das Mittel des Professor Ehrlich sei eher schädlich als nützlich und werde von den Ärzten lediglich des unerhört hohen Profits wegen propagiert. Der Angeklagte behauptete unter anderem, daß der Herstellungspreis des Salvarsans pro Kilo 8 M., der Verkaufspreis der Fabrik aber 16 000 Mark betrage!

Der ganze Prozeß gehört in den Zusammenhang einer ziemlich lauten Bewegung, die zurzeit von einer bestimmten Gruppe gegen Ehrlichs „Salvarsan“ geführt wird. Professor Ehrlich ist persönlich gewiß unantastbar und hat sich selbst mehrfach mit aller Vorsicht über sein Spektakelmittel, von dem er im ersten Entdeckeraberschwange wohl selbst allzu viel erwartet hatte, geäußert. Es ist auch durchaus einleuchtend, daß es bei neuen Heilverfahren nicht immer ohne Opfer abgehen kann. Nur dürfen selbstverständlich nicht Menschen zu Versuchen an eigenen Leibe gezwungen werden, seien es nun Zindkinder oder Prostituierte.

Wesentlich als all dies ist ein kapitalistisches Allgemein-übel, auf das immer wieder rücksichtslos hingewiesen werden muß. Schöpfungen der Kunst und der Wissenschaft sollten Allgemein-heit nicht nur der Ration, sondern der Menschheit sein. Es ist deshalb eine der bestärkenden und schädlichsten Erscheinungen — und sie wirkt am furchtbarsten gerade in der Heilkunde —, daß die Ergebnisse jeder Forschung sofort zur Ware, zum kapitalistischen Ausbeutungsmittel werden. Und diese traurige Wahrheit stand schon längst vor dem Frankfurter Prozeß fest, in dem ein Redakteur vielleicht zu Recht, aber doch unter dem Eindruck der Zeugnishaft einiger großer „Autoritäten“ zu schwer bestraft worden ist.

Gemittelt wie Ehrlich Salvarian, das Radium, die jüngsten Mittel gegen die verheerende Volkskrankheit der Schwindhust, sollten unter allen Umständen vom State übernommen und zu einem für jeden Leidenden erwerbigen Preis abgegeben werden. Zum mindesten aber hätten sich bei der ohne Zweifel bedeutungsvollen Entdeckung Ehrlichs unsäuer die Mittel finden müssen, um Deutschland und darüber hinaus der Welt ein ausdauerndes Heilmittel gegen eine der hartnäckigsten und gefährlichsten Seuchen frei von kapitalistischen Interessen zu übermitteln.

Die Schube des Herrn Staatschreibers. Eine köstliche Geschichte aus dem Leben Gottfried Kellers erzählt Adolph Böglin in seinen im Verlage von Schuster u. Loeffler in Berlin erscheinenden Keller-Anekdoten.

Regula, des Dichters Schwester, war eine sehr gewissenhafte, oft sogar knauserige Wirtschaftlerin. Sie hielt auch auf strenge Ordnung.

Eines Tages entdeckte sie nun, daß ihrem Bruder zwei Paar Schuhe fehlten, und nahm an, es gebe nicht mit rechten Dingen zu, ein Dieb müßte sich ins Haus eingeschlichen haben. Der Bruder gab ihr den Rat, der Polizei vom Abhandelnkommen der Schuhe Mitteilung zu machen. Gefagt, getan, und das Auge des Gehezes

wachte getreulich über dem Haus am Jellweg, in dem der Dichter wohnte. An einem der nächsten Tage erhielt Regula zu ihrer Verwunderung folgenden ausflüchtigen Polizeibericht nebst einem Päcklein:

„Polizist H. sah gestern nachts 1 Uhr Herrn Staatschreiber Keller in nicht ganz einwandfreier Haltung nach Hause zurückkehren, bemerkte, wie derselbe Herr a. Staatschreiber Keller sich auf die Treppe hinstellte oder von höherer Gewalt hinstiegen ließ, hierauf die Schube auszog und dieselben eigenhändig auf die Straßen hinauswarf, offenbar im Glauben, der Herr a. Staatschreiber befinde sich in seinem Schlafzimmer. Wir übermitteln Ihnen hiermit das zierliche Paar Schühchen, indem wir annehmen, es müßten die betretenen zwei Paare bei ähnlichem Anlasse verworfen und von weniger ehrsamten Händen abgehoben worden sein.“

Das Polizeibureau Jürich.“

Notizen.

Ein Zwischenfall. Bei der Aufführung des Reinhardt-Vollmollerschen Lustspielstüchdes „Das Mirakel“ im Jirkus Busch ereignete sich am Montag eine kleine Zwischenzige, die nicht ohne Interesse ist. Ein Herr stand auf und protestierte in einer kleinen Rede gegen die Schändung der katholischen Religion durch diese Jirkusprofanierung und schalt seine Mitschrisen lau und feige, weil sie sich das gefallen ließen. Das Gefühl, das den Redner leitete, mag man gelten lassen und seinen Mut anerkennen. Aber Geschäft ist eben Geschäft für unsere kapitalistische Wirtschaft, und wenn sich mit dem katholischen Stimmungszauber des Mirakels Geschäfte machen lassen, so hat kein Gefühl etwas dreinzureden. (Es werden täglich noch heiligere und wichtigere Gefühle verlegt.) Aber der Redner war — und das gibt dem Fall einen gewissen Weigeklamad — der Direktor der Vertriebsstelle deutscher Bühnenschriftsteller Dr. Dieter. Nun ist ein heftiges Gekomme und Getrabbel unter den Theaterbetriebsleuten, die ja in Berlin durchwegs nicht katholisch sind, im Gange. Der Ausschüßrat des Dr. Dieter tritt bereits auf die Scene. Und wenn nicht eine rettende Kerpenüberreizung herbeidestilliert wird, dürfte dieser katholische Bühnenvertriebsmann, der nicht an Reinhardt's Wunder glaubt, dran glauben müssen.

Der erste Filmkapellmeister. Der vor kurzem verstorbene Dresdener Kapellmeister Schuch wird weiter — dirigieren. Im Film. Er war, wie jetzt bekannt wird, der erste, der sich der neuesten Kulturerrungenschaft des Dirigentensims verließ. Er wird nun bald vor einem lebenden Orchester als Film die Freischüg, Oberon- und Lammhauer-Duvertüre dirigieren.

Die Rajeshäm im freien Bayern. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat gegen den „Simplicissimus“ den Reichstabsbeleidigungsparagrafen mobil gemacht. Ein Bild von Guldransion, das die neue Vera des mildwirkungsbehafteten Königs heranzog, und ein Gedicht E. Steigers hat's ihr angetan.

beiter zu sehr hohen Löhnen. Sie zahlte sehr, um die paar Arbeits-
wütigen zu halten, Löhne, die sich die Streikenden niemals gewagt
hätten zu fordern. Keine kein glücklicher Arbeiter bei der Firma
B. Ewald Haas in Elberfeld Arbeit an.

Unternehmer-Terrorismus. Im Steinbruch der Firma Brüggemann
in Nieder-Linda, Kreis Lauban, hatten die Arbeiter um eine
keine Lohnaufbesserung nachgehakt. Die Firma lehnte die be-
schiedenen Forderungen kurzerhand ab und entließ sofort einige or-
ganisierte Arbeiter. Die anderen stellte sie vor die Wahl, entweder
aus dem Steinbruchverbande auszutreten oder den Arbeitsplatz
zu verlassen. Den Austritt aus der Organisation wollte die Firma
nach schriftlich bescheinigt wissen! — So übt man in Unternehmer-
kreisen Terrorismus.

Verbandstag der Transportarbeiter.

Köln, 8. Juni.

Der 9. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Ver-
bandes nahm gestern nachmittag im hiesigen Volkshaus seinen An-
fang. Die Tagung ist fast besetzt. Es nehmen an ihr 181 Dele-
gation, 13 Vorstandsmitglieder, 20 Gauleiter und Vertreter der Re-
daktion des „Kourier“, der Reichssekretion der Eisenbahner und
der Straßenbahner teil. Die Generalkommission der Gewerkschaften
betritt Karl Legien, den Zentralverband der Handlungsgehilfen
Kahlander (Köln). Von ausländischen Bruderorganisationen sind
eine Reihe Delegierter erschienen. Die englische Organisation ist
durch ihren Präsidenten Harry Gosling und seinen Sekretär Robert
Williams (London) vertreten. Die österreichischen Kollegen ent-
senden Hofbauer und Raly (Wien), der schweizerische Verband
Conzett und Schneider (Zürich), und die holländische Organisation
DeHoop.

In seiner Eröffnungsrede gab Verbandsvorsitzender Schumann
(Berlin) ein Bild der Entwicklung des Verbandes und der wirtschaft-
lichen Verhältnisse in den letzten zwei Jahren. Dann folgten Be-
grüßungsansprachen von deutschen und ausländischen Vertretern.

Dann konstituierte sich der Verbandstag. Das Präsidium bilden
Schumann und Döring (Berlin) und Klöfel (Düsseldorf) als Vor-
sitzende, denen vier Schriftführer zur Seite stehen.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen heute. Den

Vorstandsbericht

gab Verbandsvorsitzender Schumann. Aus dem schriftlichen Be-
richt auf den der Redner verwies, führen wir folgendes an:

Es kann mit Genugtuung konstatiert werden, daß es gelungen
ist, trotz ungunstiger Konjunkturverhältnisse die wirtschaftliche
Position der Mitglieder gegen alle Verschlechterungsversuche der Unter-
nehmer erfolgreich zu verteidigen, sowie die Organisation numeri-
sch auf der gleichen Höhe zu erhalten wie vor Eintritt der wirt-
schaftlichen Depressionen. Ja, es ist uns sogar möglich gewesen,
eine Steigerung der Mitgliederzahl herbeizuführen.

Am Schluß der letzten Geschäftsperiode betrug die Mitglieder-
zahl 196 240. Das Jahr 1912 brachte einen Zuwachs von 30 739
Mitgliedern, das Krisenjahr 1913 ein Mehr von 3439, so daß die
Zahl der Mitglieder in beiden Jahren um 34 178 stieg. Die Ge-
schäftsperiode schloß mit einem Mitgliederbestand von 229 427, da-
runter 8201 weibliche, ab. Mit diesem Ergebnis kann der Ver-
band in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges wohl zu Frieden
sein.

Sehr interessant ist eine Statistik über die Dauer der Mit-
gliedschaft. Noch dieser gehörten Ende 1913 dem Verbande als
Mitglieder an: bis zu einem Jahre 48 496 = 21,1 Proz., von 1 bis
zu 3 Jahren 75 682 = 33 Proz., von 3 bis zu 5 Jahren 39 176 =
17,1 Proz., von 5 bis zu 7 Jahren 21 320 = 9,3 Proz., von 7 bis
zu 10 Jahren 27 855 = 12,1 Prozent, über 10 Jahre 16 898 =
7,4 Proz.

Über die Hälfte aller Mitglieder gehört also der Organisation
bis zu drei Jahren an und nur 30 Prozent über fünf Jahre. Diese
Zahlen zeigen allein schon, wie ungesund die Situation sein
muß. Die Werbefähigkeit des Verbandes ist eine große, die Zahl
der Neueintritte in jedem Jahre verhältnismäßig hoch; sie betrug
1912 88 091 und 1913 65 390. Also über 150 000 Aufnahmen
sind in der Geschäftsperiode gemacht worden, aber nur etwas mehr
als die Hälfte konnte von ihnen gehalten werden!

Als erfreuliches Ergebnis der organisatorischen Tätigkeit des
Verbandes ist ferner die Tatsache zu registrieren, daß es gelungen
ist, für eine erhebliche Zahl der Mitglieder — trotz der ungunstigen
Verhältnisse — wesentliche Verbesserungen im Arbeitsverhältnis
durchzusetzen.

Im Jahre 1912 wurden 1046 Lohnbewegungen geführt, die sich
auf 229 Orte und 2 Stromgebiete sowie 4994 Betriebe mit 126 101
Beschäftigten erstreckten. 1913 war die Zahl der Bewegungen etwas
geringer; sie betrug 904. Diese Bewegungen umfaßten 233 Orte
nebst 4 Stromgebieten und 6895 Betriebe mit 98 975 Beschäftigten.
Mit Erfolg wurden 1912 94 Proz. und 1913 93,9 Proz. aller Be-
wegungen durchgeführt. Die für die Mitglieder erzielten

Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen

sind 1912 weit höher als 1913, was durch die Krisis erklärlich
erscheint. Im Jahre 1912 konnte für 34 565 Personen eine Arbeits-
zeitverkürzung um durchschnittlich 5,6 Stunden für jede einzelne
Person pro Woche durchgesetzt werden. Lohnhöhungen sind für
70 144 Beteiligte 180 316 M. pro Woche erreicht worden. Für das
Jahr 1913 betrug die Arbeitszeitverkürzung für 13 879 Personen
durchschnittlich 4 Stunden wöchentlich für jeden Beteiligten. An
Lohnhöhungen sind für 47 295 Personen 92 947 M. pro Woche er-
reicht worden. Daneben wurden in beiden Jahren noch eine Reihe
anderer Verbesserungen errungen und beabsichtigte Verschlech-
terungen abgewehrt.

Die Zahl der Tarifverträge hat sich in der Berichtszeit
stark vermehrt. Ende 1911 waren 809 vom Verband abgeschlossene
Tarifverträge für 7851 Betriebe mit 76 011 Personen in Kraft.
Am Ende der Geschäftsperiode konnte der Verband aber 1178 Ver-
träge für 7227 Betriebe mit 93 700 Personen zählen. Von diesen
93 700 Personen waren bei Abschluß der Verträge 74 071 Mitglieder
der Organisation. Demnach arbeiten 32 Proz. aller Mitglieder zu
tariflichen Vereinbarungen. Von den 199 betragfähigen Gewerkschaften
haben 177 den Tarif anerkannt, 3 haben Sonderverträge
abgeschlossen und 19 sind tarifunfrei!

Die vom Verband für Unterstützungen aufgewandten
Summen steigen sich stetig. Der für Unterstützungen aller Art ver-
anschlagte Betrag erhöhte sich von 2 111 255,86 M. im Jahre 1912
auf 4 285 180,35 M. im Jahre 1913, also um 2 173 924,49 M. gleich
103 Proz. Diese Steigerung übertrug sowohl in der Summe, als
auch prozentual alle früheren. Die Arbeitslosenunterstützung hatte
die größte Steigerung aufzuweisen, 168 116 M. von 490 988 M. im
Jahre 1912 auf 649 104 M. im Jahre 1913. Die Krankenunter-
stützung stieg von 689 872 M. im Jahre 1912 auf 1 069 681 M. 1913.
Die Ausgaben für Lohnbewegungen stiegen von rund 585 000 M.
im Jahre 1912 auf rund 2 355 000 M. im Jahre 1913, also um
1 820 000 M. oder 339 Proz.! All diese Steigerungen der Ausgaben
beruhten einen Rückgang des Vorvermögens der Hauptkasse im
Jahre 1913 um 780 000 M. Es betrug Ende 1912 1 083 861 M.

Schumann führte zum Geschäftsbericht aus: Wir haben
alle Ursache, unsere Einrichtungen dahin zu prüfen, ob sie so ge-
eignet sind, daß sie uns in dem Bestreben, die neuen Mitglieder zu
halten, gut unterstützen. Die Uebertritte von anderen Organi-
sationen betragen rund 15 000. Der Hauptteil der Uebertritte ent-
fällt auf die Bauarbeiter. Die geringe Zahl der Uebertritte aus
der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zeigt, daß die Behaup-
tung, wie würden verfallen. Mitglieder dieser Organisation zu uns
herüberzuziehen, unrichtig ist. Mit Genugtuung kann uns erfüllen,
daß wir infand waren, unsere Mitgliederzahl nicht nur zu halten,
sondern noch um 34 178 zu erhöhen. Nach Lage der wirtschaftlichen
Verhältnisse konnte kaum mehr erwartet werden.

Redner ging dann auf die sozialpolitischen Geset-
sorderungen im Reichstag, von denen die Transportarbeiter beson-
ders berührt sind, ein. Der sozialpolitische Kurs ist auf „März-
gericht“. Das heißt im besondern die Vorlage auf Neuregelung

der Sonntagsruhe. Dieses Konstrukt ist vorläufig verschwunden,
wird aber wiederkommen. Wir haben große Befürchtung, daß der
neue Entwurf noch mehr Verschönerungen enthält wie der letzte. Die
Vorlage hat gezeigt, wie wenig die Regierung willens ist, den nach
Hunderttausenden zählenden Angestellten im Handelsgewerbe Rech-
nung zu tragen. Der verabschiedete Entwurf über die Konkurrenz-
klausel ist lediglich auf die Handlungsgehilfen zugeschnitten. Die
berechtigten Wünsche der Techniker und Arbeiter fanden keine Be-
rückichtigung. Dabei wird die Konkurrenzklausel vielfach auch in
unserm Berufe angewendet. Eine Erweiterung der Rechte der Ar-
beiter durch die Regierung ist nicht zu erwarten. Das Bestreben der
Regierung ist, die Unternehmerinteressen in jeder Beziehung zu
wahren. Die Arbeiter sollen rechtlos gemacht, gebunden an Händen
und Füßen dem Unternehmertum ausgeliefert werden. Das wird
auf neue durch die Politischerklärung der Gewerkschaften bewiesen,
unter die auch unser Verband fiel. Die Unternehmervereinigungen
betätigen sich nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern direkt partei-
politisch. Gegen diese wird aber nicht vorgegangen. Das zeigt, daß
die Regierung mit zweierlei Maß mißt. (Sehr richtig!)

Der Redner behandelte dann das Gebiet Grenzfrei-
keiten. Ursache zu lebhaften Klagen würden neben den Brauerei-
arbeitern die Gemeinbedarfer geben. Diese würden trotz klarer
Entscheidungen der Vorstandskonferenzen das Einbrechen in das
Tätigkeitsgebiet des Verbandes, soweit die Straßenbahner in Frage
kämen, nicht unterlassen. Es sei sogar vorgekommen, daß die Ge-
meinbedarfer Straßenbahner von Privatbetrieben ausgenommen
hätten. Mit den Raschisten und Heijzen beständen ebenfalls Dis-
ferenzen. Die Anwürfe, die auf dem Verbandstag gegen die Trans-
portarbeiter erhoben worden seien, müsse er auf das entschiedenste
zurückweisen. Mit dem Holzarbeiterverband sei ein Kartellvertrag
abgeschlossen worden.

Am Schluß seines zweistündigen Berichts sprach Schumann die
Hoffnung aus, daß die Verhandlungen des Verbandstages so aus-
fallen mögen, daß die Organisationen sich in der Zukunft noch besser
entfalten könne und noch größere Erfolge für die Mitglieder erzielen
als in den beiden letzten Jahren. (Lebhafter Beifall.)

Den Rassenbericht erstattete F. Pfeiffer (Berlin), der eine Er-
läuterung der einzelnen Posten gab. Die verlossene Geschäfts-
periode sei für die Rassengebarung sehr ungunstig gewesen und habe
die Notwendigkeit einer Neugestaltung der Finanzen gezeigt.

H. B. d. z. (Magdeburg) gab den Ausschlußbericht. Er erörterte
eingehend die eingelaufenen Beschwerden, die mehr interner Natur
sind. — In der

Debatte über die Berichte

sagte der erste Redner, Bodek mann (Hamburg): Zu bedauern
sei, daß der Vorstand den Wünschen der Hafenarbeiter nicht ent-
sprachen und keine Konferenz für diese einberufen habe. Bei Tarif-
abschlüssen müsse man sehr vorsichtig sein, die Verhandlungen mit
den Unternehmern sollten protokolllarisch festgelegt werden. In
Hamburg sei es vorgekommen, daß die Unternehmer später die Rich-
tigkeit der Vereinbarungen bestritten hätten. — Brandes
(Bremerhaven) wünscht, daß der Vorstand das Material über die
gegnerischen Organisationen einheitlich zusammenstellt und den
Funktionären zugänglich macht. — Flug (Leipzig) meinte, die
Grenzfreiheiten seien eines der traurigsten Kapitel in der Ar-
beiterbewegung. Sie würden meist durch die leitenden Personen in
die Organisationen hineingetragen. — Nagel (Dresden): Durch die
Politischerklärung will man uns die Jugendlichen nehmen, dagegen
müssen wir uns mit allen Mitteln wehren. — Genau (Riesa)
meinte, durch den Kartellvertrag mit den Holzarbeitern seien die
Grenzfreiheiten mit den Holzarbeitern nicht beseitigt. — Böhm
(Braunschweig) betonte, die Grenzfreiheiten könnten durch den
Zusammenbruch aller Verbände zu einem allgemeinen Arbeiter-
verein beseitigt werden.

Auch weitere Redner besprachen Grenzfreiheiten. Die De-
batte wird morgen fortgesetzt.

Verbandstag der Schuhmacher.

Hamburg, 8. Juni 1914.

Der Zentralverband der Schuhmacher eröffnete heute im
hiesigen Gewerkschaftshaus seinen 15. Verbandstag. Erschienen sind
71 Delegierte und 10 Gauleiter; der Vorstand ist vertreten durch
den Vorsitzenden Simon-Rürnberg, die beiden Kassierer Reuß
und König und den Sekretär Weilers. Für die Redaktion ist
Bod. Gotha und für den Verbandsauschuß Haupt-Magdeburg
anwesend. Knoll-Berlin vertritt die Generalkommission. Als
Gäste nehmen von ausländischen Bruderorganisationen an den Ver-
handlungen teil: Jørgensen-Kopenhagen, Johannsen-
Stockholm, Richards-Leicester, Müller-Wien und Farlas-
Budapest.

In der Begrüßungsrede gab der Vorsitzende einen ge-
schichtlichen Rückblick über das nunmehr
dreißigjährige Bestehen der Organisation.

Er schilderte, welche Hindernisse zu überwinden waren, um aus
dem ehemals kleinen Häuflein organisierter Schuhmacher den Ver-
band zu seiner heutigen Machtposition zu machen. Wenn ehemals die
Unternehmer die Organisation nicht anerkennen wollten, so wurden
sie recht bald genötigt, umzulernen, und heute suchen diese Herren
den Verband aus, um zu verhandeln. In Ehren wolle man heute
der Senioren der Organisation gedenken, da ist der altverdiente Kollege
Bod., der eigentliche Begründer der Gewerkschaft, dann Reuß,
der die ganzen 30 Jahre hindurch die Kassengeschäfte gewissenhaft
besorgte, und schließlich der alte Siebert, der frühere Vorsitzende.
Erneuern wir heute den Schwur, in jähren Ausbau für den Ver-
band zu wirken, damit es uns gelingt, die Kollegen zur Sonnenhöhe
der Kultur emporzuführen!

Aus dem

Geschäftsbericht

für die Jahre 1912—13, welcher der Generalversammlung vorliegt,
ist zu entnehmen, daß der Beschluß des letzten Verbandstages, die
Beiträge in allen Klassen um 10 Pf. zu erhöhen, der Organisation
nur wenig Austritte brachte. Durch die Ungunst der Erwerbsver-
hältnisse und wegen des schlechten Geschäftsganges in der Schuh-
industrie mußten viele Mitglieder ihren Beruf wechseln und gingen
so der Organisation verloren. Der Mitgliederbestand ist aus
diesen Ursachen denn auch zurückgegangen. Wurden zu Beginn 1912
45 792 Mitglieder gezählt, so waren es Ende 1913 nur noch 44 363;
mithin ein Verlust von 1429 = 3,1 Prozent der Mitglieder.

Die Finanzen wurden von der kleinen Mitgliederabnahme
fast nicht berührt. Was der Verband in den letzten 10 Jahren für
die einzelnen Unterstützungsanstalten für enorme Summen ver-
anschlagt hat, veranschlagt am besten folgende Zusammenstellung:
Streikunterstützung 1 588 422 M., Reiseunterstützung 202 843 M.,
Arbeitslosenunterstützung 904 570 M., Krankenunterstützung 1 583 981
M., Wöchnerinnenunterstützung 33 957 M., insgesamt 4 263 773 M.

Das letzte Jahresschlüss brachte dem Verband die relativ und
absolut stärkste Vermehrung des Verbandsvormögens. Dieses stieg
in dieser Zeit von 409 668 M. auf 863 309 M. Der Zuwachs ist
in der Hauptsache auf die Erhöhung der Beiträge zurückzuführen.

Die Tarifverträge finden auch in der Schuhindustrie
immer mehr Eingang. Am Ende der Geschäftsperiode bestanden
160 Tarifverträge für 6309 Betriebe mit 15 245 Arbeitern. Von
diesen Verträgen entfallen auf das Schuhmacherhandwerk 121 für
6262 Betriebe mit 11 222 Arbeitern, und auf die Schuhfabriken
39 Verträge für 47 Betriebe mit 4023 Arbeitern.

Die Lohnbewegungen und Streiks betragen in
den beiden letzten Jahren 453, an denen 30 283 Arbeiter beteiligt
waren. Den größten Umfang nahmen die Angriffsbewegungen ohne
Streik, sie umfaßten 1912 60,3 Proz. und 1913 61,8 Proz. sämtlicher
an den Bewegungen Beteiligten. Durch die Bewegungen wurden
für die Arbeiter ganz wesentliche Vorteile erzielt. Die Erfolge des
Jahres 1913 sind noch etwas größer.

Die internationalen Beziehungen haben erfreulicher-
weise auch in dieser Berichtsperiode eine Erneuerung erfahren. Die
englische Bruderorganisation hat ihren Anschluß an die Internatio-

nale Schuh- und Lederarbeiter-Union vollzogen und der Beitritt der
beteiligten Organisationen ist für 1914 in Aussicht gestellt. Damit
wären die Organisationen der hauptsächlichsten europäischen Länder
der Union angeschlossen.

Den mündlichen Geschäftsbericht erstattete der 1. Vor-
sitzende Simon. Der Redner ging sehr ausführlich auf die Mit-
gliederbewegung der letzten Jahre ein. Der Verband leide eigent-
lich schon seit 1908 unter einer wirtschaftlichen Krise. Im Jahre 1911
sei wohl eine kleine Belebung des Marktes eingetreten, die dann
aber 1912 einer neuerlichen Verschärfung der Verhältnisse wich. Im
allgemeinen stehe das Verhältnis der Mitgliederzahl zur Zahl der in
der Schuhbranche Beschäftigten nicht ungunstig. In der Schuh-
industrie sind ungefähr 91 000 Personen tätig; davon sind etwa
45 500 männliche und 35 500 weibliche. Der Prozenttag der weib-
lichen Arbeitskräfte steigt fortwährend. Von den 81 000 Arbeitern
und Arbeiterinnen gehören 44 000 heute dem Verband an. Zutrieben
könne man allerdings nur mit dem Prozentverhältnis der männlichen
Mitglieder sein; von den 45 500 Arbeitern sind 85 221 organisiert.
Anders stehen die Dinge bei den Arbeiterinnen; hier sind von
35 500 nur 8615 gleich 24,35 Proz. im Verbands. Der geringe
Mitgliederverlust habe seine Hauptursache in dem Rückgang der Zahl
der Beschäftigten in der Schuhindustrie. Bölig irrig sei es, der Beitrags-
erhöhung in Dresden 1912 die Schuld der Mitgliederverluste zuzuschreiben.
Diese Anschauung werde am besten dadurch widerlegt, daß nach der
Beitragsrückzahlung immer noch eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen
war und erst 1913 der Rückgang einsetzte. Die Finanzkraft habe sich
wesentlich gehoben. Das Vermögen habe sich während der Berichts-
periode (1912—13) um 800 366 M. vermehrt. Es müsse das Ver-
sprechen sein, möglichst bald die erste halbe Million voll zu machen.
Alle Anträge, die eine höhere Belastung der Verbandsklasse nach sich
ziehen, bitte er im Namen des Gesamtvorstandes abzulehnen; oder
aber es mühten neue Einnahmequellen gesucht werden. Man dürfe
nicht vergessen, daß bei der Organisation der Unternehmer seit ge-
wonnener Zeit ein schwächerer Wind wehe und man sich daher auf alles
einrichten müsse. Stärkung der Organisation und der Finanzkraft,
das müsse die Lösung sein.

Zum Rassenbericht machte der Verbandskassierer König Leblich
Mitteilungen interner Natur.

Über die Tätigkeit des Verbandsauschusses referierte dessen
Vorsitzender Haupt-Magdeburg. Im ganzen kamen 26 Beschwerden
zur Behandlung. Die meisten Streitfälle ergaben sich aus der
Zahlung oder besser Nichtzahlung des 58. Wochenbeitrages. Da aber
über diese Frage 1913 in Dresden endgültig entschieden wurde, war
die Stellung des Ausschusses gegeben und mußte auf Zahlung er-
kannt werden.

Kammern wurde die Diskussion über den Geschäftsbericht eröffnet.
Mit zur Debatte stehen eine große Zahl Anträge, die sich haupt-
sächlich mit Verwaltungsfragen und einer Neuenteilung der Kreis-
beschäftigten. Ein Antrag Dresden, zwecks Verschmelzung mit dem
Lederarbeiterverband Rücksprache zu nehmen, war durch die ab-
lehrende Haltung des Verbandstages der Lederarbeiter fürhitzig
Berlin gegenstandslos geworden.

Berichtszeitung.

Rädchenhandel.

Ein Mädchenhandelsprozeß, der sehr bemerkenswerte Ein-
blicke in den Geschäftsbetrieb der in Hamburg, Altona, Kiel,
Leipzig, Rötten, Braunschweig und anderen Orten bestehen-
den „öffentlichen Häuser“ gestattet wird, findet dem-
nächst vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vor-
sitz des Landgerichtsdirektors Baumgarten statt. Die
auf gemerksamte Kuppelnde lautende Anklage richtet sich
gegen den Kaiser Robert Fischer, dessen Ehefrau Anna F.,
die ledige Gertrud Hennig, den Klempner Otto
Watzke und die ledige Helene Becke.

Die Fischerischen Eheleute sind der Polizei seit längerer Zeit als
gewerksamte Mädchenhändler bekannt. Ihre „Ware“ besteht aber
nicht aus „Seide“ oder „Halbseide“, d. h. unbescholtenen
Mädchen bezw. solchen, die nach nicht unter Sittenkontrolle gestanden
haben, sondern aus „Baumwolle“, wie in der Verdächtensprache die
Kontrollbirnen genannt werden. Wie die Anklage insbesondere der
schon fünfmal wegen Kuppelerei verurteilten Frau Fischer zur Last
legt, sollen die Angeklagten in der Weise zu Werke gegangen sein,
daß sie auf der Straße Mädchen ansprachen und ihnen dann in den
schönsten Worten das „sorgenfreie Leben“ in einem öffentlichen
Haus schilderten. Mit den schon unter Sittenkontrolle stehenden
Mädchen trat Fischer dadurch in Verbindung, daß er vor dem Prädel-
stranzenhaus für Geschlechtskranke Sittenmädchen erwartete und die
entlassenen Mädchen anpöbelte. Er ging dabei, wie er einmal
äußerte, von der Ansicht aus, daß diese Mädchen für die Bräutigam
gut genug seien. — Die Mädchen, die ihre Einwilligung gaben, wur-
den dann in der Wohnung der Fischerischen Eheleute kriecht und
aufgepaßt, damit sie auf die extra zu diesem Zweck nach Berlin
kommenden Bordellbesitzer einen recht guten Eindruck machten. Diese
Herren betrachteten dann die „Ware“ und zahlten je nach Ausfall
der Prüfung an die Angeklagten Vermittlerprovisionen von 50 bis
200 Mark. Für „junges Gemüse“, d. h. Mädchen bis zum Alter von
19 Jahren, wurden bis zu 200 M. gezahlt, ältere Semester, die den
schönen Namen „Kommuden“ haben, brachten nur 50 M. Haupt-
abnehmerin der „Ware“ war die Bordellbesitzerin Waltmann
in Hamburg, die auch die höchsten Preise zahlte. Zwei Mädchen im
Alter von 19 und 22 Jahren gingen sogar „unter Preis“, d. h. für je
25 M. an den Bordellwirt Vedenstedt in Cöthen ab. Eine gewisse
Richter, welche die Angeklagte Becke „befragt“ hatte, erklärte auf
dem Anmeldebüro in Altona wahrheitswidrig, daß sie in Berlin
unter Kontrolle gestanden habe, da sonst Schwierigkeiten mit der
dortigen Polizeibehörde entstanden wären. — Zu der Verhandlung
sind neben 30 Bordellinsassen mehrere Bordellwirte aus Ham-
burg, Altona, Leipzig, Cöthen und anderen Orten als Zeugen ge-
laden.

Wenn man die Brille nicht zur Hand hat.

Wegen eines sehr dreisten Betruges, der zum Schaden
einer alten Dame in Szene gesetzt worden ist, stand gestern
der Grabdenkmalfabrikant Jafomin Lovracovic aus
Reinickendorf vor der 6. Strafkammer des Landgerichts II
unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rosenthal.

Der Angeklagte, ein österreichischer Staatsangehöriger, war von
der Witwe Pauline Hofebant in Tegelen beauftragt worden, für
ihren verstorbenen Ehemann und sie selbst einen Grabstein zum Be-
trage von 1260 M. zu errichten. Der diesbezügliche Vertrag wurde
Anfang Januar 1913 dahin abgeändert, daß für das Grabdenkmal
einfachlich verschiedene Nebenarbeiten und zweier Gemeindefin-
sierungen der Werklahn auf insgesamt 3000 M. festgesetzt wurde.
Am 21. Juli 1913 letzte der Angeklagte dem künigl. Stempelverteiler
Nömer einen Schuldschein zur Verschöpfung vor, nach dessen In-
halt die Witwe Pauline Hofebant von dem Angeklagten am 16. Ja-
nuar 1913 ein Darlehen von 8000 M. empfangen zu haben sich be-
kannnte. Die Rückzahlung des Kapitals mit 5 Proz. Zinsen auf den
1. Juli 1920 festgesetzt war und die Fälligkeit beim Ableben der
Schuldnerin sofort eintreten sollte. Nun wurde wegen verspäteter
Vorlegung dieser Schuldurkunde gegen den Angeklagten und die
Witwe Hofebant von der Steuerbehörde ein Verfahren wegen
Steuerhinterziehung eröffnet. Dadurch erst erfuhr die jetzt 76-jährige,
in den allerbesten Verhältnissen lebende Frau Hofebant von dem
Vorhandensein dieses Schuldscheins. Obgleich dieser zweifellos die
eigenhändige Unterschrift der Frau H. trägt, bestritt diese auf das
entschiedenste, jemals von dem Angeklagten ein Darlehen empfangen
oder einen solchen Schuldschein mit Kenntnis seines Inhalts unter-
schrieben zu haben. Nach der Ansicht der Frau Hofebant, die durch
die Beweisaufnahme ihre Betätigung fand, muß der Angeklagte

Heute Mittwoch, den 10. Juni: Zahlabend in Groß-Berlin.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Ordentliche Generalversammlung des Verbandes am

Sonntag, den 14. Juni 1914, vormittags 9 Uhr, in den Konzert- und Festsälen, Koppensstraße 29.

Provisorische Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes, Kasienbericht, Bericht der Revisoren.
2. Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers, Kassierers; der Revisoren und der weiblichen Vorstandsmitglieder sowie Bestätigung der von den Kreisen gewählten Funktionäre des Verbandes.
3. Wahl des Bildungsausschusses.
4. Wahl der Delegierten zum Internationalen Sozialistenskongress in Wien.
5. Bericht der Reorganisationskommission.
6. Anträge der Kreiswahlvereine.

Anträge:

Stierter Wahlkreis!

„Der „Vorwärts“ ist im Wochenabonnement von 25 Pf. zu liefern.“

Zeltam-Beeskow:

Die Verbandsgeneralversammlung wolle beschließen, daß diese, anschließend an ihren Beschluß vom 18. Mai 1913, ausdrücklich feststellen möge, daß gegen die Beschäftigung des Genossen Vorkardt als Redner, Lehrer und Schriftsteller für unsere Sache nichts einwendet werden kann, und daß die Verbandsgeneralversammlung den Zentralvorstand beauftragt, dem Genossen Vorkardt bei seiner Tätigkeit keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Im Interesse der geistigen Anregung des Parteilebens in Berlin sowie entsprechend dem demokratischen Charakter der Partei, die ihre wichtigsten Fragen und Entscheidungen den breiten Kreisen ihrer Mitgliedschaft unterbreiten muß, ist auf die Tagesordnung jeder ordentlichen Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin außer den geschäftlichen Berichten und Wahlen die jeweilig wichtigste politische Frage mit entsprechendem Referat zu legen.

Eine Volksversammlung findet am Dienstag, den 16. Juni 1914, abends 8 1/2 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110, statt.

Tagesordnung:

Aus russischen Kerkern!

Ein Hilferuf.

Die Leiden der politischen Gefangenen Rußlands.

Vortrag des Schriftstellers Ernst Reuter (mit erläuternden Lichtbildern).

Zu der Versammlung werden Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. vorausgibt, die in nachfolgenden Ausgabestellen zu haben sind: Zigarrengeschäft Schröder, Hagelbergerstr. 54/55. Zigarrengeschäft Horsch, Engelauer 15. Zigarrengeschäft Baumann, Kungestr. 30. Bureau des 4. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11 (von 9-1 und 5-7 Uhr). „Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4. Zigarrengeschäft Schneider, Aufelandstraße 30. Restauration Diebler, Brunnenstr. 150, im Hof. Restauration Friedrich, Reichstr. 19. Restauration von Paersch, Oldenburger Str. 10.

Der Uebersehung wird dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Rußlands zugewendet.

Die Adresse des Verbandsbureaus, des Bezirksbildungsausschusses, des Jugendsekretariats und der Kinderschulskommission ist jetzt:

Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 3. Hof, 4. Ausgang 3 Treppen.

Fernsprechanschlüsse: Amt Roringsplatz Nr. 4740 und 4741.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Die Krankenversicherung in Groß-Berlin.

Die Schwierigkeiten, die den Krankenkassen entgegenstanden in der Ausführung der ihnen nach der Reichsversicherungsordnung obliegenden neuen Aufgaben dürften jetzt, soweit sie technischer Natur sind, wohl zum größten Teile überwunden sein. Es erscheint jedoch, daß die Kassen infolge des verspäteten Erscheinens der in Frage kommenden Ausführungsbestimmungen kurz vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, vielfach zu übereilten Maßnahmen gedrängt worden sind, die den Anforderungen nur unvollständig genügen, obwohl in der Organisation der Kassengebilde in Bezug auf Mitglieder- und Verwaltungskreis eine geradezu umwälzende Umgestaltung vor sich gegangen ist.

Betreffs der nach der Reichsversicherungsordnung neu in die Versicherungspflicht einbezogenen Arten der Beschäftigten haben sich recht eigenartige Zustände herausgebildet. Sind mittlerweile die Dienstboten so ziemlich restlos ihren Kassen zugeführt worden, so ist doch die Zahl der sogenannten unständig Beschäftigten, die sich in das Verzeichnis haben eintragen lassen, so lächerlich gering, daß es wohl ausgedacht erscheint, für die Erfassung dieser Personen andere Formen als die Verpflichtung zur Selbstmeldung einzuführen. Die leider bestehende Gleichgültigkeit trägt viel dazu bei, sich der Wohlthat der Versicherung zu begeben. Das Schmerzenskind aller Kassen ist jedoch die Versicherung der Hausgewerbetreibenden; auch bei diesen Mitgliedern tritt die Tatsache in Erscheinung, daß ein sehr großer Teil gerade der Personen, die in der eigenen Wohnung arbeiten, bislang noch nicht versichert sind, dank der allgemein vorherrschenden Unkenntnis. Die Unklarheit und Unbestimmtheit der einschlägigen Gesetzesbestimmungen hat überhaupt zu einer Verwirrung über die Auslegung geführt, die den Beteiligten die Orientierung über Kassenzuständigkeit, Meldepflicht, Beitragszahlung oder Leistung...

anspruch außerordentlich erschwert. Die Folgen dieser unhaltbaren Zustände äußern sich denn auch in ungeheurer technischer Belastung sowohl der Kassen, als auch der Aufsichtsinstitutionen, welchen die Entscheidung der sich hieraus ergebenden Streitfälle obliegt. Dabei kommt noch in Betracht, daß die finanzielle Belastung der Kassen gerade durch diese Kategorie der Versicherten eine ganz gewaltige sein wird; es kommt hier eben das von uns so oft aufgezeigte Elend der Heimarbeit und Hausindustrie zum Ausdruck, das sich in dem schlechten Gesundheitszustande dieser Personen darstellt. Hier werden die sogenannten stillen Zeiten dieses Gewerbes, die noch bevorstehen, ein übriges zeigen, indem in der Kostlosigkeit des Erwerbes die Sorge um die Gesundheit hinten gestellt wird.

Alles in allem dürften die von sehr wenig Sachkenntnis zeugenden Gesetzesbestimmungen für das Hausgewerbe sicherlich auf die Dauer nicht haltbar sein.

Recht segensreich wirken die für die Wöchnerinnen günstigeren neuen Bestimmungen, die in Form der Schwangerschafts- und der verlängerten Wöchnerinnenunterstützung als auch der Erstattung von Hebammenkosten eine wirkliche Wohltat für die Betroffenen bedeuten.

Die Beschwerden der Beteiligten wollen auch jetzt nicht verstummen; so stößt die Abfertigung des Publikums immer noch auf Schwierigkeiten, die vielfach in der Ueberlastung der abfertigenden Beamten mit Schreibern, als auch in der Tatsache liegen, daß oft die Kassenräume unzulänglich sind; der Top des Wohnhauses mit seinen vielen unnützen Gängen und Winkeln, in dem viele Kassen ihr Heim haben, ist eben für diese Zwecke völlig ungeeignet. So dankenswert das Bestreben einzelner Kassen ist, mit der Schaffung eigener Bade- und Kaffeekaisalen den Mitgliedern einwandfreie Einrichtungen in Verbindung mit Erparnissen für die Kasse darzubieten, muß andererseits entschieden verurteilt werden, wenn den Mitgliedern der Zwang auferlegt wird, nur diese Anhalt zu benutzen; wenn man in Betracht zieht, daß dazu stundenlange Wege zurückgelegt werden müssen, stellt sich dies als eine arge Belästigung der Versicherten dar. Die Verletzung der Mitglieder mit ärztlicher Hilfe läßt teilweise viel zu wünschen übrig; die Zahl der zur Verfügung stehenden Kassenärzte entspricht dort nicht dem wirklichen Bedürfnis, so daß die Sprechstunden so überladen sind, daß eine zweifelsfreie Untersuchung der Erkrankten einfach zur Unmöglichkeit wird. Hingzu kommt noch der teilweise geübte Brauch, für jede einzelne Mitgliederkategorie besondere Verordnungsformulare vorzuschreiben, was neben sonstigem reichlich vorhandenem Schreibern der Arzt nachgerade zum Bureauangestellten macht. Diejenigen Kassenverwaltungen, die einer unbedingten Verletzung aller Beteiligten vorbeugend, das umständliche Abstampfen der Bäder-, Milch- und Weissenbergsordnungen abgelehnt haben, können irgendwelche ungünstigen Rückwirkungen nicht bezugnehmen. Wohin soll es z. B. führen, wenn der Arzt den Milchverordnungen noch extra eine Begründung ihrer Notwendigkeit zufügen muß; ferner Selbständigkeit muß dem Arzt doch auf alle Fälle zuteil sein, um eine solche Verordnung einfach in sein Ermessen zu stellen.

Es dürfte Aufgabe der Kassenorgane sein, in allen diesen Fragen alles das über Bord zu werfen, was vielfach aus irgendwelchen Gründen zur Einführung gelangte, in Wirklichkeit aber zu allerlei Beschwerden Anlaß gibt. Viel ist in dieser Beziehung schon geschaffen in der Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Parteiangelegenheiten.

3. Wahlkreis. Erklärung! Nach dem Bericht von der Generalversammlung des Zentralwahlvereins für den Kreis Zeltow-Beeskow in Nr. 133 des „Vorwärts“ hat Genosse Ernst die Erklärung abgegeben, daß gegen den Genossen Vorkardt nach dem Spruch des Schiedsgerichts nichts mehr vorläge, die Sache somit zu Ende sei. Demgegenüber ist zu bemerken, daß der 3. Kreis gegen das Schiedsgerichtsurteil in Sachen Vorkardt Einspruch an den Vorsteher in Burgberg erhoben hat.

Dritter Kreis, VII. Abteilung (Bezirke 282, 282a, 283, 285, 287). Heute Mittwoch, den 10. Juni: Gemeinsamer Zahlabend bei Henning, Alexandrinenstr. 44. Vortrag über Heinrich Heine.

Erster Wahlkreis, 2. Abteilung. Gemeinsamer Zahlabend bei Löwe, Holzgartenstraße 6. Vortrag.

Zweiter Wahlkreis, III. Abteilung, Friedrichstadt. Zahlabend: Mittwoch, den 10. Juni, bei Rathmann, Wilhelmstraße 118. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Weinstein: „Notwendige Beschränkung in der Vermehrung der Menschen.“

Zadlnacht: Mittwoch, den 10. Juni, abends 12 Uhr, bei Ehe. Augustin, Oranienstraße 103: „Die gelbe Gefahr“. Referent: Genosse Rich. Barth.

Zahlmorgen: Donnerstag, den 11. Juni, früh 5 Uhr, bei Ehe. Augustin. Vortrag des Genossen Gustav Grohmann. Alle sämigen Mitglieder müssen diesmal auch erscheinen.

Lichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr: Kombinierte Zahlabende folgender Abteilungen:

5. Abteilung bei Köhric, Jungstr. 10. Vortrag: „Dumas und Satire im Revolutionsjahr“. Referent: Genosse E. L. u. m.

10. Abteilung im „Logenkasino“, Knorrpromenade 2. Vortrag: „Wie ist die Religion entstanden?“ Referent: Genosse A. J. o. h. n.

11. und 12. Abteilung im Café Bellevue, Hauptstr. 2. Vortrag: „Die am 22. Juni stattfindende Stadtverordnetenwahl.“ Referent: Genosse Elias.

21. Abteilung bei Gah, Möllendorferstr. 107. Vortrag: „Was ist Religion?“ Referent: Genosse S. Schulz.

Friedenau. Der Zahlabend findet heute für den 1., 2. und 3. Bezirk bei Alde, Handjerystr. 60/61, für den 4., 5. und 6. Bezirk im „Chausseurheim“, Born-Edel-Büfingstraße, statt.

Schmargendorf. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Lürke, Hubertusbader Straße 8. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Wahl einer Kommission für die Konsumagitation. 4. Verschiedenes.

Neukölln. Heute Mittwoch, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Böben, am Bahnhof: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Erich Leindly-Neulönn über „Deutsche Steuer- und Zollpolitik“.

Berlin-Buchholz. Am Mittwoch, den 10. d. Mis., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kühne, Berliner Str. 39, eine Mitgliederversammlung statt.

Trebbin (Lübahn). Heute Zahlabend bei Richter am Bahnhof.

Mit-Gliede. Der Zahlabend in sämtlichen Bezirken fällt aus, dafür wird am Mittwoch, den 17. d. Mis., im Lokal von Schäfer, Schirnerstr. 54, eine Mitgliederversammlung einberufen.

Zeuthen-Mierdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute in Zeuthen bei Robert Barnad statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Delegierten. 2. „Vorwärts“- und Wahlvereinsagitation und Verschiedenes. Vorzuzeigen sind die Mitgliedsbücher der Getreidehändler zur Kontrolle der Raimarken.

Röntgenal, Zeyernid, Buch. Der Zahlabend findet am Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von August Lange statt; der für Buch am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, in Buch im Lokal von Alex. Piotrowski, Bahnhofstraße 6.

Oranienburg. Mittwoch, den 10. Juni, bei Beyold, Schützenstraße 84: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Der hegt die Jugend auf?“ Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Bericht der Lokalkommission. Kommunales. Parteiangelegenheiten.

Spandau. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Zahlabend in allen Bezirken.

Spandau. Am Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Köpnic, Fichelsdorfer Straße 39, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu der am 5. Juli in Hennigsdorf stattfindenden Kreisgeneralversammlung. Anträge. Wahl der Delegierten. Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Rundfahrt.

Die „Mailcoach“, das vier- und sechspännige Wagenungetüm, das uns die auf Treptower Gelände veranstaltete letzte Berliner Gewerbeausstellung ausgangs des vorigen Jahrhunderts bescherte, hat sich nicht lange gehalten. Die nach englischer Sportmode damals auf Berliner Pflaster eingeführten Luxuswagen waren wohl während der Ausstellung etwas Neues und wurden mehr von Konfektionsdamen und Lebejünglingen benutzt als von feudalen Kreisen, für die sie eigentlich bestimmt sind, aber gleich nach Schluß der Ausstellung flaute das Interesse wieder ab, und der Versuch, diese aufgedorneten Gefährte zu einer ständigen Einrichtung zu machen für solche Schwermöter, die für ihr Geld sich öffentlich mausig machen wollen, fiel ins Spreewasser. Autos gab es damals noch nicht, sonst hätte die prächtige „Mailcoach“, von deren hohem Aufsicht ein librierter dienstbarer Geist alle paar Minuten aus meterlangem Hansarentrompete blies, noch weniger Anklang gefunden. Nicht mal die im Sommer nach Berlin kommenden Fremden wollen heute von der hochgebauten „Renommierkutsche“ etwas wissen, die nur noch zuweilen bei Pferderennen, mit Säbelrathen und Monokelhelmen besetzt, anzutreffen ist.

Für die Hochflut des Fremdenstroms ist eigens der Rundfahrtwagen erfunden worden, der sich inzwischen natürlich in ein Auto gewandelt hat. Etwa 30 ungedeckte Sitzplätze, die nach hinten ansteigen, um die Ueberlast nicht zu hindern, werden pro Rundfahrt für 3 M. meist in den Hotels und Reisebureaus vermietet — das Geschäft bringt also einen hübschen Groschen Geld ein, da die Umfahrt nur wenige Stunden dauert. Die Fremden sind aber im Irrtum, wenn sie nun glauben, auf diese Weise wirklich alle Sehenswürdigkeiten beaugenscheinigen zu können. Im Fluge werden die Schlösser, die Puppenallee und andere Denkmalszüchtereien, bemerkenswerte öffentliche und private Gebäude abgefahren, wobei der auf dem Wagen postierte „Fahrenführer“ in deutscher und fremder Sprache eine Erklärung gibt, der in der Regel noch ein starker Stich ins Patriotische beigelegt ist, aber einen richtigen Ueberblick über Spreetathen kann der Fremde schon deshalb nicht gewinnen, weil die Fahrt über die Innenstadt kaum hinausgeht. Die Vorstädte bleiben unberührt, und so erhält der Fremde keinen Einblick in das wahre Volksleben, in so manche schöne Anlagen, die sich gerade in den Vorstädten befinden. Die Schlösser und die Puppen geben der Weltstadt Berlin längst nicht mehr die Signatur. Sie sind durch gemeinnützige, viel wertvollere Bauwerke in den Hintergrund gerückt, sind nur noch ein Stück lokalführender Dekoration. Wer echtes Berliner Leben kennen lernen will, der soll den Trubel der Innenstadt vergleichen mit dem Vorstadtleben, womöglich am Sonnabend oder Sonntag. Das erst gibt ein Recht, daheim zu erzählen, daß man in Berlin auf einer kurzweiligen „Rundfahrt“ nicht nur ein paar Dutzend Brohdauten erblickt, sondern den „Wasserkopf“ auch etwas eingehender in allen seinen Lebensadern gesehen hat.

Wer sich ein eigenes richtiges Urteil bilden will, der tue noch ein übriges und studiere gegen Abend die Straße ein Stündchen vor dem Berliner Nachtahl. Hier endet alljährlich die Rundfahrt des Massenlebens, und diese eine Studienstunde wird lehrreicher sein als die Augenverblendung von Marmor und Goldbarone.

Ein hochherziger Stifter.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Waisenabteilung wurde mitgeteilt, daß der Stadtverordnete Solmitz 10000 M. gestiftet habe, deren Zinsen zu Anstaltungszwecken für uneheliche Kinder bestimmt sind. Wenn man bedenkt, daß heute das uneheliche Kind vielfach noch als Varia behandelt wird, darf die Stiftung besonders begrüßt werden. Herr Solmitz gehörte bis vor kurzem der Waisenabteilung als Mitglied an. Die Stiftung in der Verwaltung des städtischen Vormundschafsamtens dürfte manches Gute stiften können.

Zagow über das Teppichklopfen.

Eine neue Polizeiverordnung hat der Polizeipräsident von Berlin erlassen. Diesmal ist das Teppichklopfen Gegenstand der Reglementierung. Die Verordnung lautet:

„Auf Höfen und Hofgärten, die an Wohngebäude grenzen, dürfen Teppiche, Läufer, Decken, Polstermöbel und dergleichen nur am Freitag und Sonnabend von 8-12 Uhr vormittags geklopft werden. In der Woche vor den großen Festen ist das Klopfen an den drei dem ersten Feiertage vorausgehenden Wochen-(Arbeits-)tagen von 8-12 Uhr gestattet.“

Zwar hat es bis heute schon an Verordnungen über das Teppichklopfen nicht gefehlt. In zahlreichen Mietsverträgen ist die Zeit hierfür festgelegt. Diese Vorschriften werden durch Zagow in eine gewisse Form gebracht. Nur am Freitag und Sonnabend dürfen Teppiche usw. geklopft werden und auch nur in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags, monach sich jeder glückliche Besitzer eines Teppichs zu richten hat. Ob unter den Worten „und dergleichen“ auch Kleidungsstücke zu verstehen sind, ist nicht ganz klar, es ist aber anzunehmen.

daß Jagods Erlaß auch hierauf sich bezieht. Die Verordnung gilt für den Landespolizeibezirk Berlin, bestehend aus den Stadtkreisen Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Neukölln, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Lichtenberg und der Landgemeinde Stralau.

Sadismus und Klassenhaß.

Wie fremd und gefählig manche Kreise der Arbeiterklasse gegenüberstehen, zeigt sich wieder einmal an einem besonders trafen Fall. In einer Versammlung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege sprach ein Herr Dr. Alexander Marx über die Hygiene der Warmwasserbereitungsanlagen. Hierbei hat der Herr dem „Berliner Tageblatt“ zufolge u. a. ausgeführt:

„Zu befürchten ist zunächst, daß der Portier oder die Handwerker, die eine Reparatur des Schwimmgelgefäßes vornehmen sollen, das Wasser infizieren. Endlich muß hier in Betracht gezogen werden, daß das Kühlwasser wegen der Einschaltung eines solchen Gefäßes auch böswillig sehr leicht verunreinigt werden kann, da es auf dem entlegenen Dachboden und meist sehr zugänglich angeordnet wird. Der Gedanke ist jedenfalls nicht abzuweisen, daß rohe Elemente unter den Bauhandwerkern, die vielleicht tagelang auf dem Dachboden des Hauses zu Reparaturarbeiten beschäftigt sind und durch das Rauschen bei der Wasserentnahme auf das Gefäß aufmerksam gemacht werden, böswillig das Gefäß verunreinigen, vielleicht in einer Art sadistischer Anwendung oder aus Klassenhaß.“

Man muß sich nach dieser „objektiven“ Leistung eines Referenten nur fragen, woher der Herr den Rat hat, ohne jegliche Unterlage eine derartig triviale und leichtfertige Verdächtigung eines Standes in die Welt hinauszuwerfen.

Uebrigens, Herr Doktor, warum sollen denn gerade Arbeiter solche Schweinigel sein? Haben Sie noch nicht von Unflätigkeiten aus anderen Kreisen gehört? Wissen Sie nicht, daß auch schon von feudalen Studenten Latein vollbracht wurden, die alles andere als appetitlich waren? Und dann: man denke nur an die Geheimnisse der Würstchenfabrik, an die tausendfach vorkommenden Schmutzgerien in der Lebensmittelindustrie, die nicht von Arbeitern ausgeführt werden, an jenen Bäckermeister, der regelmäßig ins Pfannkuchentert spudete.

Sadismus, Klassenhaß! Wirklich, von einem Arzt — und ein solcher ist doch wohl Herr Marx — hätte man mehr Kaltgefühl und Sachlichkeit erwarten können als aus seiner Rede herborgeht.

Zu spät!

Der 60 Jahre alte Arbeiter Emil Kannig, ein ordentlicher und fleißiger Mann, verlor vor zwei Jahren durch den Tod seine Frau und war seitdem etwas niedergedrückt. Seit einem Jahre wohnt er in der Lützner Str. 9 im dritten Stock des Quergebäudes für sich allein in einer Stube. Vor zwei Monaten verlor der Mann seine Arbeit und konnte seitdem keine Beschäftigung mehr bekommen. Seine geringen Ersparnisse waren bald aufgebraucht. Am 1. Juni konnte Kannig die Miete nicht mehr bezahlen. Er hat den Wirt, sich etwas zu gebulden, weil er immer noch hoffe, wieder Arbeit zu finden. Der Schankwirt Rewes vom Weidenweg 17, der mit ihm befreundet war, bemühte sich für ihn und es gelang ihm auch, bei einem Bekannten eine Stellung zu finden, die er heute antreten sollte. Feiernabend um 8 1/2 Uhr ging Rewes nach seiner Wohnung, um ihm die freudige Mitteilung zu machen. Er fand die Tür unverschlossen, hörte aber drinnen keinen Laut. Als er nun eintrat, fand er zu seinem Schrecken den betagten Freund tot auf. Der Verzweifelte hatte, wahrscheinlich schon am Sonnabendabend, einen Haken in die Wand geschlagen und sich in sitzender Stellung erhängt. Der Unglückliche hatte schon seit geraumer Zeit wiederholt Selbstmordgedanken geäußert.

Berlin im Gewitter.

Der erste schöne Tag im Juni am gestrigen Dienstag erinnerte an das Sprichwort: Man soll den Tag nicht vor den Abend loben. Lichte das warme Wetter und der blaue Himmel am Tage viele Menschen aus ihren Wohnungen und zog sie ins Freie, so wurde am Abend manchem die Freude wieder verborgen und den Besitzern der Gartenlaube das ersehnte Geschäft. Gegen 8 Uhr zogen sich die Wolken am Himmel zusammen, und bald entlud sich ein starkes Gewitter, von unablässigen, manchmal zu wahren Wolkenbrüchen ausartenden Regenfällen begleitet. An verschiedenen Stellen richtete das Unwetter auch Schaden an, dessen Umfang bisher noch nicht zu übersehen war. Am Bahnhof Charlottenburg drang das Regenwasser in mehrere Keller ein und überschwemmte sie. In der Kanistraße wurde durch einen Blitzstrahl eine eiserne Verzierung am Turm eines Hauses herabgerissen. Nicht weit davon, an der Krummen Straße, schlug der Blitz in einen Strahnenbahnmast und stürzte die obere Verzierung herunter. Auch in der Greißmalder Straße wurde ein Strahnenbahnmast vom Blitz getroffen; hier wurde dadurch der Strahnenbahnbetrieb auf eine Viertelstunde lahmgelegt. Die Feuerwehre hatte infolge des Unwetters alle Hände voll zu tun.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich Montagabend an der Ecke der Charlotten- und Leipziger Straße. Dort wollte der Kaufmann Oskar Hellwich einen Strahnenbahnwagen der Linie 87 verlassen, glitt aus und stürzte so schwer, daß er sich einen Bruch der linken Kniekehle zuzog.

Zur Frage der neuen partiellen Hundesperre, über deren lokale Abgrenzungen allgemeine Unsicherheit herrscht, wird berichtet: Auf Grund des § 164 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Viehhundengesetz müssen bei Maul- und Klauenseuche in den Sperbezirken die Hunde auf der Straße an der Leine geführt werden. Diese Bestimmung des Gesetzes, die natürlich für das ganze Reich gilt, mag vielleicht in Berlin mit seinen wenigen und räumlich weit getrennten Ruhhaltungen in der Praxis nicht erforderlich erscheinen, doch kann naturgemäß Berlin nicht eine Ausnahmestellung in einem Bundesgesetz einnehmen. Auf alle Fälle ist es jedoch in den Sperbezirken nur nötig, die Hunde an der Leine zu führen; ein Maulkorbzwang dagegen besteht nicht; nur in Panlow ist, wie wir berichtet haben, der Maulkorbzwang eingeführt. Augenblicklich gelten als Sperbezirke die Bezirke Reinickendorf, Panlow, Weihensee, Lichtenberg, Friedrichsfelde, Stralau-Kummelsburg und Neukölln. Außerdem in Berlin die Bezirke der Polizeihauptmannschaften Nr. 7, 9, 8, 3, 12, 4 und 2. Mit jedem neu hinzutretenden Fall eines Krankheitsherdes können diese Sperbezirke täglich erweitert werden.

Für das große Publikum ist es ziemlich unmöglich, die Grenzen der einzelnen Polizeihauptmannschaften Berlins zu kennen und zu rezipieren.

Einem Detektivfilm gleicht eine Tragikomödie, die sich am Montagmorgens auf dem Flugplatz Johannisthal abspielte. Ein junger Flieger, namens G., hatte vor einiger Zeit die Bekanntschaft einer jungen Dame, der Tochter eines mehrfachen Hausbesitzers aus Berlin W., gemacht, die mit dem Piloten wiederholt Aufstiege unternommen und sich in den Weizinger der Luft sterblich verliebt hatte. Der Vater des Mädchens stand dem Liebesbunde jedoch wenig sympathisch gegenüber. So reiste in dem Pärchen der Entschluß zu fliehen und zu diesem Zweck das Flugzeug zu benutzen. G. bereite seinen Apparat zum Fluge vor und erschien mittags gegen 12 Uhr vor der Wohnung seiner Angebeteten in der Kurfürstenstraße mit einem Automobil. Leider wurde die Flucht des jungen Pärchens jedoch vorzeitig bemerkt und der Vater der Dame kaufte im Automobil hinter den Ausreißern her, deren Ziel der Flugplatz war. Inzwischen aber benachrichtigte die Mutter telephonisch die zuständige

Polizeibehörde. Als die beiden jungen Leutchen in Johannisthal eintrafen, trat ihnen bereits ein Hüter der Ordnung entgegen, der der Fortsetzung der Flucht ein Ende machte.

Drei Kinderleichen gefunden.

Auf der Umgehstraße in der Genthiner Straße wurde gestern abend die verunfallte Leiche eines neugeborenen Knaben angeschwemmt. — In blauweißes Tuchstück eingewickelt und in rosa Papier verpackt war die Leiche eines neugeborenen Knaben, die im Abortraum des Bahnhofs Palenke gefunden wurde. — Auf dem Kinderspielplatz an der einsamen Pappel in der Schönhauser Allee fand ein Maschinenführer ein Paket aus Packpapier, das ebenfalls die Leiche eines neugeborenen Kindes enthielt. Alle drei Leichen wurden zur Obduktion beschlagnahmt.

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich die 63 Jahre alte Ehefrau Verta des Baumwärters Rapphingt aus der Adalbertstraße 71 das Leben genommen. Die Frau war schon seit mehreren Jahren zuckerkrank und gebrechlich und auch geistig nicht mehr ganz gesund. Während ihr Mann im Dienste war, sprang sie aus dem Küchenfenster ihrer im zweiten Stock des Seitenflügels gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und blieb benimmungslos liegen. Ein Arzt, den die Hausgenossen von der Hilfswoche in der Adalbertstraße holten, konnte nur noch ihren Tod feststellen.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin. In der am Sonntag stattgefundenen Ausschusssitzung wurde zunächst der Arbeiter-Gesangsverein „Kudow“ aufgenommen. Sodann teilte der 2. Vorsitzende mit, daß der 1. Vorsitzende und der 1. Kassierer ihr Amt niedergelegt haben, was mit lebhaftem Bedauern aufgenommen wurde angesichts der jahrelangen Tätigkeit beider. In der Erziehung wurde als 1. Vorsitzender Sangesbruder Holz, NW. 87, Högelsstr. 84, und als 1. Kassierer Sangesbruder J. Steffens, NO. 18, Langenbeckstr. 5, als 2. Kassierer Sangesbruder Przdilla gewählt. Da die Versammlung durch die Amtsniederlegung auch die Mandate beider Sangesbrüder zur Generalversammlung nach Leipzig als erledigt anfiel, wurden die Sangesbrüder Holz und Steffens als Delegierte gewählt. Der Antrag, daß der Gau sich dem Kartell für Sport und Körperpflege anschließe, welcher schon die letzte Ausschusssitzung beschäftigt hatte, wurde abgelehnt.

Zeugen, welche gesehen haben, wie ein Mann am Freitag, den 28. März 1913, nachmittags 5 Uhr, Ecke Zimmer- und Jerusalemstraße vom Bordenperren der Straßenbahnlinie 17 stürzte und überfahren wurde, wollen ihre Adresse an Rechtsanwalt Schumann, Berlin O., Simplonstr. 43, senden. Insbesondere der Herr, welcher den Verletzten nach der Unfallstation, Kochstraße, trug.

Vorortnachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Arbeiterturnverein hatte anfangs Januar um den Bau einer südlichen Turnhalle petitioniert und die Versammlung stimmte dem zu. Der Magistrat erklärte, er wolle dem Turnverein die alte Maschinenhalle auf dem Drudenmüllerischen Gelände zur Verfügung stellen. Der Verein hätte dies aber abgelehnt. Vorläufig ist es nun nicht eher möglich, den Bau einer Turnhalle in die Wege zu leiten, als bis die Umlegung des Südgeländes durchgeführt ist.

Genosse Peterson betont, daß der Arbeiterturnverein diese Halle abgelehnt habe, da in diesem Raum die Ballonhüllen hergestellt werden, die einen unangenehmen Geruch verbreiten, der den Lungen der Turnenden schädlich ist. Daraus sollte der Magistrat dafür sorgen, daß dem Arbeiterturnverein endlich eine Turnhalle zur Verfügung gestellt wird.

Zu der Frage der unterirdischen Bedürfnisklosette beschwert sich Stadtr. Meyer (Vd.) über die Form der Ableitung des Magistrats, die beinahe an Fronte grenzt. Jagow (Vd.) wünscht die Erbauung der Häuschen bis zum Herbst zu verlagern.

Zu der Bebauung städtischer Parzellen am Rudolph-Wilde-Platz in eigener Regie führt Stadtr. Lassen aus, man soll nicht in den Fehler verfallen, so zu bauen, wie die Plätze bisher bebaut wurden, die wie Aukentorten aussehen aber keinen architektonischen Geschmack verraten. Die wirtschaftliche Seite ist vortrefflich gelöst. Ebenso die Bebauung in eigener Regie; man wird keinen Privatmann finden, der diesen Komplex bebauen würde. — Jagow erklärt, ihm ist die ganze Sache nicht recht klar, auch die wirtschaftliche Lösung der Frage könne keine Bedenken hervorrufen. Mit der eigenen Regie sieht es recht düster aus, man sollte die Hände davon lassen. Komisch wirkt es, das Beamtenwohngebäude als etwas außerordentlich Gelungenes zu schildern, während es als ein Schmerzmittel angesehen wird. Die Rentabilität der Häuser ist nicht richtig dargestellt. Rechner hofft jedoch, daß von dem Bau in eigener Regie abgesehen und derselbe an solvente Unternehmer vergeben wird.

Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, dem die Genossen Käter, Döft, Reiche angehören.

Hierauf erfolgte geheime Sitzung.

Todessturz aus dem vierten Stockwerk. In einem Anfall geistiger Unmachtung stürzte sich gestern früh die 60 Jahre alte Ehefrau des Bauunternehmers A. aus dem Fenster ihrer an der Brunnenstraße, nahe dem Wapenischen Platz, gelegenen Wohnung auf den gepflasterten Hof, wo sie mit zerstückelten Gliedern tot liegen blieb. Die Leiche wurde nach der Halle des städtischen Friedhofes in der Entschstraße gebracht.

Selbstmord einer Lehrergattin. Ein aufregender Vorfall ereignete sich Montagmorgens in dem Hause Kufsteiner Str. 8. Dort wohnt der Oberlehrer Theodor Kuslop mit seiner Gattin in der vierten Etage. Frau K. war seit einigen Monaten gelähmt und war infolge der Krankheit in Schwermut verfallen, so daß sie sich nicht aufzurufen vermochte. Als morgens der Oberlehrer seine Wohnung verlassen hatte, schleppte sich die Kranke zum Fenster und stürzte sich aus dem vierten Stockwerk auf den gepflasterten Hof hinab. Die unglückliche erlitt beim Aufschlagen einen so schweren Schädelbruch, daß sie wenige Augenblicke später verstarb.

Schwargendorf.

Tod durch Verbrennen. Auf schreckliche Weise hat gestern die in der Sulgauer Straße 12 wohnhafte 25jährige Ehefrau Rinna Loms den Tod gefunden. Frau L. hatte in ihrer Wohnung auf einem Spirituskocher für ihr Kind Milch gewärmt. Der Kochapparat kam dabei zur Explosion und die Stichflamme trat die L. In wenigen Sekunden brannte die Aermste lichterloh. Inzwischen Ruchbarn erstickten die Flammen durch Ueberwerken von Decken. Die Verletzte hatte jedoch im Gestrich so schwere Brandwunden erlitten, daß sie kurz nach ihrer Einlieferung im Studenten-Krankenhaus unter qualvollen Schmerzen starb.

Friedenau.

„Aus russischen Kerker!“ So lautet das Thema eines Lichtbildervortrages, der vom „Hilfsverein für die politischen Gefangenen Russlands“ am 26. Juni im „Kaiser-Wilhelm-Garten“, Rheinstr. 65, veranstaltet wird. Billets a 20 Pf. sind bei allen Bezirksführern und in Steglitz zu haben.

Spandau.

Auf der städtischen Waldschule wird fleißig gearbeitet, um die Kohlbauten vorzeitig fertigzustellen. Die beiden Zwischenunternehmer Lamprecht und Räte lassen die Maurerarbeiten nach einem geschickt ausgestellten Affordinstem ausführen. Solange in Berlin die Bauleitung schlecht ist, stehen die Spandauer Maurer trotz der guten fleißigen Kaufleute dem Affordinstem der beiden Zwischenunternehmer ziemlich machtlos gegenüber, da der hiesige Arbeitsmarkt von auswärtigen Maurern überschwemmt wird. Trotzdem wird es den fleißigen Bauarbeitern bei ihrer starken Organisation möglich sein, das Zwischenunternehmertum zu beseitigen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Charlottenburg. Heute: Stadtverordnetenversammlung, abends 6 Uhr, im Rathaus, Berliner Straße. Die Anträge des Stadts. Dirsk u. Gen. betr. Festnahme von Bürgern durch die Polizei.

Neukölln. Donnerstag, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Berliner Str. 63.

Britz-Buckow. Freitag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr: Öffentliche Gemeindevertreter-Sitzung im Rathaus. Tagesordnung: Neuwahl des Gemeindevorstehers.

Birkenwerder. Am Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Eine Fischerflotte durch Sturm vernichtet.

Dierzig Fischerboote sind bei einem Sturme am Freitag an der Küste des nördlichen Neu-Brandschweig gescheitert, und zwanzig Personen sind dabei ums Leben gekommen. Die meisten der Boote strandeten an der Miscoe- und der Shippigan-Insel. Acht Leichen sind bereits geborgen und nach Caraqueet gebracht worden. Nach Meldungen aus Gaspe brach der Sturm plötzlich und mit furchtlicher Gewalt los und viele Schooner, die an die Küste herankamen, wurden an den Felsen zertrümmert. Längs der Küste bei der Shippigan-Insel wird jetzt nach Leichen gesucht.

Schwarzer Terrorismus.

Im mittelfränkischen Industriegebiet, das in der Hauptsache protestantisch ist, jetzt aber seinen Bevölkerungszuwachs fast zum allergrößten Teil aus der katholischen Oberpfalz erhält, macht das Zentrum die heftigsten Anstrengungen, die katholische Bevölkerung an sich zu fesseln. In Nürnberg und Umgebung sind eine ganze Menge von Organisationen entstanden, die unter der Firma „katholischer“, das heißt unter religiöser Fahne marschierender Vereine, die Zentrumsgegner zu besorgen haben. Ein Hauptgewicht wird auch auf die Verbreitung der „Nürnberger Volkszeitung“, eines der giftigsten Zentrumsblätter, gelegt. Dabei wird mit sehr terroristischen Mitteln verfahren. Von vielen solcher Vereine ist bekannt, daß in den Statuten nachträgliche Bestimmungen aufgenommen worden sind, wonach die Mitglieder verpflichtet sind, die „Nürnberger Volkszeitung“ zu halten, wahrscheinlich ist dies bei allen der Fall. Wer sich dem nicht fügt, der fliegt, das haben schon wiederholt vorgekommene Fälle gelehrt. So besteht in dem mehrere tausend Arbeiter zählenden Rötchenbach bei Lauf ein katholischer Männerverein, der angeblich Unterstützungs- und Wohlfahrtszwecke verfolgt. Ein Leser der „Fränk. Tagespost“, der jahrelang seine Beiträge für den Verein bezahlt hat, aber der Meinung ist, daß man ihm nicht vorschreiben kann, welche Zeitung er lesen soll, erhielt nun von der Vorstandschaft folgenden Brief:

„Katholischer Männerverein Rötchenbach.“

An das Mitglied J. Sch.

Da Sie die Vereinszeitung „Nürnberger Volkszeitung“ nicht bestellen, werden Sie hiermit aus dem Mitgliedsverzeichnis gestrichen und gehen aller Ansprüche auf das Vereinsvermögen und die Wohlfahrtsleistungen verlustig. Streber, erster Vorsitzender.“

Wenn Schwarze solches tun, so ist das natürlich kein Terrorismus. Nur wenn andere zu derartigen Mitteln greifen, nimmt man die heuchlerische Maske der Entrüstung vor und zitiert den bekannten Vers: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.

Kleine Notizen.

Vom Walzwerk gemalm. Auf dem Ziegelwerk Rügow in Pommern geriet der Arbeiter Albert Gadow, der mit der Reinigung der Maschinen beschäftigt war, in das Walzwerk. Infolge eines mißverständlichen Zurufs hatte der den Rollenweg bedienende Arbeiter die Maschine eingesteckt. Der Verunglückte wurde vollständig zerquetscht. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

Ein Oberst vom Eisenbahnbau getötet. Die die „Danziger Zeitung“ meldet, ist in der letzten Nacht der Kommandeur der Trains des 1., 17. und 20. Armeekorps Oberst Schöler von einem Eisenbahnzuge überfahren und getötet worden. Er kam mit seinem Pferde von Alershorst und wollte nach Langfuhr. Das Pferd kam reitend um 12 Uhr nachts auf dem Kalternhofe an. Da man ein Unglück vermutete, begab man sich auf die Suche nach dem Obersten und fand ihn in der Nähe des Rennplatzes tot vor.

Schneefall und Kälte in Frankreich. Aus mehreren Gebirgsgegenden Frankreichs wird starke Kälte und Schneefall gemeldet. In Paris ging gestern abend ein mit Hagel und Schnee verbundenes Unwetter hernieder.

Die Suffragetten. In Rayne in der Grafschaft Essex haben Anhängerinnen des Frauenstimmrechts marmore Grabdenkmäler auf dem Kirchhof sowie einen Teil der neuen Kirchhofmauer zerstört. — In der Kunstgalerie in Birmingham brachte eine Suffragette heute nachmittags einem Bild des Malers Romney mit einem Hammer schwere Beschädigungen bei. Sie wurde verhaftet.

Marktbrettel von Berlin am 8. Juni 1914. nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. Reis (mitgeb.), Ratal 0,00—0,00, Donau 0,00—0,00, Reis (runder), gute Sorte 15,40—15,70, Rüststroh 0,00, Neu 0,00—0,00.

Marktblasenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00, Speisebohnen, weiße 36,00—60,00, Erbsen 40,00—60,00, Kartoffeln (Reinbl.) 5,00—8,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 0,00—0,00, Rindfleisch, Bauernfleisch 0,00—0,00, Schweinefleisch 0,00—0,00, Kalbfleisch 0,00—0,00, Hammelfleisch 0,00—0,00, Butter 2,30—2,80, 60 Stück Eier 3,20—3,40, 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,20, Kalle 1,40—3,20, Zander 1,60—3,40, Quete 1,40—3,20, Wirsing 0,80—2,40, Schleie 1,60—3,20, Döse 0,80—1,60, 60 Stück Röhre 3,00—48,00.

Witterungsbericht vom 9. Juni 1914.

Stationen	Barometer hmm mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Gr. C. u. F.	Stationen	Barometer hmm mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Gr. C. u. F.
Swinemünde	755	SD	3	wolfig	17	Saparanda	768	S	2	bedeckt	8
Hamburg	752	SD	3	bedeckt	14	Bielefeld	767	SE	1	molten	11
Berlin	772	D	3	wolfig	17	Stilla	753	SE	6	Regen	12
Kranich	752	D	1	Dunst	9	Berbern	764	SE	5	heiter	9
Randow	751	SE	4	bedeckt	8	Paris	753	SD	1	bedeckt	10
Bien	751	D	2	halbbd	17						

Wetterprognose für Mittwoch, den 10. Juni 1914. Mäßig warm, vielach heiter, aber sehr veränderlich bei ziemlich labhaftem östlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen: Anfangs noch ziemlich warm und vielach wolfig mit öfter wiederholten Regenschauern und vereinzelten Gewittern. Dann wieder Aufhellung und Abkühlung.

Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung, Dienstag, den 9. Juni 1914, nachmittags 3 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare. Zu Ehren des verstorbenen Abg. Wolff-Lissa (Sp.) erhebt sich das Haus von den Sigen. Zur zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Weitere Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Oberverwaltungsgericht

beantragt die Kommission, diesen Zustand nur bis zum 1. April 1916 zu verlängern, während die Regierungsvorlage ihn bis 1917 anzu dauern lassen will.

Abg. v. Bodelberg (L.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Die Abgg. Juch (natl.) und Reinhardt (Z.) lehnen diesen Antrag ab, weil das Hilfsrichtertum mit der Würde des Oberverwaltungsgerichts nicht verträglich sei.

Unterstaatssekretär Dr. Drews:

Auch die Regierung hält das Hilfsrichtertum beim Oberverwaltungsgericht für etwas Anormales. Die Hilfsrichter sollen nur gewisse Reste aufarbeiten und das Gericht um die Last der Zuwachsteuer- und Verbeitragsachen erleichtern, sie sollen aber nicht dauernd beschäftigt werden.

Abg. Lippmann (Sp.):

Die Arbeitslast des Oberverwaltungsgerichts wird immer größer, es kommen immer wieder neue Angelegenheiten dazu. Durch die Beschäftigung von Hilfsrichtern leidet die Rechtsicherheit und Rechtseinheit, allerdings entbehren die Angriffe auf das Oberverwaltungsgericht der sachlichen Begründung.

Abg. Gamp (ft.)

begründet einen Antrag, wonach alle Beamten, die zur Bekleidung von höheren Verwaltungämtern befähigt sind, zu Hilfsrichtern berufen werden können.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Ueberlastung der Richter ist gewiß schädlich, aber das Hilfsrichtertum ist noch schädlicher. Die Entlastung des Oberverwaltungsgerichts kann nur durch Einschränkung seiner Zuständigkeit oder durch Verneuerung seiner Senate stattfinden. Der erste Weg ist für uns ungangbar. Die Uniformität der Rechtsprechung ist der Güter höchstes nicht, wohl aber ist Ungerechtigkeit der Uebel größtes. Wenn die Rechtsicherheit gewahrt werden soll, wie sie durch die jetzige Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts, namentlich in politischen Dingen, gewahrt wird, so könnte man fast ein Schwanken der Rechtsprechung wünschen. Machen Sie sich nur keine Illusionen darüber, daß das Oberverwaltungsgericht nicht erst das Vertrauen zu verlieren braucht, sondern es bei den breiten Massen längst verloren hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der § 3, wie ihn die Kommission beschlossen hat, will wenigstens den Ersten (politischen) Senat vor den Hilfsrichtern schützen. Wird dies nach dem Antrag von Bodelberg abgelehnt, dann ist der Stab über die ganze Vorlage gebrochen. Der Antrag Gamp will alle möglichen abhängigen Beamten zu Hilfsrichtern machen und schließlich auch Assessoren in das Oberverwaltungsgericht hineinschmuggeln. Eine solche außerordentliche Verschlechterung der Verwaltungsgerichtsbarkeit machen wir nicht mit und lehnen beide Anträge ab. Wir Sozialdemokraten sind mit der Jubilatur des Oberverwaltungsgerichts durchaus nicht zufrieden, es wäre viel wichtiger, die Quellen dieser wohl begründeten Unzufriedenheit zu verstopfen, als diejenigen Quellen der Unzufriedenheit, mit denen sich die Vorlage beschäftigt. Selbst wenn die Vorlage in der Kommissionfassung angenommen wird, so geben wir uns keinen Illusionen darüber hin, daß dadurch die Art der Justiz des Oberverwaltungsgerichts in politischer Beziehung im mindesten beeinträchtigt werden wird. Urteile von solch beschränktem politischen Fanatismus,

wie wir gerade gestern wieder eines erlebt haben (lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten), werden auch durch die Ausschlebung von Hilfsrichtern aus dem politischen Senat nicht unmöglich gemacht. Deshalb, und weil wir das Hilfsrichtertum grundsätzlich für eine Gefährdung selbst desjenigen Maßes von richterlicher Unabhängigkeit halten, das unter den heutigen Zuständen überhaupt möglich ist, werden wir das Gesetz ablehnen und uns im übrigen bemühen, daß die konservativen Verschlechterungsanträge keine Annahme finden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Abstimmung wird die Vorlage in der Kommissionfassung angenommen, die Verschlechterungsanträge der Rechten werden abgelehnt.

Nach kurzer Debatte und nachdem Unterstaatssekretär Dr. Drews das möglichste Entgegenkommen der Regierung zugesagt hatte, wird hierzu noch eine Resolution angenommen, die Entlastung des Oberverwaltungsgerichts, namentlich durch Bildung neuer Senate, fordert und wünscht, daß im Etat für 1915 der Etat des Oberverwaltungsgerichts als eigener Etat aufgestellt werde. Der Entwurf wird auch in dritter Lesung in der Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt die

erste Beratung des Ausführungsgesetzes zum Reichszuwachsteuergesetz.

Nach dem Entwurf haben nur die Kreise, Stadt- und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohner, oder in denen schon vor dem 1. Januar 1911 eine Zuwachsteuer bestand, das Recht zum Erlass von ortstatutarischen Bestimmungen.

Abg. Bastianer (Z.)

wendet sich gegen die zu immer neuen Prozessen führende Unklarheit und den vermögenskonfiskatorischen Charakter des Gesetzes.

Abg. Menzel (natl.):

Die preussische Regierung will jetzt die Kreise und Gemeinden zur Weibehaltung der Wertzuwachssteuer unter allen Umständen zwingen.

Abg. Vredt (Zl.)

bemerkte zuerst, daß das Gesetz die bodenreformerischen Wünsche nicht erfüllt habe, aber wegen seines bodenreformerischen und sozialistischen Charakters bekämpft werden müsse. Eine Höchstgrenze für die Besteuerung muß den Grundbesitz vor der Sozialisierung schützen.

Abg. v. Senuge-Tschin (Konf.)

schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Waldstein (Sp.)

klagt lebhaft über die hohe Belastung des Grundbesitzes durch die Zuwachsteuer.

Ministerialdirektor Dr. Freund:

Den Vorteil von diesem Reichsgesetz haben die Einzelstaaten. Das Beste an dem vorliegenden Gesetzentwurf, dessen Wert wir keineswegs sehr hoch anschlagen, ist jedenfalls, daß er sich von „Großzügigkeit“ fernhält. Uebertreibungen der Zuwachsteuer müssen vermieden werden. Von einer wüsten Propaganda für die Wertzuwachssteuer kann keine Rede sein, die wenigen Anträge auf ihre Einführung haben wir sehr gewissenhaft geprüft. Das Gesetz ist

dringend erforderlich, damit nicht Kreise und Gemeinden zum Schaden der Steuerzahler bei der Wertzuwachssteuer miteinander konkurrieren können. In der Kommission wird man ja prüfen können, ob Schranken für die Besteuerung durch die Gemeinden eingeführt werden sollen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Einen größeren Widerspruch als in den Ausführungen des Abg. Waldstein kann man nicht finden. Er begann damit, den Wert der Zuwachsteuer zu betonen und endete mit schweren Anklagen über die Belastung des Grundbesitzes dadurch. Natürlich ist das Wasser auf die Mühle der Feinde der Wertzuwachssteuer überhaupt freilich ist dieser Gegensatz tief verankert in der politischen ganzen Natur seiner Partei. Zur offensibaren Freude der Rechten, die heute einen Sturm auf den Wertzuwachssteuergebanken unternehmen hat, hat Herr Waldstein so gesprochen. Es ist ein Treppennied der Weltgeschichte, daß Herr Vredt, dessen Parteigenosse v. Dewitz der Vater dieses Gebankens ist, dagegen Sturm gelaufen ist und es ist ein ebensolcher Witz, daß der Redner der Konservativen da mitmacht, und dadurch gegen seinen hochberehrten Parteigenossen Adolf Wagner und gegen den verstorbenen Städler polemisiert. Das beweist, daß die einst aus Opposition gegen das mobile Kapital in der konservativen Partei lebendigen Gedanken eindeutig abgestorben sind und nichts mehr davon vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alle diese Redner haben sich gegen den Gedanken der Zuwachsteuer gewandt, indem sie dabei so taten, als ob sie sich bloß gegen gewisse Uebertreibungen wendeten. Herr Vredt erklärt zuerst, daß das Gesetz gar nicht den Wünschen der Bodenreformer entspreche und dann verdammt er es als bodenreformerisch! Er wollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und hat gar keine geschlagen. Das ist sein Resultat! Die Wertzuwachssteuer hat also weder bei den Konservativen, noch bei den Liberalen Freunden, noch beim Zentrum, noch bei den Liberalen Freunden, aber überzeugte Freunde nicht einmal bei der Regierung, denn dieser Gesetzentwurf ist ja dazu bestimmt, den „Umsatz“ der Gemeinden mit dieser Steuer zu verhindern, also ihren Gedanken nicht zu fördern, sondern zurückzudrängen. Uebrigens zeigt sich auch hier wieder

der agrarische Pferdesch.

Die städtischen Gemeinden erhalten das Recht, Wertzuwachssteuer zu erheben, die Landgemeinden nur dann, wenn der Kreis zustimmt. Der Kreis — das ist der Landrat, und so bekommen die Herren von der Rechten wieder den Stroh in die Hand, mit dem sie die Gemeinden strangulieren können. Auch hier wieder versteht es die Rechte, ihre Vormonnaie-Interessen in Gesetzesform zu kleiden und die Regierung hilft ihr dabei. Wir sind überzeugt, daß die Kommission das Gesetz keineswegs zum Scheitern bringen, sondern eher noch es im Sinne der Rechten verschlechtern wird. Dazu soll ja auch die heutige Attade gegen die Zuwachsteuer dienen: man nennt diese Steuer sozialistisch, denn es ist ja ein alterprobtos Mittel in diesem Hause, den roten Lappen zu schwenken! Allerdings ehlich ist Ihre Angst vor Sozialisierung und Verstaatlichung. Das haben wir ja auch gesehen, als selbst bei einem Teil der bürgerlichen Partei der Gedanke aufkante, die Rüstungsindustrie zu verstaatlichen. Hat doch damals Herr Krupp selbst in einer Kaisergeburtstagsrede die Souveränität des Hauses Krupp gegenüber dem Verstaatlichungsgedanken stabilisiert wie einen Koocher de bronze. Daß Sie Feinde des Verstaatlichungsgedankens sind, haben wir längst gewußt, ebenso wie daß Sie als rücksichtslose Vertreter der agrarischen Interessen alles tun werden, um dieses Gesetz Ihren Interessen entsprechend zu gestalten. Es ist gut, daß das heute wieder festgelegt wurde. Und daß sowohl Ihre Feindseligkeit gegen den Verstaatlichungsgedanken und gegen die Selbständigkeit der Kommunen, wie Ihre unbegrenzte Begeisterung für Ihre Vormonnaieinteressen vor aller Welt enthüllt wurde. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Waldstein (Sp.):

Man kann sehr wohl ein Freund der Zuwachsteuergebankens sein und es trotzdem unerträglich finden, daß der Grundstücksverkäufer auch dann noch belastet wird, wenn er ohne Gewinn, ja sogar mit Verlust und gezwungen, verkauft. (Zustimmung bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Vorhin war diese Note gegen die Umsatzsteuer in der Rede des Abg. Waldstein nicht enthalten, das beweist ja auch die Freude der Rechten über seine Ablehnung der Zuwachsteuer überhaupt.

Die Vorlage geht an die Gemeindef Kommission. Morgen 12 Uhr: Befolgungsnobelle. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Frankfurter Salvarsan-Prozess.

Am Montag wurde in Frankfurt a. M. bis in die Nacht des Dienstag hinein ein Prozeß verhandelt, der sich gegen den Herausgeber und Redakteur einer kleinen Frankfurter Wochenchrift, die sich „Der Freigeist“ nennt, richtete. Dem Angeklagten, Schriftsteller Karl Wahmann, wird in der Anklage zum Vorwurf gemacht, daß er dem Magistrat der Stadt Frankfurt und in Verbindung damit die Verwaltung des Städtischen Krankenhauses, sowie die beiden Krankenhausärzte Prof. Dr. Herzheimer und Oberarzt Dr. Altmann durch die Behauptungen beleidigt habe, der Magistrat führe das Publikum irre und beobachte ein leichtfertiges Verhalten in der Salvarsan-Affäre; ferner durch die Behauptung, es werde im Städtischen Krankenhaus mit nachgewiesenermaßen lebensgefährlichem Salvarsan behandelt, und zwar geschehe diese Behandlung als Gewaltbehandlung hilflosen Prostituierten gegenüber. Im Anschluß hieran hat der Angeklagte behauptet — und darauf bezieht sich der gestellte Staatsantrag — die Frankfurter Prostituierten würden in freiwilliger Weise als Versuchskaninchen für die experimentelle Salvarsantherapie benutzt; die Ärzte seien mit Titel und Geld gemonnene Agenten gewisser profitwürdiger Unternehmer, denen nicht mehr heilig sei, und die Gewinnsucht dieser Leute schreite sogar zum vorsätzlichen Mord.

Der Angeklagte hat auch in einer Vermittlung behauptet, er könne beweisen, daß durch Salvarsan allein in Frankfurt mehr als 15 Todesfälle verursacht worden seien. Einen Beweis trat er in der Verhandlung nicht an.

Den Vorhitz in der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Heldmann. Der Angeklagte ist mehrfach wegen Betruges und Unterschlagung verurteilt und im Anschluß an den bekannten Prozeß Gau wegen Beleidigung des Fräulein Olga Rollton.

Der Angeklagte verteidigt sich in so wunderlicher Weise, daß beschloffen wird, den anwesenden Professor Dr. Friedländer als Sachverständigen über seinen Geisteszustand zu vernehmen. Der Sachverständige kam am Schluß der Verhandlung zu dem Gutachten, der Angeklagte sei zwar in hohem Grade psychopathisch und beaufachte sich an seinen eigenen Worten, er sei aber zurechnungsfähig.

Der Leiter des Frankfurter Städtischen Krankenhauses, Professor Dr. Herzheimer, befindet: Das Salvarsan wird bei uns seit Mai 1910 angewandt, weil wir keine bessere Behandlungsmethode kennen als die kombinierte Quecksilber- und Salvarsanmethode. Bei der ersten reinen Salvarsanmethode hatten sich Rückfälle ergeben und daher sind wir zu der kombinierten Methode übergegangen. Finanzielle Gründe waren dafür in keiner Weise maßgebend, und es ist mir nicht das geringste dafür bekannt, daß die

Höchster Fortwerke in Zirkularen den Ärzten materielle Vorteile für die Anwendung von Salvarsan versprochen haben. Die Ärzte sind also kapitalistisch absolut nicht an dem Salvarsan interessiert, und ich kann nur beruhigen, daß wir im Städtischen Krankenhaus das Salvarsan mit der größten Vorsicht anwenden.

Unsere Statistik beläuft sich auf 11.300 Salvarsan-Kuren. Ich kann als meine allgemeine wissenschaftliche Ueberzeugung wiedergeben, daß die Erfolge ganz vorzüglich waren. Unrichtig ist, daß wir Prostituierte als Versuchskaninchen benutzt hätten. Wir haben die nach unserer Ueberzeugung beste Behandlungsmethode angewandt.

Der Entdecker des Salvarsan und Leiter des Instituts für experimentelle Pathologie, Professor Dr. Ehrlich, wurde gleichfalls als Zeuge und Sachverständiger vernommen. Er erklärt: Ich habe Salvarsan an eine ganze Reihe Ärzte, etwa 500, verteilt, bevor es im freien Verkauf zu erhalten war, und bei mir etwaige schädliche Nebenwirkungen bei Salvarsanbehandlung mitzuteilen. Zuerst wurde mir aus Prag gemeldet, daß dort nach der Zuführung von Salvarsan bei einem Patienten Störungen des Nervensystems beobachtet wurden. Ich fragte sofort bei anderen Ärzten an, an die ich Salvarsan gegeben hatte, ob dort ähnliche Störungen vorgekommen waren. Alle diese Ärzte antworteten, daß sie von derartigen Störungen des Nervensystems nichts wüßten, und deshalb kam ich zu dem Ergebnis, daß bei dem Fall in Prag die Störungen des Nervensystems nicht auf Salvarsan, sondern auf einen Fehler in der Behandlung zurückzuführen ist. Rehnlich ging es mit anderen Beschwerden. Derartige Fälle waren immer ganz vereinzelt, sie zeigten sich nicht auch bei den übrigen Ärzten, deshalb konnte ich auch da feststellen, daß die Schuld nicht an dem Mittel selbst lag.

Auf verschiedene Fragen antwortete der Sachverständige: Wenn eine neue Behandlungsmethode eingeführt wird, so wäre es der größte Fehler, wenn irgendwelche Kunstfehler verdeckt und verschleiert würden, weil dann überhaupt kein Fortschritt möglich wäre. Mir sind im ganzen 3 Fälle von Kunstfehlern bekannt. Der erste Fall betraf einen Patienten, der nach Salvarsanbehandlung an einer schweren Gehirnkrankheit erkrankte, was auf das Salvarsan zurückgeführt wurde. Ich konnte aber nachweisen, daß dies unrichtig war. Der zweite Fall betrifft einen Professor. Der hatte behauptet, das Salvarsan wäre ein neurotropisches Mittel. Nun stellte sich aber heraus, daß dieser Professor das Salvarsan direkt auf den Nerv gespritzt und ihn so angeht hatte. Ich habe in diesem Fall mein Urteil dahin gefällt, daß nicht das Salvarsan, sondern der behandelnde Arzt neurotropisch war. In dem dritten Fall sind Versuche gemacht worden, die ich nicht für statthaft hielt. Da habe ich allerdings gesagt: wenn das vor dem Staatsanwalt käme, würde der Arzt hincinfallen, aber ich habe nicht gesagt, daß ich die Sache dem Staatsanwalt zur Anzeige bringen würde. Diese Äußerung tat ich übrigens in einem geschlossenen Kreis von Kollegen, da wird man doch seine Ansicht sagen können! In allen diesen drei Fällen habe ich mich in durchwegs milder Weise gegen Angriffe gewehrt. Wenn ich jemals einen Fehler gemacht habe, so wäre es der, daß ich den Kunstfehlern nicht noch scharfer nachgegangen bin. Ich hätte darauf viel ausführlicher eingehen sollen. Ich habe Salvarsan an die Ärzte weitergegeben, aber mich jeder Beeinflussung in bezug auf das Material, das sie damit behandeln dürfen, enthalten. Die Ärzte wissen, was Salvarsan ist und haben selbst zu entscheiden, bei welchem Menschenmaterial sie es anwenden wollen und bei welchem nicht. J. B. halte ich seine Anwendung bei Kindern nicht für richtig. Ich habe auch immer davor gewarnt, es bei Herzkranken und schwer Nervenkranken anzuwenden. Verteidiger Rechtsanwalt Levi: Glauben Sie, daß Prostituierte mit besonders geschwächtem Nervensystem sich für die Salvarsanbehandlung im allgemeinen eignen? — Sachverständiger Geheimrat Ehrlich: Das ist eine Frage der Dosis. Im übrigen, wenn man ein Mittel deshalb verdrängen wollte, weil ein Todesfall nach seiner Anwendung eingetreten ist, dann könnte die ganze Medizin ihren Betrieb einstellen. Bei Keiter ist ein Mensch schon bei der zweiten Behandlung gestorben. Es gibt kein Medikament ohne Todesfälle. Quecksilber ist doch auch ein Gift. Im Birkow-Krankenhaus zu Berlin sind in den letzten drei Jahren fünf Todesfälle nach Quecksilberbehandlung und nur zwei Todesfälle nach Salvarsanbehandlung vorgekommen. Also auch das Quecksilber hat seine Schäden.

Oberarzt Dr. Altmann äußert sich ausführlich über die Salvarsanbehandlung im Städtischen Krankenhaus, insbesondere über die Behandlung von Prostituierten: Wir haben, ehe wir zur Salvarsanbehandlung übergingen, an Tausenden von Fällen unsere Erfahrungen gesammelt und haben ausgezeichnete Erfolge erzielt. Wir haben einzelne Patienten nach vier Jahren nach der Kur beobachtet und keinerlei Rückfälle gesehen. Ueberhaupt sind seit Einführung der Salvarsanbehandlung in unserm Städtischen Krankenhaus vier Todesfälle von Prostituierten vorgekommen, und zwar sind einmal eine Prostituierte an infibulärer Lebererkrankung, beim zweiten Fall erkrankte ein Mädchen an Blutvergiftung, das überhaupt kein Salvarsan bekommen hatte. Im dritten Fall war der Tod zurückzuführen auf Mandelentzündung und auch da war kein Salvarsan eingeführt worden und der vierte Fall, der sich bei einer lombinierten Quecksilber- und Salvarsanbehandlung zutrug, brachte dem Mädchen vier Wochen später den Tod an schwerer Blutarumt. Im allgemeinen kann ich nur sagen, daß mir kein Fall bekannt ist, in dem sich ein Mädchen gegen die Behandlung mit Salvarsan sträubte. Allerdings sind die Prostituierten ein schwer zu behandelndes Menschenmaterial und ohne Disziplinartütern ist das schwer auszuführen. Hier und da muß bei Honorarhofkranken eine Kosteneinschränkung stattfinden, aber von einer Hungerkur kann keine Rede sein, ebensowenig davon, daß wir jemals Prostituierte zu Versuchszwecken mit Salvarsan behandelt hätten.

Von den als Zeugen vernommenen früheren Prostituierten klagen mehrere nach ihrer Meinung über brutale, rohe und herzlose Behandlung im Krankenhaus, vor allem durch Dr. Altmann.

Der Direktor des pathologischen Instituts in Frankfurt, Dr. Fischer, erklärt: Es gibt kein noch so wertvolles Heilmittel, das, falsch angewendet, nicht schädlich, sogar tödlich wirken könnte. Er führt dann ausführlich aus, daß viele in der Literatur auf Salvarsan zurückgeführte Todesfälle andere Todesursachen haben. Derselben Ansicht ist Direktor Dr. Knoblauch. Der Berliner Polizeiarzt Dr. Dreum behauptet, es seien 87 Todesfälle nachgewiesen, die sämtlich das typische Bild der Arsenvergiftung zeigen. Dr. Krenzberger-Ströwing hält 133 Todesfälle durch Salvarsan für schlagend. Sachverständiger Professor Hoffmann, ebenso Professor Heinz-Erlangen legen dar, sie seien zuerst zurückhaltend, dann aber immer mehr ein Freund und Anhänger des Salvarsans geworden. Die Ärzte hätten gewissenlos gehandelt, wenn sie die Prostituierten nicht mit Salvarsan behandelt hätten. Der Krankheit wird durch dies Mittel der anstehende Charakter genommen. Wenn auf drei Millionen Anwendungsfälle wirklich 300 Todesfälle kommen, so sei das ein sehr günstiges Verhältnis. Jede Arznei kann giftig wirken. Die Giftigkeit des Salvarsan hat nichts mit Arsenvergiftung zu tun. Das Salvarsan ist für sich ein gefährliches Gift und muß daher vorsichtig angewandt werden. Es stiftet aber viel mehr Segen als Schaden.

Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt sechs Monate Gefängnis. Das Urteil geht auf ein Jahr Gefängnis.

In der Begründung wird ausgeführt: Die Beschuldigungen des Angeklagten gegen den Magistrat sind unbewiesen, die Prostituierten sind niemals Versuchskaninchen gewesen, Salvarsan ist an ihnen nicht angewandt worden, als es an Patienten, die sich freiwillig dazu

erboten, genügend erprobt war. Der Angeklagte hat die denkbar schwersten Vorwürfe erhoben, er hat den Ärzten Profitsucht und vorwärtliche Rord vorgeworfen. Diese Vorwürfe erheben eine harte Sprache. Einen Nachweis hat der Angeklagte nicht einmal versucht. Die Ärzte hatten keinerlei finanzielle Vorteile von der Anwendung des Salvarsans. Das Gericht hatte nicht über die Güte des Salvarsans zu entscheiden. Der Stand der Wissenschaft rechtfertigte schon 1910 die Anwendung des Salvarsans auch bei Prostituierten, die im Interesse der Volksgesundheit geheilt werden sollten. Den Ärzten ist kein Vorwurf zu machen, das Salvarsan war ausprobiert, man brauchte gar keine Versuchsanstalten mehr. Es sind auch nicht Todesfälle infolge von Salvarsan bewiesen, höchstens einige Lähmungen, diese müssen in Kauf genommen werden, wenn Tausende geheilt werden. Der Angeklagte hat eine angelegene Behörde und vorbildlich wirkende Ärzte schwer beleidigt aus Eitelkeit, Profitsucht, Neugierde und Sensationsgier. (Hier schrie der Angeklagte Wohmann: „Ich kann diese Lügen und Gemeinheiten nicht mehr mit anhören!“, worauf er abgeführt wurde, dabei schrie er noch: „Sie werden für Ihre Tat schon den Lohn bekommen!“) Der Gerichtshof beschloß die sofortige Verhaftung Wohmanns wegen Fluchtverdachts. Wohmann erklärte: „Ich nehme die Strafe an, verzichte auf Revision und verabschiede mich von Ihnen!“

Die Höhe der Strafe ist eine exorbitante. Es hätte berücksichtigt werden müssen, daß der Angeklagte, dessen Vorleben und ganzes Gebaren freilich nichts weniger als anmutend ist, offenbar krank ist, und daß anständigen Menschen, wenn ihre wegen Verleumdung geklagt wird, weit weniger an einer Höhe der Strafe als an einer Feststellung der Wahrheit gelegen sein muß.

Das Abenteuererleben des „Direktor Bartum“.

Die Strafkammer des Landgerichts in München II hatte sich gestern mit zahllosen Betrügereien eines Menschen zu beschäftigen, der zu Ende des Jahres 1913 riesiges Aufsehen erregte, als er Tausende von Berliner Arbeitslosen nach dem Görlitzer Bahnhof dirigierte, nachdem er ihnen die letzten paar Mark als Anzahlung für den Transport abgenommen hatte, der die Arbeitslosen nach dem Städtchen Reichenberg in Sachsen führen sollte, wo ihnen angeblich Arbeit gesichert war. Es war ein Mann, der sich „Direktor Bartum“ nannte, welcher diesen Schwindel in Szene gesetzt und auch verübt hatte, durch ein Telefongespräch aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten einen Sonderzug für den Arbeitslosentransport zu erlangen. Wir warnten vor diesem Schwindel, trotzdem ließen sich damals auch verschiedene hohe Stellen von Bartum täuschen. In zahlreichen Konferenzen mit staatlichen und städtischen Behörden war es dem Schwindler gelungen, den Schein aufrecht zu erhalten, als ob er wirklich Leiter einer Arbeitsvermittlung für Arbeitslose, gewissermaßen ein Wohltäter der Armen sei!

Dieser Bartum, der in Wahrheit Friedrich Deiner heißt, aus Augsburg stammt und 34 Jahre alt ist, stand gestern vor dem Münchener Strafgericht, wo er sich wegen nicht weniger als 23 Heiratschwindelen und sonstigen Betrügereien zu verantworten hat, die er auf zahlreichen Fahrten durch ganz Deutschland begangen haben soll. Der Angeklagte wird vom Rechtsanwalt Dr. Rudolf Waffermann-München verteidigt. Wie sich aus der Anklage ergibt, hat der Angeklagte ein sehr bewegtes und besetztes Vorleben. Er ist seit 1900 wegen Betruges 13mal bestraft, zuletzt vom Landgericht Straßburg mit zwei Jahren und 6 Monaten Gefängnis. Er wurde aus der Strafkast wegen Krankheit vorzeitig entlassen, zog dann mittellos in Deutschland herum und

brachte sich durch allerlei Betrügereien fort. Er gab sich meistens als hoher Beamter, oder auch als Abtätler, Ingenieur, schließlich als Direktor des „Zentralbureaus für Arbeitslosen- und Gefangenensfürsorge“ aus. Er knüpfte Beziehungen mit Behörden an und verstand es, sich Kredit und Geldmittel, insbesondere bei seinen Wohnungsgebern, bei Arbeitern, denen er Beschäftigung in Aussicht stellte und bei weiblichen Personen, denen er die Heirat versprochen, zu verschaffen. Aus der langen Liste seiner Straftaten seien einige erwähnt: in Kirchdorf am Inn bei Rosenheim wohnte er als angeblicher Eisenbahnwerkmeister. Mit der Tochter seiner Wohnungsgeber knüpfte er ein Liebesverhältnis an, versprach ihr die Heirat, wies ihr gefälschte Schriftstücke über seinen angeblichen Dienstgrad vor und erhielt verschiedene Darlehen. Mehrere Boten suchte er um 10 M. Kautions zu pressen, indem er ihnen erzählte, er würde ihnen Arbeit bei einer Bierbrauerei verschaffen. Im Oktober 1913 knüpfte er in Berlin mit einem Dienstmädchen Beziehungen an, der er vorschwindelte, im königlichen Schloß als Bildhauer beschäftigt zu sein. Er lockte ihr Darlehen von mehreren 100 M. heraus. Am 31. Oktober 1913 mietete er sich bei einer Witwe in einem kleinen Orte der Mark als „Inspektor“ ein, machte ihrer Tochter einen Heiratsantrag, ließ sich einen Anzug, Schminke seiner Braut und der Mutter vor, daß er zum Ministerialdirektor befördert sei, sich aber trotzdem in momentaner Geldverlegenheit befinde, worauf er auch wieder verschiedene Darlehen erhielt. Einem Maurermeister in Görlitz stellte der „Direktor im Arbeitsministerium Friedrich Bartum“ Arbeiter zum Bau einer Fabrik in Reichenbach in Aussicht, aber seine Geldbörse war ihm gerade entwendet worden; so erhielt er 100 M. In Tölz in Oberbayern erschwand er als Konteur 400 M., in Leipzig war er ein Aviatiker, der sein Flugzeug in der Nähe liegen hatte, auch da machte er der Tochter seiner Hauswirtin einen Heiratsantrag und erhielt schließlich mehrere kleine Darlehen. Einer Kellnerin in Würzburg gegenüber gab er sich als Ingenieur aus und betrog auch sie mit Hilfe von Heiratsversprechungen. Ähnlich trieb er es noch in Regensburg und Nürnberg; am 26. Januar 1914 schloß er sich an eine Bahnbeamtenochter an, die er auf dem Bahnhof Landskron kennen gelernt hatte, spiegelte ihr vor, daß er vom Minister beauftragt sei, ein Bureau für Arbeitslosen- und Gefangenensfürsorge zu errichten und erhielt auch hier Darlehen. In München gab er sich als Friedrich Riebing, Direktor der Deutschen Zentrale für Arbeitslosen- und Gefangenensfürsorge, aus. Er mußte in München eine Filiale dieses Vereins gründen, gab er vor, und schloß Bureau miete ab, erhielt unter falschen Angaben Darlehen, bestellte Kassenstränke und Bureaueinrichtungen, die er natürlich nicht bezahlte.

Der Angeklagte Deiner gibt den objektiven Tatbestand der ihm zur Last gelegten Betrügereien zu, bestritt aber eine betrügerische Absicht. Er sei überzeugt gewesen, daß die von ihm erdachte Organisation für die Arbeitslosensfürsorge sehr wohl durchführbar sei; sie würde zweifellos gelingen, und wenn er dadurch zu Geld kommen würde, würde er seine Gläubiger schadlos gehalten haben. In der Verhandlung wird auch erwähnt, daß der Angeklagte in einer Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand untersucht worden ist. Er ist aber geistig normal befunden worden. Mit Hartnäckigkeit hat er stets behauptet, daß sich sein Arbeitslosenprojekt durchführen lasse.

Soziales.

Kommunalwählerliste und Wahlverfahren.

Die Wahl von sechs Stadtverordneten in Wiesenthal, die im November 1913 erfolgt war, wurde von der Stadtverordnetenversammlung auf den Einspruch eines Leutnants a. D. Ende für ungültig erklärt. Die Stadtverordnetenversammlung ging namentlich davon aus, daß in der Wählerliste Personen eingetragen waren, die nicht hineingehörten.

Auf die Klage der Gewählten, Fabrikbesitzer Hellwig und Genossen, hob der Bezirksauschuss zu Potsdam den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auf und erklärte die Wahlen für gültig.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am 8. Juni das Urteil und führte begründend aus: Zwei Gründe der Stadtverordnetenversammlung seien von vornherein in dem augenblicklichen Verfahren nicht mehr beachtlich. Die Gründe nämlich, daß zwei Personen zu Unrecht in die Liste eingetragen gewesen seien, sowie daß Steuerläge in die Liste eingeschleppt gewesen seien, die der Wahrheit nicht entsprochen hätten. Es sei feststehender Grundsatz, daß im allgemeinen Einreden, die gegen die Richtigkeit der Liste während der Offenlegung hätten erhoben werden können, nicht mehr bei Prüfung des Wahlverfahrens vorgebracht werden könnten. Eine nach Offenlegungs- und Berichtigungsfrist ordnungsmäßig zustande gekommene Liste bilde die unverrückbare Grundlage des Wahlverfahrens. Ein weiterer Einwand allerdings hätte wesentlich sein können, der nämlich, daß die Liste nachträglich (nach Ablauf der Berichtigungszeit) verändert worden sei. Das wäre natürlich unzulässig, da nur die festgestellte Liste der Wahlhandlung zugrunde gelegt werden könne. Die fragliche Behauptung sei aber durch eine Beweis-erhebung des Bezirksauschusses widerlegt, so daß sie ausscheide.

Von dem oben im Urteil wieder betonten allgemeinen Grundsatz, daß die Wählerliste die unverrückbare Grundlage der Wahl bildet, gibt es nach der Jurisprudenz des Oberverwaltungsgerichts nur eine Ausnahme. Es kann nämlich im Streitverfahren um die Gültigkeit einer Wahl auf das Zustandekommen einer Wählerliste dann zurückgegriffen werden, wenn so grundsätzliche Fehler begangen wurden, daß von einer gültigen Liste überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Das traf bei dem vor einigen Jahren erledigten berühmten Rixdorfer (Kauflöcher) Fall zu.

Aus dem Innungsgerichts.

Eine funderbare Kontraktbruchklage.

Ein Tischler der Firma Gebr. Kummel wollte seine Arbeitsstelle verlassen, hatte aber noch einen angefangenen Auftrag fertigzustellen. Er kam mit dem Chef überein, daß ein Kollege die Arbeit beenden werde. Dieser aber, zum Arbeitsantritt aufgefordert, zeigte an, daß ihn Krankheit an Erfüllung der Vereinbarung hindere. Die Firma klagte nun wegen Kontraktbruches. Sie begründete ihre Klage damit: der Beklagte sei schon krank gewesen, als er die Vereinbarung einging und hätte wissen müssen, daß er die eingegangene Verpflichtung nicht erfüllen konnte. Der beklagte Tischler dagegen vermochte nachzuweisen, daß er am Tage vor dem beabsichtigten Arbeitsantritt gesund gefahren werden sollte. Es stellte sich jedoch die Notwendigkeit heraus, ihn in eine Heilstätte zu überweisen. Das Gericht riet der Firma, ihre Klage zurückzuziehen da kein Kontraktbruch vorliege. Das tat sie auch. Sie wollte nunmehr gegen den anderen Tischler vorgehen. Aber auch hier riet das Gericht davon abzuweichen, weil dieser Arbeiter rechtmäßig von seinen Verpflichtungen entbunden ist.

Eingegangene Druckschriften.

Die Knappschafftsreformen im Jahre 1913. Verfaßt von A. Witt. 164 S.
Mit Herz und Mund für untern Bund. Eine Erzählung für organisierte Bergarbeiter. 31 S. — Verlag des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Bochum.



JLSE-Brikett



Das seit 30 Jahren erprobte und bewährte Ilse-Brikett ist nach wie vor unbestreitbar das anerkannt beste und beliebteste Brikett des Senftenberger Braunkohlenreviers.

Diese Tatsache

wird auch durch keine Reklame für Konkurrenz-Briketts beseitigt.

Groß-Berlin verbrauchte im Geschäftsjahre 1913-14 in **Ilse-Salon-Briketts** 841 690 t
und in anderen ersten Senftenberger **Syndikatsmarken:** 87 870 t

Produktionssteigerung der Ilse-Briketts:

1884: 21,000 t

1894: 57,000 t

1904: 650,000 t

1914: 1,800,000 t

Diese Steigerung spricht am besten für die Güte der Marke „JLSE“.

Nur das Gute bricht sich Bahn!

Grube Ilse/Berlin, Juni 1914.

JLSE, Bergbau-Actiengesellschaft.

Lehranstalten

Handels-Kurse Bücherrev. Sen at Reinickend.-St. 11

Margarine und Kunstthoilg Spiels & Comp., Müllerstr. 144.

Möbelfabrik und-Versand Rossien-Möbel Kastanien-Allee 57

Gustav Richter Köpenick, Grünauerstr. 9

Gleims Steine, Büschingerstr. 26

Tiele Nchl. Zahlungsleichterung Ackerstr. 126

Möbelmagazine P. Beck, Klosterstr. 8, Spandau

Görz Adolf, 13. Bilitate Bergstr. in neuem z. geb. Möbeln, Betten, Gardinen und Portieren.

Friedrich Janitzkow Moabit-Turmstr. 45

Möbel-Kamerling Brückenstr. 6, Kastanien Allee 16

Lange, Max Schwedter Str. 26 a. d. Kast. Allee

Ferd. Joachim Nachfolg. Gneisenow Str. 15

C. Linkogel, Nostizstr. 45

Möbel-Pich Neukölln, Kottbuser Damm 73

H. Nolte, Teichlung gestattet.

Wilk. Stronschier Tegel

R. Theuer, Elsaßstr. 78.

Mostrichfabrik F. Bode, Esch, Mostrich Götterstr. 81

Glagow & Schwabe Götterstr. 81

Tamborini Mostrich überall!

Möbeltransport F. Bartels, Götterstr. 81

Musikation u. Instrumente A. Ax, H. Wegel, Noll, Köpenick

Musik-Lehranstalten

B. Leisring Schwedenstr. 21

Nahrungsmittel H. John, Wörtherstr. 29.

Nähmaschinen Sellmann, E., Gollnowstr. 26

Littauer Nähmasch., Spandau 5 Jahre Garantie, Teilzahlung

Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.

Obst, Gemüse C. Bati, N.W., Turmstr. 64.

Kleine Markthalle E. Engelhardt

Optiker, Mechaniker Dase, Paul, N. Müllerstr. 174.

Patentanwälte A. Kuhn, Dipl.-Ing. Götterstr. 104

Pfandleihen Schmidt, Fennstr. 3

Photographische Ateliers R. Naerz, Badstrasse 65.

Photogr. Apparate M. Albrecht, SO. Kottbuserstr. 3

Pianos Cesare Donadoni & Pohl Berlin NO., Landsberger Allee 18

Rechtbüros, Detektive Gustav Frank, Ackerstr. 133.

Röfchrichtertelen H. Kahlbrock, Danzigerstr. 49.

Räucherwaren, Fische D. Danielsohn, Kottbuserdamm

Schneidereiartikel Fritz Wildenhayn, Elsaßstr. 3

Schirme, Stöcke P. Knappe, Goebenstr. 5.

Schreibwaren Rich. Blume, Pankow, Florastr. 11.

Schwarzen, Schuhmach. Fidelat, Lief. d. K., Kamerstr. 2

Seifen Schneewittchen-Schneiseifenpulver

Tapeten, Wachstuche Max Morsel, Pankow, Schloßstr. 18

Uhren und Goldwaren Kessler-Verkauf, Reichenstr. 10

Max Busse Goldschmiedemeister

E. Nempel Goldschmiedemeister

Rechtbüros, Detektive

Gustav Frank, Ackerstr. 133.

Röfchrichtertelen H. Kahlbrock, Danzigerstr. 49.

Räucherwaren, Fische D. Danielsohn, Kottbuserdamm

Schneidereiartikel Fritz Wildenhayn, Elsaßstr. 3

Schirme, Stöcke P. Knappe, Goebenstr. 5.

Schreibwaren Rich. Blume, Pankow, Florastr. 11.

Schwarzen, Schuhmach. Fidelat, Lief. d. K., Kamerstr. 2

Seifen Schneewittchen-Schneiseifenpulver

Tapeten, Wachstuche Max Morsel, Pankow, Schloßstr. 18

Uhren und Goldwaren Kessler-Verkauf, Reichenstr. 10

Max Busse Goldschmiedemeister

E. Nempel Goldschmiedemeister

Hagenbeck Café und Restaurant

Müllerstraße Ecke Sonstr.

Zum Original-Hackepeter Eduard Martin, Münzstr. 20.

Hackepeter Hauptstr. 139.

Otto Hensel Patzschhof-Ausschank

G. Lehmann Patzschhof-Ausschank

Die erste selbstspiel. Doppelgige Patzschhof

Patzschhof-Ausschank Robert Balzer

O. Rönnfeldts Hackepeter, Müllerstr. 198.

Original-Schultheiß-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schölnhans

Riebeck-Bier-Ausschank Brunnenstr. 76, Ecke Lortzingstr.

Yoghurt-Präparate Yoghurt-Milch-Kakao

Zahnateller Max Alm, Frankestr. 15

M. & W. Müller Buckowerstr. 78.

Hugo Böling 60 Filialen in allen Stadtteilen.

Herm. Meyer & Co. Act. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Sprit- und Likörfabrik Ringfrei

Warenhäuser Carl Hoffmann

Wirtschaften, Etablissements Berliner Nordpark

Beckers Festhalle Köpenicker-Exhibition

Café Metropol Tegel, gr. Künstler-Konzert

Strachmann Weiss, Max Witte, Max

Britz

Emil Gold, Bäckerei, Gernsitz-Preuss 5

Adlershof Piel, Adel R. Kletmann, Bismarckstr. 14

Bohnsdorf G. Schüler Rind-u. Schweinemetz

Fredersdorf Carl Schießler, Brot-u. Feinbäcker

Königs-Wulterhausen Butterhandlung Monopol

Kaufhaus Emil Bergmann Otto Krusch, Fris. Kottbuser Str. 54

Max Leib Polwarren, Hüte, Mützen

W. Werdermann Kolonialwaren

R. Wilke Bäckerei, Schulstr. 26.

Lichterfelde Königsberger & Co. Lanckwitzerstr. 1

Mahlsdorf Rud. Gronow

Mariendorf A. Böckmann

Ferdinand Tittel, Chausseest. 217

Konfiteur-Weber, Chausseest. 45

H. Krauß, Bäckerei, Kaiserstr. 1

H. Wagner, Köpenick, H. Frick, Wrasow

Neukölln E. Groß, Pflanzstr. 97

B. Baenichen, Bäckerei, Hermannstr. 45

K. Karpman, Pap. Schriv. Zesselsstr. 103

C. Kamper, Bismarckstr. 107

H. Hermann, Eke Herrfurthstr.

R. Nerstian Spoz. Götterstr. 104

Nieder-Schönhausen

Max Schulze, Sops, Kais. Wilh. Str. 14

K. Wilke, Schlichtl. Lindenstr. 10.

E. Scheller, Arb.-Berthel, Berlinstr. 6

Spandau A. Wispas, Schilowstr. 29, Fisch. -Wrasow

Karl Heinrich, Bäck. -Wrasow, Wrasow

O. Rauer, Fischstr. 117, Möbelgesch.

O. Wenzel, Fichelsdorfer Str. 2a.

Schöneberg W. Hübner, Bälowerstr. 61

O. Kurzweg, Schuhm. Feurigstr. 17.

Siemensstadt A. Bekke, Zigarr. Nonnend. 82.

Siemensstadt-Drogerie Nonnendamm 81.

Lieferung sämtlicher Krankenkassen

Strauberg Gewäschfabr. W. Nagas empf. a. Verlin

C. Klopfer, Möbelhandlung, Rottkowsky, Fisch. -Wrasow, Gr. 19

Tempelhof J. Hohmann, Bäck. -Friedr. -W. 11. 27.

G. Kiesel, Bäck., Berlin, St. 74

H. Loth, Molkerei, Berlin, Str. 78

Sanitas-Drog., W. Froese, Dofstr. 14

Wesend Beerlag. -Inst. Wrasow, Spand. Berg 3

O. Kammer, Spand. Berg 31, Obst. Genies

K. Zarthe, Bismarckstr. 146, Obst. Genies

Weidenberg F. Jürgen, Kolow. Berl. Allee 188.

W. Koch, Schlichter, Lederstr. 2

M. Pastori, Gast. Ad. Str. 17

Thibing's Drogerien Weidenberg

E. Glöcking, B. a. Wrasow, Laubstr. 14

Kaiserhof, Fisch. -Wrasow, Gr. 14. 17

Otto Obst, F. a. Wrasow, Eitelstr. 79

Wilhelmsruh Carl Gahl, Schlichter, Edelweissstr. 26

J. Lechnicki, Bäck. Edelweissstr. 11

P. Kozow, Bäckerei, Lindenallee 12

W. Sillack, Bergstr. Hauptstr. 25

A. Treuner, Urban a. Gollw. Hauptstr. 28

W. Weidner, Bismarckstr. Hauptstr. 29

R. Wolsdorf, Kolonialw., Hauptstr. 29

Zossen Kautaus Felix Levy Nchl.

Hermannstr. 12, Eke Herrfurthstr.

Krause, Kais. Friedr. 11, 79, Weidenberg

Bergstr. 123, Poursage

R. Nerstian Spoz. Götterstr. 104

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 Pfennig)

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annehmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Möbeltransport, Kleiderkasten, Teppiche, Gardinen, etc.

Monatsanläge.

Wohnung, 3 Zimmer, 2 Bäder, etc.

Möbel.

Möbeltransport, Kleiderkasten, etc.

Konturrentes billig kaufen

Billige und reelle Einkaufsquelle für Gelegenheitskäufe

Zahngebisse.

Zahngebisse, Goldarbeiten, etc.

Unterricht.

Winterquartiges Deutsch sprechen und schreiben

Wohnungen.

Kleine Wohnungen, renoviert, etc.

Geschäftsverkäufe.

Restaurants, Kaffeehäuser, etc.

Wohnungen.

Kleine Wohnungen, renoviert, etc.

Möbel.

Möbeltransport, Kleiderkasten, etc.

Musikinstrumente.

Jeder Pianoforte kann über die herabgesetzten Preise

Wohnungen.

Kleine Wohnungen, renoviert, etc.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote, Arbeiter, etc.

Verschiedenes.

Wohnungsinventar, etc.

Wohnungen.

Kleine Wohnungen, renoviert, etc.

Möbel.

Möbeltransport, Kleiderkasten, etc.

Musikinstrumente.

Jeder Pianoforte kann über die herabgesetzten Preise

Wohnungen.

Kleine Wohnungen, renoviert, etc.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote, Arbeiter, etc.

Verschiedenes.

Wohnungsinventar, etc.

Ziseleur.

durchaus tüchtig und selbständig

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Bielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wlad. Berlin. Druck u. Verlag: Bornharts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Agendes Mandat ausgeführt haben: Im Januar 1913 erschien eines Tages der Angeklagte bei Frau S., las ihr ein Schriftstück vor, welches die Herstellung der Zementeinfassung des Begräbnisplatzes betraf, und forderte sie auf, ihre Unterschrift zu geben. Sie hat das Schriftstück bei ihrer Augeninspektion mit bloßem Auge nicht lesen können, und da sie ihre Brille im Augenblicke nicht finden konnte, so sie das Schriftstück, ohne es gelesen zu haben, mit ihrem Namen unterzeichnet. Frau S. ist nun der Meinung, der Angeklagte habe, während sie noch nach der Brille suchte, den jetzt zum Vorschein gekommenen Schuldschein mit dem verlesenen Schriftstück vertauscht und sie habe auf diese Weise unbewußt einen Schuldschein unterschrieben.

Dies die Lösung des Rätsels darstellt, konnte nach der Beweisaufnahme nicht zweifelhaft sein. Offenbar beabsichtigte der Angeklagte, nach dem voraussichtlich bald, jedenfalls aber wohl vor 1920 zu erwartenden Tode der 78-jährigen Dame, die sehr hilflos ist, mit dem erschlichenen Schuldschein den Erben gegenüberzutreten. Trotz aller Mahnungen vom Richtertische, doch die Wahrheit ein-

zugestehen, verblüffte der Angeklagte bei der Behauptung, daß er die 8000 M. der Frau S. geliehen habe und diese den Empfang des Geldes nur bestritte, weil sie sich vor der Steuerstrafe fürchte. Der Angeklagte beantragte seine Freisprechung gegenüber dem auf ein Jahr Gefängnis lautenden Strafentwurf des Staatsanwalts. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe in Höhe von 1000 M. neben einer einjährigen Gefängnisstrafe. Der Vorsitzende erklärte, daß ihm in seiner Praxis ein so frecher Betrug eigentlich noch nicht vorgekommen sei.

Sozialdemokratischer Wahlverein
L. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel, Dez. 187 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Paul Pohlmann
(Cubitzstr. 37)
gestorben ist.
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 11. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Lederarbeiter
Filiale Berlin I.
Hierdurch den Kollegen zur
Kenntnis, daß unser Mitglied, der
Handschuhmacher
Oskar Kühne
am 6. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 10. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Anker-
Friedhof zu Weihenfer, Licht-
berger Straße, statt.
Um zahlreiches Geseit ersucht
134/14 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr:
Versammlung
der **Mechaniker, Uhrmacher, Optiker**
sowie aller in den
mechanischen Betrieben beschäftigt. Kolleginnen u. Kollegen
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59
(großer Saal).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Redakteurs Genossen Emil Eichhorn.
2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Kolleginnen und Kollegen! In Glück auf den äußerst
interessanten und lehrreichen Vortrag ersuchen
wir, für einen guten Besuch zu agittieren. Wenn alle pünktlich
erscheinen, dann wird die Versammlung pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller in den Karosserie-Betrieben
beschäftigten Kollegen
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 5).
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten
und Verschiedenes.
Kollegen! Unter Branchenangelegenheiten wird der Antrag,
welcher die Arbeitsvermittlung regeln soll,
erledigt. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Ver-
sammlung zu erscheinen.
119/17 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
L. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am Montag, den 8. Juni, ver-
stirbt unser Genosse, der Kon-
fektionsarbeiter
Hermann Schubert
Ullrichstr. 27a.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Sammelahrts-Kirchhofes
im Rieder-Schönhausen-Nordend
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten.
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis
daß unser Kollege
Wilhelm Heidtke
(Anwaltsangehöriger) am 6. Juni,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, auf
dem Zentralfriedhof in Friedrichs-
felde statt. 46/5
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Drucker
Paul Schmidt
Reußlin, Domaststr. 30,
am 8. Juni an Lungenerkrankung
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Juni, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Reußliner Gemeinde-
Friedhofes in Reußlin, Marien-
hofstr. Weg, aus statt.

Am Montag, den 8. Juni, ver-
stirbt laut nach langem, schwerem
Leiden mein lieber Mann
Hermann Schubert
Ullrichstr. 27a.
Dies zeigt Selbstbetrüß an im
Namen der Hinterbliebenen:
Martha Schubert geb. Köhling.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. d. Mts.,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle der Himmelstets-
gemeinde, Nordend, aus statt.
113/3
Im Namen der Hinterbliebenen:
Gustav Müller, Restaurateur,
Lübbinger Str. 5.

Verband der Schneider und Schneiderinnen
Wäsche- u. Krawatten-Branche.
Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Musiker-
Vereinshaus“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:
Außerordentliche Versammlung
aller Wäscherinnen, Plätterinnen, Wäscherinnen und
Stärkerinnen, Wäsche-, Blusen-, Krawatten-Zuschneider.
Tagesordnung:
1. Die Situation der Lohnbewegung. Ref.: Kollege W. Euc.
2. Diskussion.
Kollegen und Kolleginnen der Wäschebranche! Wir bitten alle
in den Wäschebetrieben und Krawattenbetrieben beschäftigten Kollegen und
Kolleginnen, diese für j e d e n wichtige Veranstaltung zu besuchen.
163/8 **Die Kommission.**

erner starb unser Mitglied,
der Metallarbeiter
Paul Pohlmann
Genschtstraße 27, am 8. Juni an
Lungenleiden.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
119/18 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.
Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme und für die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung unseres
lieben Bruders und Schwagers
Eduard Poelke
sagen wir allen Freunden und Be-
kannten, insbesondere dem Wahl-
verein Reußlin, dem Musikverein
Köpenick, dem Sparverein Neuer Taler,
sowie Herrn Ray Schütte für die
so wertvollen Worte am Sarge unsern
herzlichsten Dank. 113/3
Im Namen der Hinterbliebenen:
Gustav Müller, Restaurateur,
Lübbinger Str. 5.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Jahrsfuhr-
führer
Hermann Arlt
am 2. d. Mts. im Alter von
51 Jahren durch Unfall ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 10. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des
neuen Jakob-Kirchhofes, Der-
mannstraße, aus statt.
Den Mitgliedern fernst zur
Nachricht, daß unser langjähriger
Kollege, der Hausdiener
Karl Müller
Ranninstr. 5, am 7. Juni im
Alter von 30 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 10. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richsfelde aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
65/13 **Die Bezirksverwaltung.**

Krankentafel
der
**Personen-Lohnfuhr-
werks-Jungung**
zu Berlin, Dirschkestraße 5.
Bekanntmachung.
In Gemäßheit der Bestimmungen
des alten Krankentafelstatuts
haben wir die alten Vertreter der
Arbeitgeber als auch der Arbeit-
nehmer zur
außerordentlichen
General-Versammlung
auf Mittwoch, den 17. Juni 1914,
abends 8 Uhr, im „Präsidenten-
Dirschkestraße, Stadtbahnhofen 110,
Bogen 9, ergebenst ein.
Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung für
das Jahr 1913.
2. Genehmigung des Voranschlags
für das Jahr 1914.
Die Einladung der Delegierten
gilt als Legitimation.
Berlin, den 5. Juni 1914.
Der Vorstand, 274/30
A. K. Rose, Vorsitzender.

Trinken Sie nur
Rauer's Mischungen
denn sie bieten den besten Ersatz für rohen
Böhen-Kaffee.
Rauer's feinste Mischung
pro Pfund 11.10
Merke Gold: Merke Weiss
pro Pfund 10.00 pro Pfund 9.00
Sind besonders empfehlenswert
Kaffee-Rösterei.
Rauer & Co.
nur Berlin C. 34
Neue Schönhauserstr.
Wir unterhalten wieder
Mälen nach Niederlande.



Westmann
Mohrenstr. 37a (Kolonnaden)
Gr. Frankfurter Str. 115 nahe
Andreasstr.
Preissturz!
Extra-Angebote
für heute und morgen!

Lodenmäntel, echt holsteinisches Fabrikat	re. beuten, gültig morgen	bis 25. 12.50
Loden - Kostüme, wasserleicht imprägniert	bis 48.	25.-
Mohair - Kollenne - Kostüme auf reinseidenem Futter (Modelle)	bis 96.	36.-
Gummimäntel, echt englisch, aus Manschester	bis 38.	18.-
Phantasie - Kostüme	bis 115.	33.-
Frauen - Mäntel in Schwarz, Kollenne, Seide, Wolle vorzüglich in Größen selbst für starkere Figuren	bis 48.	25.-
Staub - Mäntel in Popeline, Alpaka	bis 28.	12.50
Aperte Plüsch - mäntel	bis 135.	65.-
Sport - Jackette, entzückende Macharten	bis 29.	13.-

Sonntags 8-10 Uhr geöffnet!

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 11. Juni 1914, in der „Alhambra“,
Wallnertheaterstraße 15:
Allgemeine Holzbildhauer-Versammlung.
Tagesordnung:
„Die Antwort der Unterschmer.“
Es ist Pflicht aller im Beruf tätigen Kollegen, zu dieser
entscheidenden Versammlung zu erscheinen. 20/13
Die Branchenkommission.


Westmann
Mohrenstr. 37a
Kolonnaden
Gr. Frankfurter Str. 115
Trauer-Magazin
Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe
zu billigsten Preisen
Westmann

itesser
Videl, auch die härte-
näckigsten, fettglänzen-
de Haut u. sonstige Hautunreinig-
keiten werden am sichersten durch
meine seit fast 25 Jahren bewährten
Spezialmittel beseitigt. Garantiert
wirksam und unschädlich! 2.50 M.
Otto Reiche, Berlin 43, Eichenbühlstr. 4.
Ohne jede Anzahlung!!
Keine Kaffeeer, keine Raten!
Bettwäsche, Teppiche,
Portioren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stopp- u. and. Decken.
HATZNER,
Gefelanderstraße Nr. 41.
Frank - Reich - Agent
A. Borchardt, Friedrichstr. 115,
Oranienb. Tel. Nr. 10664,
vert. Prod., Smoking, Geflügelgänge
in verschied. Preislagen, bis 5 eleganteste.
Genue. Sehr große Auswahl. Maß, Preise.
Die Beerdigung gegen den Arzt
**Oswald Pröfrock, Sigmund-
berg, Däumerstraße 23, nehme ich
zurück. Karl Hampcke,
Reus Königl. 80a.**

Arbeiter - Samariterbund
Kolonne Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht
daß unser Mitglied, Genosse
Karl Müller
(Ranninstr. 5)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 10. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allgemeine
Orts-Krankentafel
für den Stadtbezirk
Köpenick
I. Nachtrag
zur Rassenfagung.
Beschlüssen in der ordentlichen Aus-
scheidung vom 28. April 1914.
Am § 67 Absatz I Zeile 5 und 6
sind die Worte: „... der Dienst-
bote infolge von Krankheit arbeits-
unfähig wird und ...“ zu streichen.
Köpenick, den 28. April 1914.
Der Vorstand,
Otto Nickel, Friedrich Muroken,
Borjender. Schriftführer.
Genehmigt Charlottenburg,
den 29. Mai 1914.
Königliches Oberverwaltungsamt
Groß-Berlin.
Siegel. Unterschrift.
Beröffentlichung mit dem Hinweis,
daß der Nachtrag sofort in Kraft
tritt. 274/19
Köpenick, den 9. Juni 1914.
Der Vorstand,
Otto Nickel, Friedrich Muroken,
Borjender. Schriftführer.

Problem
Cigarettes



Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden -
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Bischofstr. 9-8, Sonntags 9-11.

